

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: vierteljährlich 1,10 Mk., monatlich 35 Pf., freier ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat, 10 Pf. pro Woche. In die Postgebühren sind eingeschlossen: Unter anderem für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 10 Pf. (zuzüglich 2 Pf. für die Zeileneinrichtung), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Briefe über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Aufruhr im Dreiklassenhaus.

Der ganz ungewohnte Heroismus des Dreiklassenhauses, das am Mittwoch zwei unglückselige Regierungskommissare förmlich in Lachsalben erstickte und mit großer Majorität den Beschluß faßte, mehrere Minister, darunter den Ministerpräsidenten in höchst eigener Person, vor das Forum zu laden, hat mit Recht allgemeines Aufsehen erregt. Die Öffentlichkeit ist förmlich perplex über diese Mannestat der sonst so lokalen Körperlichkeit, und gar in Regierungskreisen soll nach der Behauptung einer sich offiziös gebärdenden Korrespondenz der Beschluß des Abgeordnetenhauses „einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen“ haben. Das läßt sich denken! Denn daß Herr v. Bethmann Hollweg nach all den blutigen Skandalen, die von den Herren Lippmann und Friedberg über ihn gerissen wurden, auch noch selbst das Armesünderbänkchen drücken soll, ist nicht nur hart, sondern seit Menschengedenken im preussischen Dreiklassenhause überhaupt nicht dagewesen!

Der letzte Fall, wo das Junterparlament auf Grund des Artikels 60 der Verfassung, dessen Abt. II bestimmt: „Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen“, die Minister durch Beschluß ausdrücklich vor das Haus zitierte, ereignete sich vor fast zwanzig Jahren, am 9. Februar 1893 — frühere Fälle liegen abermals um drei Jahrzehnte, insgesamt also um ein halbes Jahrhundert zurück. Aber im Jahre 1893 handelte es sich obendrein nicht um eine erzwungene Rechtfertigung der Minister, sondern im Gegenteil um eine Hilfsaktion zugunsten des Ministeriums! In jener Sitzung war nämlich ein hochschulzöllnerischer Vorstoß gegen die damals gemäßigtere schützöllnerische Regierung unternommen worden. Ein Antrag Arendt ging dahin, eine hochschulzöllnerische Petition der königl. Staatsregierung in dem Sinne zu überweisen, daß sie im Bundesrat dafür wirke, „daß bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland die Interessen von Landwirtschaft und Industrie besser gewahrt werden, als bei den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz“. Die Abgeordneten Dr. Friedberg und Richter erklärten, wie übrigens auch der Finanzminister Miquel, daß dieser Antrag Arendt geradezu ein Mißtrauensvotum nicht nur für die Reichsregierung, sondern auch für die preussischen Minister enthalte, und stellten deshalb ihrerseits den Antrag, die Beratung über den Antrag Arendt auszusetzen und die Minister zu laden, damit sie sich verteidigen könnten. Dieser Antrag wurde denn auch mit 197 gegen 68 Stimmen angenommen. Aber der Beschluß war damals keine Unfreundlichkeit gegen die Minister, sondern vielmehr eine Sympathieerklärung.

Wollte man weitere Vergleichsfälle heranziehen, so müßte man schon bis zu den Konstitutionszeiten in den sechziger Jahren zurückgehen. Denn der einzige dazwischen liegende Fall, von dem Artikel 60 der Verfassung Gebrauch zu machen, trat sich im Jahre 1892 zu. Damals forderte ein Antrag Birchow, daß das Ministerium persönlich erscheinen solle, um über die Verwendung des Welfenfonds jene vom Abg. Richter geforderte Auskunft zu geben, die von einem Regierungskommissar namens der Regierung verweigert worden war. Nach einer endlosen Geschäftsordnungsdebatte wurde zunächst über die Zulässigkeit des Antrags Birchow abgestimmt. Da diese Frage mit 200 gegen 151 Stimmen verneint wurde, fiel der freisinnige Antrag unter den Tisch.

Man sieht, der Beschluß des Dreiklassenparlamentes vom 4. Dezember 1912 kennt mindestens innerhalb des letzten halben Jahrhunderts der preussischen Parlamentsgeschichte nicht seinesgleichen! Es ist etwas ganz Neues, Un-erhörtes für das Dreiklassenparlament, daß Minister als Angeklagte vor die Schranken des Hauses gefordert werden, um in persona peinlichst zur Rechenschaft gezogen zu werden!

Trotzdem wird das Verdiktum der Dreiklassenhäuser keinen Sänger zu Hymnen inspirieren, sondern höchstens den Satiriker zu bissigen Spottgedichten. Denn bei dem einzigen Mal, wo innerhalb fünfzig Jahren das Geldsackparlament den Mut und die Energie zu trotziger Auflehnung gegen das Ministerium und gar die Militärverwaltung fand, handelte sich nicht um große Interessen der Nation, sondern um die winzigen Privatschmerzen der Herren Abgeordneten selbst! Gewiß, es ist nicht zu leugnen, daß Abgeordnetenhäuser oft ein canaille behandelt worden. Der Garten, den es so lange ersehnt und erhofft hatte, ist ihm nicht nur unter den abgeschmacktesten Vorpiegelungen von der Militärverwaltung vorenthalten, sondern zuguterletzt von dem preussischen Ministerpräsidenten selbst vor der Nase weggeschleppt worden. Damit das Reichskanzlerpalais keine proletenhafte Nachbarschaft bekam, sollte dem Abgeordnetenhause die Sehnsucht seiner Träume, der herrnhausbewährten Mühsionsgarten durch irgend einen plumpen Spekulationsbau zugebaut werden. Das war den Dreiklassenmännern zuviel, das brachte ihre Seele zum Kochen! Möglich, daß die Oppositionsmut, die das Zentrum zurzeit im Reichstag bekundet, den Grimm der schwarzen Blockbrüder noch befeuert und sie trotz Herrn v. Heldenbrands Friedensmahnung zu dem Schlag gegen Herrn v. Bethmann verführte. Bei den Nationalliberalen aber war es sicherlich nur der gekränkte

Männerstolz, der sich in einer politischen Demonstration entlud, die in so überwältigend komischem Gegensatz zu ihrer Ursache stand.

Wenn unsere Dreiklassenmänner sich persönlich gekränkt fühlen, schreien sie vor dem schärfsten Konflikt, sogar vor der offenbarsten Brüstung der Regierung nicht zurück. Denn in der weltbewegenden Frage, ob das Abgeordnetenhaus gleich dem „Kumintabine“ in der Leipziger Straße seinen Erholungsgarten bekommen soll, hat die Regierung ja nicht etwa, wie bei der Auskunft über den Welfenfonds, die Auskunft verweigert, sondern zwei Kommissare mit der Verantwortung aller aufgeworfenen Fragen beauftragt. Die Nichtanwesenheit Herrn v. Bethmann Hollwegs schien sogar durch seine Anwesenheit bei der Staatsdebatte des Reichstags hinlänglich entschuldigt. Trohdessen beschloß das Abgeordnetenhaus in der ungewöhnlichsten Formlichkeit, den Ministerpräsidenten zur persönlichen Rechtfertigung vorzuladen. Wenn es sich dagegen um die wichtigsten Interessen der Nation, um die fundamentalsten Rechte des Volkes handelt, dann existiert der Artikel 60 der Verfassung für die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes nicht!

Um die ganze Komik, aber auch die ganze aufreizende Ungeheuerlichkeit des Beschlusses vom 4. Dezember auf sich wirken zu lassen, muß man sich der Vorgänge vom 20. Mai 1912 erinnern. In diesem Tage stand die preussische Wahlrechtsfrage im Dreiklassenparlament auf der Tagesordnung. Es handelte sich um das brennendste Problem der ganzen preussischen Politik, um „eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart“ selbst nach dem Wortlaut der bekannten Thronrede. Aber die Ministerbank wies gähnendste Leere auf, kein einziger Minister war erschienen! Da beantragte namens der sozialdemokratischen Fraktion der Abg. Hirsch, die Beratung der Wahlrechtsanträge auszusetzen und auf Grund des Artikels 60 der Verfassung die Anwesenheit der Minister zu beschließen. Es handelte sich hier um das Wahlrecht, das höchste Recht des Volkes! Und was geschah? Daß auch damals Herr v. Heldenbrand gegen den sozialdemokratischen Antrag sprach, versteht sich von selbst. Er meinte, die Zitierung der Minister habe keinen

praktischen Wert, auch komme es den Antragstellern wohl nur darauf an, den Ministern unangenehme Dinge ins Gesicht zu sagen. Was aber erklärten damals die Sprecher der Parteien, die am 4. Dezember einer Lappalie und der Privatwünsche der Abgeordneten wegen die Verbeschaffung der Minister beschlossen haben? Herr Herold führte namens des Zentrums aus, daß ja die Anwesenheit der Minister „durchaus wünschenswert“ sei, daß aber „andererseits“ die Regierung ihre Stellung bereits 1910 und später hinlänglich zu erkennen gegeben habe. Aus diesem Grunde „erachten wir die Anwesenheit der Minister nicht für erforderlich“. Wie hätte auch das Zentrum die Anwesenheit der Minister für erforderlich erklären können, da doch nicht weniger als 33 Zentrumsabgeordnete bei der Abstimmung unentschuldig fehlten und dadurch den Antrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts zu Falle brachten! Aber auch der am 4. Dezember so kampflustige Abgeordnete Friedberg erklärte sich am 20. Mai 1912 gegen den sozialdemokratischen Antrag. Es sei von der Regierung zwar höflicher gewesen, wenn sie den einen oder anderen Minister entsendet hätte, allein die Unhöflichkeit der Regierung sei doch kein Grund, die Verhandlungen zu unterbrechen. Das Haus werde der Staatsregierung um so mehr „imponieren“, wenn es einfach seine Beschlüsse fasse! Ja, wenn es um sich einen Erholungsgarten für die Herren Abgeordneten handelt, begnügt man sich nicht mit der „imponierenden“ Beschlusfassung, trotzdem am 4. Dezember doch sogar deren Einstimmigkeit sicher war!

Die Aktion vom 4. Dezember hat der sozialdemokratischen Agitation für das gleiche Wahlrecht ganz ausgezeichnetes Material geliefert. Sie hat die Psychologie des Dreiklassenparlamentes so sinnfällig hervortreten lassen, wie wir es uns gar nicht besser wünschen konnten. Für ihre Interessen, ihre Ehre riskieren die Dreiklassenmänner alles; die Interessen der Volksmasse, die Ehre der Volksmehrheit ist ihnen nichts! Dafür wird das preussische Volk bei den Neuwahlen nicht nur die Regierung, sondern auch alle Vertreter des Geldsacks zur Rechenschaft ziehen!

Vor der Londoner Friedenskonferenz.

Griechenland hat den Waffenstillstand noch immer nicht unterzeichnet. Es hat, gleichsam um seine weitere Kriegsbereitschaft deutlich zu unterstreichen, die unbefestigte albanische Hafenstadt Valona beschiesen lassen. Nichtsdestoweniger wird in etwa 10 Tagen die Friedenskonferenz in London stattfinden. Ob daneben auch die von Solz vorgeschlagene Vorschafterkonferenz tagen wird, läßt sich noch nicht feststellen. Die Weigerung Griechenlands, sich dem Waffenstillstand anzuschließen, soll nach offiziellen Versicherungen keine Spitze gegen die übrigen Staaten des Balkanbundes enthalten, in Wirklichkeit entspringt sie aber den Eifersüchteleien zwischen den Regierungen dieser Staaten. Der Londoner Frieden wird wohl eine Abmachung über die Verteilung der Siegesbeute bringen, es werden aber noch Konfliktstoffe genug auch nach der Revision der Balkankarte bleiben oder auch neu entstehen. Diese Konfliktstoffe werden Europa solange bedrohen, als dynastische und kapitalistische Interessen die Geschicke der Völker Europas bestimmen.

Die Voraussetzungen und Aussichten der Londoner Friedenskonferenz geben der internationalen Presse reichlichen Stoff zu allen möglichen Kombinationen, es wäre aber müßig, auf alle die Blüten einer ausschweifenden Konjekuralpolitik einzugehen.

In einem Teile der halbamtlichen Presse Oesterreichs werden wieder einmal friedlichere Töne angeschlagen, wie es aber in Wirklichkeit um die Stimmung in Oesterreich bestellt wird, geht aus der Wiener Zeitschrift hervor, die wir unten abdrucken.

Schwarz-gelbe Ausschlichtung der Kanzlerrede.

Aus Wien wird uns vom 4. Dezember geschrieben: Das hat sich der gute Bethmann Hollweg wohl nicht träumen lassen, als er seine Erklärung über das Zusammenstehen mit den Bundesgenossen abgab, von welcher Erklärung alle Ganz- und Halboffiziösen der Wilhelmstraße versichern, daß sie nichts Neues enthalte und nur das Selbstverständliche besage: daß er nämlich damit die schwarz-gelbe Kriegsbegeisterung lichterloh ansahen werde! Die Einschränkungen, die der Reichskanzler machte, die Voraussetzungen, von denen er die deutsche Waffenhilfe abhängig erklärt, die Hoffnungen, die er auf eine friedliche Abwicklung der Balkankonflikte aussprach, all das wird in Wien geflissentlich überhört. Die Schwarz-Gelben hören nur das eine Wort: fechten, und das beuten sie nun in allen Tonarten und mit der größten Underfrohheit aus. Deutschland hat sich verpflichtet, an der Seite Oesterreichs zu fechten, und also ist Oesterreich geborgen und müsse sich keine Schranken mehr auferlegen: das ist so etwa die schwarz-gelbe Stimmung, seitdem Herr von Bethmann Hollweg gesprochen! Am be-

geistertesten ist die Partei, die sich als die eigentliche Vertreterin der deutschnationalen Interessen gebärde, der famose Nationalverband, den die Möglichkeit, daß das Deutsche Reich in einen Krieg auf Tod und Leben verwickelt werden könnte, in einen Krieg wegen Durazzo, mit dem größten Entzücken erfüllt. Das Echo, das seine Rede in Wien gefunden hat, wird dem Reichskanzler vielleicht klar machen, welchen Varendienst er der Sache des Friedens erwiesen hat.

Tatsächlich wächst die Kriegsgefahr immer mehr, und die Herren im Reichstag, die ihre Bereitwilligkeit, an der Seite Oesterreichs zu „fechten“, wahrscheinlich in der Hoffnung abgegeben haben, daß die Gelegenheit zur Betätigung ihrer „Bundestreue“ nicht so bald kommen werde, können aus ihrer philosophischen Ruhe sehr schnell durch einen Einmarsch der Oesterreicher in Belgrad aufgeschreckt werden. Denn die Dinge treiben immer deutlicher dieser Wendung zu. Der Krieg ist in Oesterreich, soweit die Vorbereitungen in Frage kommen, fix und fertig; es braucht nur noch das Kommando zum Schießen gegeben werden. Nun mag es ja sein, daß an der (scheinbar) entscheidenden Stelle, nämlich bei dem alten Kaiser, die Luft, einen Krieg zu führen, nicht gar zu groß ist; die Frage ist aber, ob sich dieser Friedenswille gegenüber den Wünschen der Militärpartei behaupten können wird. Denn daß die Militärpartei, nachdem sie alles vorbereitet hat, das Bedürfnis haben wird, der Welt zu zeigen, wie alles kloppt und auf welcher Höhe man in Oesterreich militärisch liebt, daß sie den Wunsch haben wird, ihre „Tätigkeit“ der Welt anschaulich zu machen, sich mit ihr zu produzieren, das unterliegt keinem Zweifel. Nun hat man auch die Hurrostimmung künstlich gereizt, die „patriotischen“ Instinkte aufgepeitscht — ist doch jetzt in jedem Nachtlokal die „Volkshymne“ eine ständige „Nummer“ —, so daß man sich selbst wenn man wollte, der Geister, die man gerufen hat, nicht leicht wird erwehren können. Tatsächlich wäre es der Kriegspartei am unangenehmsten, wenn die Serben glatt nachgäben; der „Spaziergang“ nach Belgrad ist in die schwarz-gelben Vorstellungen nun so stark eingegangen, daß sie die Enttäuschung, um ihn zu kommen, nicht leicht verwinden würden. Man muß doch Serbien, wie die Rede geht, einen Denzettel geben, von dem es sich lange nicht erholen und an den es ewig denken wird, und das wäre dem, daß man es diplomatisch zum Nachgeben zwingt, nicht erreicht. Deshalb wird mit raffinierter Berechnung die Klarstellung der Affäre des Konsuls Brochaska unterlassen; natürlich kennt das Auswärtige Amt die Geschichte schon längst, hält aber mit dem öffentlichen Klarstellen zurück, um einen Anlaß zu dem Ultimatum zu geben, das man Serbien die allernächsten Tage zu stellen gedenkt. Darum auch die freche Eile, die man für das schändliche Zwangsarbeitgesetz fordert, das zu den Kriegsvorbereitungen den Schlüsselstein bilden soll; man hat geradezu den Eindruck, daß der Einmarsch in Serbien schon

beschlossene Sache wäre, und man nur noch die diplomatischen Vorwände herbeizuschaffen hat, mit denen der Balkan den Einmarsch vor Europa als einen neuen Beweis seiner unerschütterlichen Friedensliebe auszugeben gedenkt. Wenn die Organe des Reichskanzlers von einer „Entspannung“ reden, so lügen sie entweder bewußt oder ihre Auftraggeber sind von einer merkwürdigen Unkenntnis der in Oesterreich treibenden Kräfte.

Angeichts dieser Stimmungen und Vorbereitungen in Oesterreich stellt sich die Rede des Reichskanzlers, mit der wohl Rußland abgeschreckt werden sollte, als eine Aneinanderreihung Oesterreich dar. Wenn das das letzte Wort ist, das Berlin nach Wien zu sagen hat, so steht es um die Bewahrung des Friedens schlimm, schlimmer als die deutsche Welt heute noch wähnt.

Hochverratsaktionen der schwarz-gelben Justiz.

Wien, 5. Dezember. Heute vormittag begann hier der Prozeß gegen vierzehn Hochschüler, meist Bosnier und Dalmatiner, wegen Aufreizung, Aufruhr und Majestätsbeleidigung. Es handelt sich um die Vorgänge in der inneren Stadt am 24. November, wo die Studenten hochverräterische Rufe ausgestoßen hatten. Die Verhandlung wird geheim geführt.

Die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie zu einem Verteidigungskriege.

Wolfs Telegraphenbureau verbreitet folgende Meldung aus Wien:

Der Beiratsausschuß des Abgeordnetenhauses nahm das Unterstuhlgeseß mit mehreren Abänderungen an und begann die Verhandlung über das Rekrutenkontingent. — Im Justizausschuß wurde die Verhandlung über das Kriegsdienstgeseß fortgesetzt. Der Abgeordnete Liebermann erklärte, die polnischen Sozialdemokraten seien nicht geneigt, den serbischen Imperialismus zu stärken; sie würden, falls Rußland Oesterreich-Ungarn angreife, ihre Pflicht erfüllen und Oesterreich treu zur Seite stehen. Der Abgeordnete Kerner schloß sich namens der deutschen Sozialdemokraten den Ausführungen Liebermanns an und erklärte, gegen den russischen Barismus würden alle Sozialdemokraten wie ein Mann bereit sein, ihre ganze Kraft einzusetzen.

Wie uns aus Wien telephonisch mitgeteilt wird, hatten die Ausführungen Kerner's folgenden Inhalt:

Leider entscheiden die Sozialdemokraten noch nicht und es gibt noch Kriege, Angriffe und Verteidigungskriege. Wenn wir durch Ihre schwere Schuld in einen Verteidigungskrieg gedrängt sind, so werden wir — wir und unsere Genossen in allen Ländern, auch Bebel in dem Deutschen Reichstag habe darüber niemals im Unklaren gelassen — selbstverständlich nicht übersehen, daß es unsere eigenen Leute sind, die dann am meisten bedroht werden. Dazu brauchen wir nicht nur Ihre patriotischen Märsche. Wir sind, damit Sie es genau verstehen, sage ich es ausdrücklich, weit entfernt, für die unberechenbaren Treibereien Ihrer Politik einzustehen, und können doch mit aller Bestimmtheit wiederholen, was wir in Basel gesagt haben, was das alte Vermächtnis der europäischen Demokratie ist: Wenn die spärlichen Rechte und Freiheiten, die wir errungen haben, — und auch heute gibt sich die Regierung Mühe, sie zu verkleinern — durch den russischen Barismus bedroht werden sollten, dann sind wir zur Abwehr gezwungen und bereit.

Eine zurückhaltende Erklärung Poincaré's.

Paris, 5. Dezember. Ministerpräsident Poincaré erklärte in der Kammerkommission für die auswärtigen Angelegenheiten, er sei gehalten, sich große Zurückhaltung anzuwenden, denn die Physiognomie der Ereignisse, die sich bereits mehrfach sehr schnell geändert hat, sei weit von einer endgültigen Festlegung entfernt, und die zwischen den Mächten gepflogenen Unterhandlungen könnten nicht ohne vorheriges Abkommen bekannt gegeben werden. Er sei also einzig mit Bezug auf die Politik der französischen Regierung frei, vollständige Aufklärungen zu geben, und wenn er auch sie nicht ohne Unzuträglichkeiten befürchten zu müssen, voll ins Licht rücken könnte, so könne er sie wenigstens in ihren Grundzügen klar charakterisieren.

Frankreich habe alles, was in seinen Kräften stand, getan, um den Konflikt der Balkanstaaten vor seinem Ausbruch zu beschwören. Als er dann unvermeidlich wurde, habe Frankreich alle seine Anstrengungen einer Lokalisierung des Streites gewidmet. Um diese beiden Absichten nach und nach zu verwirklichen, habe Frankreich von Anfang an mit gutem Willen an dem regelmäßigen täglichen Meinungsaustausch zwischen allen Mächten Europas teilgenommen. In diese allgemeinen Besprechungen, die die Umstände nötig gemacht haben, sei Frankreich nur in voller Uebereinstimmung mit seinen Freunden und Verbündeten eingetreten und würde sie auch in diesem Sinne fortführen. Frankreich habe bei den gepflogenen diplomatischen Besprechungen sich stets zuerst über die Gefühle von England und Rußland vergewissert. Seit langer Zeit schon habe Frankreich ernste Schwierigkeiten auf dem Balkan befürchtet, und schon seit vergangenerem Januar habe es mit Rußland wegen der verschiedenen Eventualitäten verhandelt, denen Europa sich früher oder später im Orient gegenüber befinden könnte. Die im April abgeschlossene serbisch-bulgarische und griechisch-bulgarische Konvention seien der französischen Regierung für neue Krisen, Gefahren und Konfliktmöglichkeiten geeignet erschienen. Im aufrichtigen Geiste des Wohlwollens für die Türkei, fuhr Poincaré fort, haben wir sie mehrfach auf die Gefahren der Lage hingewiesen und ihr geraten, den Friedensschluß mit Italien zu beschleunigen und Reformen auf dem Balkan ins Werk zu setzen. Aber die Verhandlungen wurden immer bedrohlicher. Poincaré erinnerte sodann an die Initiative des Grafen Berchtold im letzten August. Briand, der ihn damals während seiner Reise nach Rußland vertreten habe, habe die Anregung Berchtold's mit Interesse aufgenommen und erklärt, die Politik Frankreichs sei vor allem bestrebt, den allgemeinen Frieden zu bewahren und den Status quo auf dem Balkan aufrechtzuerhalten, und er sei glücklich, sich darin mit dem Wiener Kabinett eins zu wissen. Poincaré habe telegraphisch seine Uebereinstimmung mit der Antwort Briand's erklärt. Rußland habe in Uebereinstimmung mit Poincaré eine Antwort im gleichen Sinne gegeben. Bevor die Mächte sich jedoch über das Reformprogramm hätten einigen können, sei die Bewegung auf dem Balkan beunruhigend geworden.

Frankreich hat in den von den Balkanstaaten okkupierten Gebieten, die ganz oder teilweise von der Türkei abgetrennt werden könnten, wichtige Interessen und hat niemals daran gedacht, sich an der Balkanfrage selbst uninteressiert zu erklären. Wir sind die Hauptgläubiger der Türkei, und es wird sich als notwendig herausstellen, den Anteil der Balkanstaaten an der öffentlichen Schuld der Türkei zu bestimmen. Die

Mächte bemühen sich bereits um eine passende Lösung dieser Frage. Weiter sind wir an der Tabakregie und an zahlreichen Konzessionen für öffentliche Verkehrsanstalten interessiert, ebenso haben französische Gesellschaften Interessen an bereits konzeptionierten oder in Vorbereitung befindlichen Arbeiten. Außer diesen wirtschaftlichen, industriellen und finanziellen Interessen haben wir ein moralisches und traditionelles Erbe zu wahren. Keines dieser Mittel zur Sicherung französischen Einflusses sind wir gesonnen aufzuopfern. Wir hatten in den besetzten Ländern moralische und materielle Rechte, und wir rechneten wohl darauf, daß sie respektiert werden würden. Wahrscheinlich werden wir mit den vier verbündeten Staaten wegen unserer legitimen Interessen besondere Konventionen abschließen müssen. In gleicher Weise wird sich früher oder später in der einen oder anderen Form eine allgemeine Regelung der bestehenden Schwierigkeiten ergeben müssen. Bisher waren sich die Mächte darin einig anzuerkennen, daß die militärischen Operationen kein fait accompli ergeben haben, und sie waren glücklich genug beraten, keine besondere Maßnahme oder Initiative zu ergreifen, die nicht wieder gut zu machen wären. Das Ergebnis einer besseren Garantie für den europäischen Frieden ist besonders dem Fortdauern des Meinungsaustausches der Kanzleien in der letzten Woche zu verdanken. Aber eine gemeinschaftliche Besprechung, in der alle Probleme in ihrem Zusammenhang ins Auge gefaßt und alle ausgekauften Schriftstücke vorgelegt werden, wird voraussichtlich allein in friedlicher Weise die Gegenstände der Ansichten lösen können, die zwischen gewissen Großmächten und den Balkanstaaten oder zwischen den Großmächten selbst bestehen. Er werde, erklärte Poincaré, die Diskretion nachahmen, die die auswärtigen Regierungen bewiesen hätten, und könne nur sagen, daß es eine Ehrensache gewesen sei, Frankreich seinen Rang im Konzert der Großmächte zu erhalten und seine Stimme zu hören zu bringen. Wir sind ohne Schwäche für den Frieden und die Zivilisation eingetreten.

Ueber den Waffenstillstand erklärte Poincaré zum Schluß, er glaube, Griechenland werde nicht zögern, sich anzuschließen; er hoffe, die Verbündeten würden sich die moralische Situation, die sie sich in Europa erworben hätten, durch die bedauerlichen Zwistigkeiten nicht schwächen lassen; er wünsche, daß die Türkei in einem erquicklichen Frieden bald wieder zur Wohlfahrt komme. Die französische Regierung lasse es sich lebhaft angelegen sein, die traditionellen Beziehungen zu der Türkei aufrechtzuerhalten. Der Ministerpräsident schloß, indem er sich von neuem zu der Aufmerksamkeit und beharrlichen Pflege der französischen Allianzen und Freundschaften bekannte, sowie zur Fortsetzung der aufrichtigen Bestrebungen für eine europäische Entente und für den Frieden; er versicherte besonders seinen festen und ruhigen Entschluß, den Rechten Frankreichs Achtung zu verschaffen, und die nationale Würde des Landes durch nichts antasten zu lassen.

Die Bedeutung der Poincaré'schen Ausführungen.

Paris, 5. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Poincaré's Erklärung ist demonstrativ. Der Satz, daß Gegensätze zwischen gewissen Mächten und Allianzen oder zwischen den Mächten selbst nur durch eine Gesamtdebatte friedlich gelöst werden könnten, wo alle Probleme in Zusammenhang betrachtet und alle Tauschelemente abgemogen würden, weist auf das Bestehen eines österreichisch-russischen Gegensatzes hin und läßt die russische Kompensationsforderung offen. Bestimmtheit klingt der Satz: „Ueber die Zukunft ist schwer zu sprechen, noch gewagter, zu prophezeien.“ In der ganzen Rede ist kein zureichendes Wort der Friedenserwartung auffallend. Sie zeugt von Sympathie gegen die Alliierten, die sich siegeswürdig zeigten, ebenso die Erklärung, daß er die Verlegung ihrer dauerlichen Zwistigkeiten fest erhoffe. Dagegen klingt sie gegen die Türkei scharfer durch den Hinweis, daß Frankreich in Europa und Kleinasien fortfahren werde, seine großen Interessen zu verteidigen. Aus der Erwartung unverzüglicher Reformen am Libanon klingt eine Drohung. Andererseits ist die Betonung traditioneller Rechte, besonders des Christenprotektorats in Kleinasien ein Wink nach England. Dagegen soll der Hinweis auf das bisherige Einvernehmen mit der Entente und der Satz: „Wir wollen, daß bei der Regelung der jetzigen Schwierigkeiten unsere Allianzen und Freundschaften neue Beweiskraft und Wirksamkeit liefern“, dazu bestimmt, die Doffentlichkeit gegen Aiderlens' Erklärungen zu beruhigen.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 4. Dezember. Wie der Vertreter des Wiener A. A. Telegr.-Bureaus von authentischer Seite erzählt, werden die Friedensverhandlungen in etwa zehn Tagen in London beginnen. Als erster türkischer Bevollmächtigter wird Reschid Pascha fungieren, die übrigen Bevollmächtigten sind noch nicht bestimmt. Ueber die Grundlagen der Friedenspräliminarien soll bereits ein Einvernehmen bestehen. Die Pourparlers mit Griechenland wegen des Waffenstillstandes dauern fort. Man hofft, daß die griechischen Bevollmächtigten übermorgen nach Thessalonika kommen, um die Annahme des Protokolls mitzutheilen.

London Konferenzstadt.

London, 5. Dezember. Wie das Reuter'sche Bureau erzählt, ist der Vorschlag Bulgariens, die Friedenskonferenz in London abzuhalten, der britischen Regierung mitgeteilt worden, die sich damit einverstanden erklärt und ihre Befriedigung über das Vertrauen der Kriegführenden ausgedrückt hat. Wie verlautet, hat die Türkei auf der Konferenz in Thessalonika zuerst Konstantinopel als Ort der Friedenskonferenz vorgeschlagen, womit Griechenland einverstanden war, während Bulgarien widersprach. Die bulgarischen Delegierten schlugen darauf London vor. Dies wurde angenommen. In offiziellen Londoner Kreisen ist nichts bekannt, was die mannigfaltigen Gerüchte über die angeblichen Friedensbedingungen bestätigen könnte.

Die türkische Mitteilung über den Waffenstillstand.

Konstantinopel, 5. Dezember. Die Worte hat gestern amtlich bekannt gegeben, daß der Waffenstillstand mit Bulgarien, Serbien und Montenegro unter der Bedingung abgeschlossen worden ist, daß die Kriegführenden in den gegenwärtig von ihnen innegehaltenen Stellungen verbleiben. Die Friedensverhandlungen beginnen ohne Ausschub. Der Kriegszustand wird allein gegen Griechenland aufrechterhalten. Eine gleichlautende Bekanntmachung ist den Vertretern der Türkei im Auslande und den türkischen Provinzbehörden zugegangen. — Die osmanischen Bevollmächtigten Reschid Pascha, Oberst Ali Riza und Damad Ferid Pascha sind abends hierher zurückgekehrt. Sofort fand ein Ministerrat statt, an dem zeitweise auch der albanische Senator Reschid Afif und der Berliner Botschafter Osman Rizami Pascha teilnahmen. Es

soll dabei auch über Albanien verhandelt worden sein. — Die erste Kolonne mit Lebensmitteln für Adrianopel ist gestern früh abgegangen.

Griechenlands Haltung.

Köln, 5. Dezember. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphisch: Man glaubt hier, daß Griechenland an den Friedensverhandlungen teilnehmen wird, selbst wenn es vielleicht das Waffenstillstandsprotokoll nicht unterzeichnen sollte. Es ist aber möglich, daß es das Protokoll doch noch unterzeichnet, wenn die verschiedenen Gründe, die für diese Zurückhaltung angegeben werden, weggefallen sind. Bekanntlich waren dies die Weigerung Griechenlands, die Blockade der Meerengen aufzuheben, ferner die noch nicht erfolgte Niederwerfung des türkischen Widerstandes auf Chios und Mytilene und der Wunsch, noch vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes in den Besitz von Janina zu gelangen. Die Meldungen von einem unmittelbar bevorstehenden Verfall des Balkanbundes sind jedenfalls verfrüht.

Angebliehe militärische Gründe für Griechenlands Weigerung.

Athen, 5. Dezember. Wie die Agence d'Athènes erklärt, darf die Tatsache, daß Griechenland den Waffenstillstand nicht unterzeichnet hat, nicht als ein Beweis für eine Uneinigkeit unter den Verbündeten ausgelegt werden. Griechenland habe besonderen Wert darauf gelegt, daß die Unternehmung seiner Flotte nicht unterbrochen würde, und zwar auf dem Jonischen Meer, damit nicht der türkischen Armee in Epirus die Verprobantierung ermöglicht werde, auf dem Ägäischen Meere, damit die Türken keine Truppen nach Thrazien transportieren könnten. Indem sich Griechenland auf diesen Standpunkt stellte, habe es mehr die Interessen aller Verbündeten im Auge gehabt, als seine eigenen; denn sämtliche Verbündeten und gleichzeitig die Friedensausichten würden durch Verstärkungen der Garnisonen in den Dardanellen und in Thessalonika geschädigt worden sein. — Was die jetzigen Friedensverhandlungen anlangt, so wisse man — und der letzte italienisch-türkische Vertrag sei ein genügender Beweis — daß solchen Verhandlungen kein Waffenstillstand voranzugehen brauche.

Nach amtlicher Meldung werden griechische Bevollmächtigte an den in London stattfindenden Verhandlungen teilnehmen.

Balona von den Griechen beschossen.

Balona, 5. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) Zwei griechische Kanonenboote haben gestern die unbefestigte Stadt beschossen. Eine Granate schlug zwischen dem italienischen und dem österreichisch-ungarischen Konsulat ein. Ismail Kemal Bey schickte, durch die Panik unter der Bevölkerung bestimmt, zu den Schiffen Parlamentäre, denen der Kommandant erklärte, er habe den Befehl erhalten, die albanesische Küste zu blockieren, da sie türkisches Gebiet sei, und glaube daher, rechtmäßig gehandelt zu haben. Er erklärte weiter, daß die Stadt sich Griechenland ergeben müsse, das die Albanesen stets wie Brüder behandelt habe. Hierauf entfernten sich die Kanonenboote. Ismail Kemal Bey hat sofort telegraphisch bei den Großmächten und bei der griechischen Regierung Protest eingelegt.

Keine Verprobantierung der belagerten Festungen.

Sofia, 5. Dezember. Gegenüber Nachrichten aus Konstantinopel, welche von Vorbereitungen zur Wiederverprobantierung der belagerten türkischen Festungen sprachen, muß man, wie die Agence Bulgare mitteilt, beachten, daß diese Frage durch Punkt zwei des Waffenstillstandsprotokolls geregelt ist, dessen Wortlaut formell den Garnisonen der belagerten Festungen unterlag, sich mit Lebensmitteln oder Munition wieder zu verprobantieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember 1912.
Staatsreden.

Aus dem Reichstage vom 5. Dezember wird uns geschrieben:

Die Lage der Geschäfte im Reichstage wollte es, daß am Donnerstag keine Redner vom Zentrum zu Worte kamen. Infolgedessen war von den Jesuiten nur wenig die Rede. Zwar streiften alle Redner im Vorübergehen die „große Frage“, die der Mittwochsjungling fast das Gepräge eines kritischen Tages höherer Grades gegeben hatte; doch hüteten sie sich, Staatsreden zu halten, in denen vom Etat keine Rede ist, wie Genosse Lenck die Spanische Rede mit glücklichem Spotte charakterisierte. Aber am Freitag geht die Staatsdebatte weiter, und als erster Redner steht der streitbare Herr Gröber vom Zentrum auf der Liste. Er hatte schon heute ein stattliches Manuskript vor sich liegen. Vielleicht schwillt es über Nacht noch an. Jedenfalls wird am Freitag von den Jesuiten wieder sehr viel die Rede sein, und der Herr Reichskanzler wird nicht wieder wie heute lediglich seinen Stuhl mit seiner Vertretung beauftragen.

Von den Nationalliberalen sprach Herr Baasche in munterem Vortonschwall über den Etat. Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. So flocht Herr Baasche denn anmutige Erlebnisse seiner sommerlichen Weltreise in die Zahlen und Wünsche seiner Staatsrede. Die Sozialdemokratie will Herr Baasche auch bekämpfen. Aber nicht durch einen Kampf gegen ihre Ideen, sondern durch Besserung der Verwaltungspraxis und Rechtsprechung, damit nicht wieder Streikurteile möglich werden, die eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis schicken. Solche Urteile treiben nach Herrn Baasche's Meinung der Sozialdemokratie die Mitleidenschaft zu. Wenn aber zur Zufriedenheit der Menschen regiert und verwaltet wird, wird es keine Unzufriedenen mehr geben, und die Sozialdemokratie ist am Ende ihres Vateins. Hoffentlich hat Herr Baasche mit dieser Art Sozialistenbekämpfung vielen Erfolg. Wir besitzen sogar soviel Todesverachtung und Selbsterleugnung, daß wir ihm dabei helfen, wenn er schlechte Verwaltungspraktiken, mangelhafte Regierungskünste und Klassenjustiz beseitigen will. Wir fürchten nur, wir werden Herrn Baasche nie finden, wenn es sich ernsthaft um solche Aufgaben handelt.

Eine umfangreiche Rede hielt Herr Wiemer für die Fortschrittliche Volkspartei. Von Anfang bis Ende, am rechten und unrecchten Orte, durchstatterte sie das schwellende Pathos des aufrechten liberalen Bezirksvereinspolitikers. Zu besonderer Kraft erhob sich sein Brüllton der Ueberzeugung, als er sich gegen den Klassenkampf und die Methoden der modernen Arbeiterbewegung wandte. Er empfahl dafür den Reichsverband liberaler Arbeiter. Die überweltigenden Erfolge der Girisch-Dunderschen Bewegung werden dafür sorgen, daß die Bäume der liberalen Arbeiterpolitik bis hoch in den Himmel hinein wachsen!

Herr Krenndt von der freikonserativen Fraktion, die keine eigentliche Fraktion ist, ging schnell viele Stufen tiefer in seinen Ansprüchen an moderne Arbeiterorganisationen hinab. Er will nicht einmal die Harmoniedeserei des Freisinn, er will die gelben Gewerkschaften von Unternehmern Gnaden. Und um diese Lieblinge der Scharfmacher zu schützen, möchte er, wie immer, scharf gegen das Koalitionsrecht und die modernen Gewerkschaften.

Der Pole Seyda pfefferte der Regierung eine kurze aber fastige Verwahrung wegen ihrer Ostmarkenpolitik ins Gesicht; in der Jesuitenfrage und die Polen mit dem Zentrum ein Herz und eine Seele.

Eine spaßige neue Note brachte der „Deutsch-Hannoveraner“ Alpers in die Debatte, indem er in wohlgedachter Rede das Programm der Welfen auseinandersetzte. Das Haus hörte den sonderbaren Schwärmer, der die Wiederherstellung des königreichs Hannover verlangte, an manchen Stellen mit interessiertem Nicken zu. Raum für alle hat der Reichstag, auch für solche Ränge.

Der Stimme aus der deutschen Vergangenheit folgte die Stimme der deutschen Zukunft. Genosse Lensch deckte in straffer Konzentration auf das Wesentliche und mit markigen Sätzen die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung auf und erklärte daraus die Geschäftspolitik der herrschenden Oberschicht und ihr Widerspiel, die Massenpolitik des Proletariats. Mit zwingender Logik wies er nach, daß der von den Hurra- und Prozentpatrioten so viel geschmähte Klassenkampf durch seinen siegreichen Ausgang überhaupt erst eine einheitliche Nation und Kulturgemeinschaft schafft, und dadurch das Volk wahrhaft in den Stand setzt, seine Geschichte in die Hand zu nehmen. Die heutige Wirtschaftspolitik, die in Wirklichkeit eine Raubpolitik ist, führt zu den großen sozialen Erschütterungen, von denen wir die ersten Anfänge jetzt erleben. Aber die Klassenbewußten Arbeiter aller Länder stehen diesen Umwälzungen nicht mehr wie einst als willenlose Objekte der Gesetzgebung und der herrschenden Klassen gegenüber, sondern in bewußter und gewollter Anteilnahme. Und sie werden alles daran setzen, auf daß die Entwicklung der neuesten Geschichte den Weg einschlägt, der in die weiten und freien Gefilde der sozialistischen Gesellschaftsordnung führt.

Die dritte Lesung des Wassergesetzentwurfes.

Am Donnerstag begann das Abgeordnetenhaus die dritte Beratung des Entwurfs eines Wassergesetzes. Die beiden konservativen Parteien, das Zentrum und die Nationalliberalen sind stolz auf ihre gesetzgeberische Arbeit, ihre Reden überboten sich förmlich in Verherrlichungen des Gesetzes, das einer von ihnen sogar als eine Großtat bezeichnete. An Mangel an Bekcheidenheit leiden die Herren wahrhaftig nicht. Wasser in den Wein der künstlichen Begeisterung und der Selbstbeweihräucherung gossen nur die Abgeordneten Lippmann (Sp.), sowie Genosse Liebknecht, der zwar die große Bedeutung eines Wassergesetzes unumwunden anerkannte, aber scharfe Kritik daran übte, daß in dem Gesetz nicht das Gemeineigentum, sondern das Privateigentum zur Grundlage genommen ist. Wie ein roter Faden zog sich durch seine sachkundigen Ausführungen das Verlangen, daß die Fürsorge für das öffentliche Wohl im Vordergrund zu stehen habe.

Aus der Rede des Landwirtschaftsministers Frhen. v. Schor-Lemmer ist seine Erklärung hervorzuholen, daß zwischen den Einzelstaaten Vereinbarungen gegen die Verunreinigung von einzelstaatlichen Wasserläufen getroffen werden. Von einer reichsgesetzlichen Regelung will der Minister nichts wissen.

In der Spezialberatung traten keine wesentlichen neuen Momente mehr zutage.

Am Freitag soll die dritte Lesung beendet und dann die Interpellation über das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen den Verein Berliner Feuerwehrlente besprochen werden.

Das kirchliche Entrüstungsspiel.

Die Zentrumsprelle setzt das vom Abgeordneten Spahn im Reichstage inszenierte Spiel fort. Sie nimt tiefste Entrüstung über die Auslegung des Jesuitengesetzes durch den Bundesrat, redet von einer Mißachtung der heiligsten Rechte des katholischen Volkes durch den Reichskanzler, predigt den unerlöschlichen Kampf für die bekannte schöne Partei-Gelegenheitsdebatte des Zentrums: „Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“ und droht mit ihrer grimmigen Rache. Ein wohlberedetes Spiel, das jedoch den einen Fehler hat, daß die Motive seiner Inszenierung allzu durchsichtig sind. Hauptmotiv ist zweifellos, daß das Zentrum gar zu gerne in Rom die Meinung ertönen möchte, es führe trotz seiner angeblichen „Interkonfessionalität“ einen unentwegten harten Kampf für die heilige katholische Kirche und wache mit Argusaugen über deren Rechte. In Rom haben in letzter Zeit so manche Späße des Zentrums bittere Gefühle hervorgerufen, besonders das Gerübe von der Interkonfessionalität sowie der beträchtliche Einfluß der Väterchen auf die Zentrumsfraktion des Reichstags. Diesen Eindruck möchte die Zentrumsleitung gar gern in Rom verwischen und seine treue katholische Gesinnung in bengalische Beleuchtung rücken. Zudem aber hält man die Entschädigung eines Kulturkampfes ein Miniatur für ein probates Mittel, die Zwistigkeiten im eigenen Lager zu dämpfen und die schöne päpstliche Engpässe in den Hintergrund zu drängen. Gerade deshalb wird sich aber auch das Zentrum hüten, es zum Wiegeln oder Brechen kommen zu lassen und eine Reichstagsauflösung heraufzubeschwören; denn mit einer erneuten Ratifizierung des Zentrums, wie im Jahre 1906, wäre der römischen Kurie unter den heutigen Verhältnissen am allerwenigsten gedient. Das Zentrum wird also räsonnieren, schimpfen, drohen und der Regierung allerlei Verlegenheiten bereiten, aber den Rückzug wird es sich offen halten.

Vorläufig wird natürlich noch mit Allgewalt die große Entrüstungsschauspieler gebläsen; so schreibt die „Germania“:

In der gegnerischen Presse hat man vielfach, wie zum Beispiel in der „Post“, der „Täglichen Rundschau“ und dem „Hannoverschen Courier“, die Entrüstung des katholischen Volkes, die auch in der katholischen Presse zum Ausdruck kam, als „Theaterdonner“ geschildert. Die gestrigen Vorgänge im Reichstage sollten unsere Gegner davon überzeugen, daß es sich hier nicht um einen „Theaterdonner“, sondern um ein wirkliches ernstes Gewitter handelt, das gestern zur Entladung gekommen ist, und zwar mit zündenden Wüsten. Gleichwohl wird auch heute noch in der „Post“ die Behauptung aufrechterhalten, es handle sich nur um einen Theaterdonner, und wenn die Weisheitsglocken den „Frieden auf Erden“ in die Hände läuten, dann werde auch der Born des Zentrums veranlaßt sein, und so werde nichts übrig bleiben, als eine unterhaltene Episode im Einerlei des parlamentarischen Alltagslebens — nichts weiter! Je ruhiger und fester die Regierung bleibt,

um so eher wird sich das Zentrum zur Zurücknahme seiner Kampfanfänge bequemen“. Die „Post“ wird bald einsehen, daß sie sich in ihrer Auffassung über die Haltung des Zentrums und mit ihrer Vorhersage gewaltig irrt. Das Zentrum hat gegenüber der Behandlung, die ihm seit Jahren widerfahren ist, indem man ihm Recht und Freiheit, Parteilichkeit und Toleranz versagte, lange genug Geduld geübt, und auch dem Langmütigsten muß einmal die Geduld reizen...

Von anderer Seite wird heute auch die Frage aufgeworfen, ob die Zentrumsfraktion des Reichstages nun Opposition quand même treiben und alles — auch das Budget — ablehnen werde. Das wird nicht der Fall sein. Das Zentrum wird, wie es das niemals — auch zu Zeiten des schärfsten Kulturkampfes nicht — getan hat, in absoluten Staatsnotwendigkeiten keine Opposition treiben. Das hat es erst vorgestern, als schon seine Haltung zur Jesuitenfrage als eine Frage der inneren Politik feststand, bei der Reichstagsdebatte über die auswärtige Politik bewiesen, wo es durch den Mund des Abg. Fürst Löwenstein erklären ließ, daß die auswärtige Politik der Reichsregierung, indem sie unter voller Wahrung unserer Ehre und Selbstständigkeit an der Erhaltung des Weltfriedens arbeite und sich treu und fest hinter ihren österreichischen Bundesgenossen stelle, die volle Unterstützung der Zentrumsfraktion finden werde.

Also keine Opposition quand même, sondern den Umständen entsprechend temperiert.

Etwas voller nimmt das Maulwerk die „Schles. Volkszeitung“; aber sie hat es auch nötig, denn sie ist gar schlecht beim Fürstbischof Kopp angeschrieben. Das Blatt meint entrüstet:

„Der Reichskanzler weiß heute, daß seine Stellungnahme zum Jesuitengesetz den geduldsten Katholiken verlegt hat, daß er den katholischen Volksteil als eine geschlossene Front gegen sich hat. Nun sucht er einen anderen Wall zu werfen: er will sich hinter der Gewerkschaftsfractionspolitik des Papstes verbergen und hier recht kräftige protestantische Worte sprechen. Der Verfall gewisser Leute wird ihm dabei nicht fehlen; bei den deutschen Katholiken hat er aber nichts mehr zu verlieren, wenn er sich in den Wirkungskreis der Bischöfe einmischt; er kann nur den Ausbruch eines neuen Kulturkampfes beschleunigen.“

Zur Reichstagsnachwahl in Neuchâtel.

Unsere Parteigenossen stellten für die am 10. Dezember stattfindende Reichstagsnachwahl den Genossen Max Cohen, Kaufmann in Frankfurt a. M., auf. Genosse Cohen kandidierte bei den letzten Wahlen in Leipzig-Stadt, wo er gegen den Nationalliberalen Dr. Jund unterlag.

Auch die Antisemiten haben jetzt einen eigenen Kandidaten — gefunden. Der Antisemitisch Voltmann ist vom Christlichsozialen Verein in Neuchâtel, von dessen Bestehen nur die wenigsten eine Ahnung hatten, aufgestellt worden. In der Versammlung waren 14 Mitglieder anwesend, die mit 9 gegen 5 Stimmen dem Wünsche Voltmanns, ihn als Kandidaten aufzustellen, Rechnung trugen. Es stehen sich in diesem Kampfe also gegenüber: Cohen (Soz.), Dr. Stroschmann (natl.) und Voltmann (Antisemit).

Erledigte Mandate.

Wie aus Danenburg in Pommern gemeldet wird, ist der Reichs- und Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Stosch-Lauenburg Will-Schweikin gestern abend im Alter von 64 Jahren in Schwedlin verstorben.

Es wird also sowohl für den Reichstag als für den preussischen Landtag eine Nachwahl im Kösliner Wahlkreise nötig. Das Landtagsmandat ist sicherer Besitz der Konservativen, und auch das Reichstagsmandat dieses Kreises, der seit 1893 stets konservativ vertreten war, wird schwer zu erobern sein, denn bei der letzten Wahl fielen auf den konservativen Kandidaten 15405, den freisinnigen 8707, den sozialdemokratischen 2781, den nationalliberalen 978, den polnischen 451 Stimmen.

Das Interpellationsrecht des Reichstags.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages ist am Donnerstag zusammengetreten, um über die Streitfrage zu beraten, die anlässlich der sozialdemokratischen Steuerinterpellation aufgeworfen worden ist. Damals hatten sich die bürgerlichen Parteien dagegen gewandt, daß nach dem neuen § 33a der Geschäftsordnung der zu einer Interpellation gestellte Antrag spezifiziert werden könne, in welchen Punkten oder insoweit die Haltung des Reichskanzlers der Anschauung des Reichstags entspricht oder nicht entspricht. Unsere Fraktion hatte, um eine Abstimmung überhaupt herbeizuführen, einen neuen, nicht spezifizierenden Antrag eingebracht, und zugleich wurde auf ihren Vorschlag die Geschäftsordnungskommission mit der Beratung der Streitfrage beauftragt.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden, Genossen Haase, dem der Abgeordnete Gröber (Z.) beirat, beschlossen, an die Gesamtrevision der Geschäftsordnung erst dann — und zwar vermutlich im Januar — heranzutreten, wenn der Reichstatter bestimmte Anträge zu stellen in der Lage sei, unter Berücksichtigung der Vorarbeiten, die gegenwärtig der Direktor des Reichstages vornimmt.

Zum Gegenstand der Tagesordnung selbst beantragte Abg. Kreth (L.) die Zugelung von Vertretern der Regierung und schriftliche Berichterstattung. Genosse Haase wies darauf hin, daß im Laufe der früheren Verhandlungen im Frühjahr der Reichskanzler zu den Sitzungen der Kommission eingeladen worden sei, von der Einladung aber keinen Gebrauch gemacht habe. Gegen die Anträge des Abg. Kreth wandten sich die Redner aller übrigen Parteien, so daß Herr Kreth schließlich den einen Antrag auf Zugelung von Regierungsvertretern zurückzog; der andere wurde mit allen gegen die drei konservativen Stimmen abgelehnt.

Abg. Kreth hatte indessen auch auf private Vespörungen der liberalen Parteien mit der Regierung angespielt. Sowohl die Genossen Haase und Ledebour wie auch die Abgeordneten Gröber (Z.), Dr. Jund (natl.) und Dr. Müller (Sp.)-Meinungen (Sp.) erklärten, daß für die Kommission und den Reichstag solche Privatunterhaltungen oder Privatabmachungen nicht existieren. Abg. Dr. Müller-Reinigen bemerkte, es sei den Konservativen natürlich unangenehm, daß auf diese Weise die Verantwortung der „Meinen Anfragen“ gesichert worden sei. Dazu darf wohl bemerkt werden, daß trotz der liberalen Gespäche mit der Regierung, auf deren Seite eine Neigung von Respekt vor den „Meinen Anfragen“ erst dann entstand, als ein großer Teil des Reichstags sich die anfänglich sehr payige Art der Verantwortung nicht gefallen ließ!

Die Aussprache über die Auslegung des § 33a der Geschäftsordnung wurde mit der Diskussion über die Existenzberechtigung der eigentlichen Bestimmung selbst belastet. Namentlich die Abgeordneten Graf Westarp (L.) und Kreth (L.) hielten es für angemessen, immer wieder ihre prinzipielle Antipathie gegen jede Erweiterung der Rechte des Reichstages zum Ausdruck zu bringen. Die Abgeordneten Gröber (Z.), Dr. Müller (Sp.) und v. Bayer (Sp.) wandten sich gegen die Möglichkeit der Spezifizierung, die zu endlosen Konsequenzen führen würde und zur Erlegung der Resolutionen und Initiativanträge durch Interpellationen. Die Genossen Geher, Ledebour und Dr. Frank

bertraten dagegen die Möglichkeit der Spezifizierung, die sich auch daraus ergebe, daß gar keine bestimmte Formel beschlossen worden sei, in die ein Billigungs- oder Mißbilligungsvotum gefaßt werden müsse. Auch die Zentrumsabgeordneten Gröber und Dr. Well sowie Dr. Jund (natl.) gaben zu, daß eine bestimmte Formel nicht vorgeschrieben sei. Genosse Ledebour stellte aus den Äußerungen der Redner vom Zentrum und der Liberalen fest, daß auch diese Parteien der Meinung sind, die Beschlußfassung über eine Interpellation sei die schärfste Waffe, mit der die Regierung moralisch gezwungen werden könne, ihre Politik zu ändern oder abzugeben.

Das veranlaßte den Grafen Westarp zu allerhand posthumer staatsrechtlichen Bedenken, denen Genosse Dr. Frank unsere Auffassung von der Verantwortlichkeit des Kanzlers entgegenstellte und zu einer Rahnung an die Nationalliberalen veranlaßte, doch so gefährliche Nachbarschaft zu meiden, worauf freilich Herr Dr. Jund ablehnend versicherte, er sei nicht so schreckhaft.

Die Kommission stimmte dem sozialdemokratischen Antrag zu, die Auslegung des § 33a der Geschäftsordnung zugleich mit der Gesamtrevision vorzunehmen.

Belgien.

Verstärkung des Militarismus.

Brüssel, 5. Dezember. Der Kriegsminister unterbreitete heute dem Parlament das neue Militärgesetz. Danach wird das Jahreskontingent auf 33 000 Mann gebracht, das bedeutet im Prinzip die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Es wird ferner das Einjährigendienst nach deutschem System eingerichtet, und es sollen etwa 2000 Mann jährlich freiwillige eingeeilt werden. Die Eintruppen werden nach dem neuen Gesetz, das schon im Jahre 1913 in Kraft treten soll, auf 150 000 Mann gesteigert. Das Kontingent in Kriegsstärke wird 333 000 Mann betragen. Die Dienstpflicht soll bis zum 33. Lebensjahre, also 13 Jahre, dauern. Die Dienstpflicht beträgt noch wie vor 18 Monate. Die Begründung des Gesetzes wird erst später dem Parlament zugehen.

Italien.

Ein Sozialist in Stichwahl.

Rom, den 2. Dezember. (Eig. Ber.) Bei der durch den Tod des bisherigen Abgeordneten, eines Ministerialen, nötig gewordenen Ersatzwahl von Castel San Giovanni erhielt der Parteikandidat Rino Mazzoni 1174, der Ministerielle Piatti 1683 und der bürgerliche Radikale 858 Stimmen. Genosse Mazzoni kommt daher in Stichwahl mit dem Ministerialen, freilich mit geringer Aussicht auf Erfolg, da die Radikalen kaum ihre Stimmen auf den Sozialisten überwälzen werden.

Aus der Partei.

Ein Achtzigjähriger.

Man schreibt uns aus Baden: Unser badischer Parteiführer, Privatmann Karl Ged in Offenburg, feiert am 6. d. Mts. seinen 80. Geburtstag bei Gesundheit und geistiger Regsamkeit. Der „Kommerzienrat“ — wie seine Bezeichnung im Firmenregister der roten Feldpost lautete — blüht auf eine stille aber wirkungsvolle Arbeit in der sozialistischen Bewegung zurück, wobei ihm die Schergen der Bismarckischen Schandgesetzgebung in den achtziger Jahren schwer zulegen. In den materiellen Opfern brachte Karl Ged auch Freiheitsopfer in zwei badischen Gefängnissen. Der Parteivorstand in Berlin erfreute den alten Kämpfer durch eine Aufmerksamkeit. In der roten Feldpost hat Josef Well seinen Epopteur und allen Freund bereuigt.

Der neue Chefredakteur des „Avanti“.

Rom, den 2. Dezember. (Eig. Ber.) In der Nummer vom 1. Dezember nimmt der bisherige Chefredakteur des „Avanti“, der vom Parteiorg mit diesem Amt beauftragte Genosse Giovanni Pacci Abschied von den Lesern, und Genosse Ruspoli gibt seine Uebnahme der Leitung des Zentralorgans zur Kenntnis. Pacci setzt die zwingenden Gründe auseinander, die ihn zum Rücktritt bewegen: es handelt sich um unabweisbare Verpflichtungen, die er in der Parteibewegung der Provinz Ravenna schon vor dem Kongress von Reggio übernommen hatte, und von denen er nicht ohne große Schädigung der dortigen Organisationen zurücktreten konnte. In bezuglichen Worten wünscht er dem Zentralorgan weiteres Gedeihen und reiches Wirken für die Befreiung der Arbeiterklasse und für den Sozialismus. — Im Gegensatz zu den Erklärungen Paccis haben die Ruspolis einen durchaus politischen Charakter. Seit dem Kongress von Reggio Emilia hätte der „Avanti“ eine gemäßigtere Haltung angenommen, die einen Uebergang zwischen der bisherigen reformistischen Richtung und der in Reggio zum Siege gelangten revolutionären darstellte. Die siegreiche Fraktion hätte bis jetzt die Resolution Verda ohne jede Strenge und Schärfe, im Sinne größter Duldsamkeit interpretiert. Nunmehr sei es an der Zeit, diese Haltung der Transition aufzugeben und offener die revolutionäre Auffassung der sozialistischen Entwicklung zum Ausdruck zu bringen. Natürlich werde das Zentralorgan nach wie vor allen Richtungen in der Partei in gleicher Weise offenstehen, aber die Redaktion werde künftighin strenger und schärfer im Sinne der in Reggio siegreichen Resolution ihre Stellungnahme kundtun. Das Blatt werde revolutionärer sein als bisher. Die Erklärung schließt mit den Worten: Es lebe die sozialistische Partei, es lebe die soziale Revolution! — Ob sich an den Wechsel der Chefredaktion ein solcher der Redaktionspersonals anschließen wird, ist nicht bekannt. Zurzeit sind in der Schriftleitung des Zentralorgans mehrere Journalisten tätig, die nicht organisierte Parteigenossen sind.

Personalien. Für den Wahlkreis Hanau-Bodenheim-Geinhausen-Ord wurde an Stelle des Genossen D h m a n n, der als Provinzialsekretär nach Frankfurt a. M. kommt, der Genosse R. Schnabrich (früher Beamter des Schuhmacherverbandes) aus Frankfurt a. M. zum Parteisekretär gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein drakonisches Urteil

wurde am Montag von der 2. Strafkammer des Hamburger Landgerichts über die Genossen Schönberg (Geschäftsführer des Verbandes der Staats- und Gemeinbedienten) und E. Köpfe (Redakteur des „Hamburger Echo“) verhängt wegen angeblicher Beleidigung des Reichstages. Dieser Beamte hatte zwei Staatsbedienten, von denen einer zwölf Jahre im Kaiserliche tätig war, entlassen, weil sie ein Geprüf, das sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Arbeiterausschusses mit ihm, dem Reichstagsführer, gehabt hätten, dem Verbandsbeamten Schönberg falsch mitgeteilt haben sollen. Schönberg hatte von dieser Mitteilung in einem Artikel Gebrauch gemacht, den er dem „Hamburger Echo“ einschickte. Der Artikel erschien hier mit der Unterschrift Schönbergs im „Sprechsaal“. Trotzdem wurde nicht nur Schönberg als Verfasser, sondern auch der Verantwortliche unseres Hamburger Parteiorgans als Mithäter angeklagt und beide wurden verurteilt: Schönberg zu vier, Köpfe zu zwei Monaten Gefängnis. Die Beleidigung wurde lediglich in der Behauptung gefunden, der Reichstagsführer habe gesagt, er wolle mit allen Mitteln die Verdrängung der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisation in seinem Betriebe unterstützen. Als entschuldigender Begleiter der modernen Arbeiterbewegung hat sich der Reichstagsführer auch vor Gericht bekannt. — Der Redakteur der „Gewerkschaft“, Genosse Dittmer in Berlin, ist wegen der gleichen „Beleidigung“ nur zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

In beiden Lagern ist man zurzeit eifrig darauf bedacht, die Kräfte für die bevorstehende Entscheidung zu sammeln. Die Holzarbeiter haben in den letzten vierzehn Tagen an mehr als 700 Orten Agitationsveranstaltungen abgehalten, die durchgehend einen sehr befriedigenden Verlauf nahmen. Vielfach waren die Versammlungsorte überfüllt und überall zeigte sich, daß die Arbeiter den Ernst der Lage begriffen haben. In den Städten, in welchen die Verträge zum Ablauf kommen, sind die organisierten Holzarbeiter entschlossen, bei der Vertragsverneuerung für eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten. Sie sind sich aber der entgegenstehenden Schwierigkeiten wohl bewußt. Zum Teil wären sie bereit gewesen, die bisherigen Vertragsbedingungen ein weiteres Jahr gelten zu lassen, nachdem aber der Arbeitgeberverband alle Verträge gekündigt hat, handelt es sich darum, die Arbeitsbedingungen für einen längeren Zeitraum zu vereinbaren. Und da ist es selbstverständlich, daß von einer unveränderten Verlängerung der von den Unternehmern gekündigten Verträge keine Rede sein kann.

Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, haben aber die Unternehmer die Verträge nicht gekündigt. Ihnen schweben ganz andere Pläne vor, die den Arbeitern durchaus kein Geheimnis sind. Sie wissen sehr wohl, daß der Arbeitgeberverband schon seit längerer Zeit umfassende Vorbereitungen für die im Frühjahr 1913 zu erfolgende große Abrechnung mit dem Deutschen Holzarbeiterverband trifft, und sie beginnen, sich auf Kriegzeiten einzurichten. Gerade die eben beendeten Agitationstouren haben erkennen lassen, daß die Holzarbeiter ob des drohenden Kriegszustandes im Gewerbe durchaus nicht niedergeschlagen sind. Sie sind zwar gern bereit, sich in Frieden mit den Unternehmern zu verständigen, sie werden aber einem ihnen aufgebrungenen Kampf keineswegs ausweichen. Das ließ deutlich die begeisterte Stimmung erkennen, welche nicht nur in den Versammlungen in den unmittelbar in Betracht kommenden Städten, sondern überall im Reich zutage trat.

Wermüdig ist in der gegenwärtigen Zeit die Mühe, die sich der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe gibt, um der Welt seine Friedensliebe zu beweisen. Wenn man zu seiner Information allein auf die „Nachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen“, das Verbandsorgan der Unternehmer angewiesen wäre, könnte man ordentlich Mitleid mit diesen Herren bekommen, deren Friedensliebe von den Arbeitern so förmlich verkannt wird. Wer jedoch die Dinge kennt, ist erstaunt über das Maß von Scheuerei, das aus den Spalten dieses Blattes spricht. In der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird denn auch das Spiel der Unternehmer nicht übel verurteilt. In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Der Arbeitgeberverband — kein Engel ist so rein“, werden die unaufrichtigen Friedensbetreibungen mit gutem Humor verspottet. Dem Arbeitgeberverband wird dort vorgehalten, wie er sich auf das engste mit den Scharfmachern im Baugewerbe verbündet hat. Es wird daran erinnert, daß hervorragende Vertreter des Schutzverbandes offen den Vertragsbruch gepredigt haben, um zu dem langersehnten „Reichstasch“ zu kommen, den sie auf andere Weise nicht erreichen können. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ erinnert weiter an die Reden, die Herr Kahardt auf der letzten Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes gehalten hat, um seine ungestüm zum Kampfe drängenden Kollegen auf das Frühjahr 1913 zu verlocken, in welchem der große Tanz gewagt werden soll.

Die feierliche Erklärung des Schutzverbandes, daß er nicht beabsichtige, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, nimmt die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht ernst, denn dieser Erklärung ist der vieldeutige Satz beigefügt: „Zu einer solchen Verschlechterung rechnen wir es nicht, wenn bei bestehenden Einrichtungen Uebelstände, die als solche auf beiden Seiten anerkannt werden müssen, abgestellt werden.“ Die Holzarbeiter werden, daraus wird gar kein Hehl gemacht, für die Erneuerung der Verträge überall Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung fordern. Sie werden aber auch für die Erhaltung und den Ausbau der paritätischen Arbeitsnachweise mit obligatorischer Benutzung eintreten, gegen welche die Unternehmer mit besonderer Wucht anrennen, wobei sie sich auf die kleinen Konkurrenzorganisationen des Holzarbeiterverbandes Girsch-Dunderscher und christlicher Couleur stützen können. Die Unternehmer erklären, sie würden sich gegen die weitere Dienstbarmachung des Arbeitsnachweises für die Interessen des Holzarbeiterverbandes wenden. Demgegenüber berufen sich die Holzarbeiter darauf, daß sie lediglich die Grundgedanken des bereits im Jahre 1907 zwischen den Organisationsvorständen vereinbarten „Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie“ vertreten, welches die volle Billigung und die Unterschrift des Herrn Kahardt gefunden hat.

Bezüglich des Arbeitsnachweises spricht sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ programmatisch in folgenden Sätzen aus:

„Wir wollen lediglich eine Regelung der Arbeitsvermittlung. Dieser allein soll der Arbeitsnachweis dienen. Mit ihm sollen keine Nebenbede verbunden sein, und die Arbeitsvermittlung soll gleichmäßig für alle Arbeiter erfolgen, gleichviel welcher Organisation sie angehören. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist bereit, in dieser Beziehung die weitgehendsten Garantien zu bieten, aber wir halten an der Auffassung fest, daß der paritätische Arbeitsnachweis mit obligatorischer Benutzung gegenwärtig die beste Arbeitsnachweiseinrichtung ist, deren Einführung, Ausbau und Veredlung wir nach Kräften fördern wollen.“

Es sind also eine ganze Reihe von Differenzpunkten vorhanden, und eine friedliche Verständigung wird um so weniger möglich sein, als die heuchlerischen Redensarten der Unternehmer die offenfundige Tatsache nicht verbergen können, daß sie auf den Konflikt hinarbeiten. Die Formen werden natürlich gewahrt und es haben auch bereits Verhandlungen stattgefunden. Auf Seiten des Schutzverbandes sind, wie die „Nachzeitung“ mitteilt, die Verbände München, Leipzig, Düsseldorf, Hannover und Berlin mit der Führung der zentralen Verhandlungen betraut. In ähnlicher Weise wurden auch auf Seiten der Arbeiter neben den Vorstandsmitgliedern auch Vertreter einzelner Vertragsstädte zu den Verhandlungen gezogen. Ueber die Verhandlungen, die am 29. und 30. November in Berlin geführt wurden, ist ein recht dürftiger Bericht herausgegeben worden. Hiernach bezogen

sich die gepflogenen Verhandlungen, die allerdings ein Resultat noch nicht erzielt haben, auf die Arbeitszeit und Lohnfrage, den Ablauftermin für die neuen Verträge, die Verbesserung der schiedsrichterlichen Instanzen zwecks vermehrten Schutzes gegen Vertragsverletzungen einzelner Mitglieder auf beiden Seiten, ferner die Frage der paritätischen Arbeitsvermittlung sowie noch eine Anzahl anderer Gegenstände, die einer neuen Regelung bedürfen. Ein Ergebnis konnte bezüglich keiner dieser Fragen bisher erzielt werden, doch ist vereinbart worden, daß die Zentralverbände bereits am 13. und 14. Dezember dieses Jahres aufs neue zusammentreten, um ihre Bemühungen zur Schaffung einer Unterlage für die eigentlichen Tarifverhandlungen, die direkt zwischen den örtlichen Parteien in allen beteiligten Städten geführt werden, in dieser neuen Zusammenkunft fortzusetzen.

Es ist also nicht viel, was aus den Verhandlungen bisher herauskam, oder richtiger, sie haben überhaupt noch kein Ergebnis erzielt, und ob sie bei der Fortführung ein Resultat ergeben, steht noch sehr dahin. Die Holzarbeiter dürfen sich durch die Tatsache, daß verhandelt wird, nicht in Sicherheit wiegen lassen. Der Arbeitgeberverband plant den Kampf und die Arbeiter müssen sich so einrichten, daß ihnen die endgültige Kriegserklärung der Unternehmer nicht überraschend kommt.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Zug nach Magdeburg ist wegen Streik fernzuhalten.
Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Wie hoch sind die Unkosten der Bäckermeister?

Herr Rechtsanwalt Freig Löwe schreibt uns:
Es ist unwar, daß von mir in den fraglichen Prozessen behauptet worden ist, der Reingewinn in Bäckereien betrage 33% Proz. Wahr ist nur, daß der Bruttogewinn auf 33% Proz. angegeben ist. Von dem Bruttogewinn gehen ab die Unkosten, insbesondere Miete, Gehälter, Verschleißkosten und ähnliches. Ein Abzug war in den Prozessen nicht statthaft, weil durch den Verlust der Umsatzerträge würde, diese Unkosten aber bestehen blieben. Etwas anderes ist nicht behauptet und auch vom Gericht nicht angenommen worden. In keinem dieser Prozesse ist Herr Ehrenbörnermeister Bernard als Sachverständiger vernommen worden. Soweit ich aus den mir nur teilweise vorliegenden Prozessakten ersehe, ist überhaupt kein Sachverständiger vernommen worden.
Hochachtungsvoll
Der Rechtsanwalt
Löwe.

Wir möchten dazu bemerken, daß Gehälter, Verschleißkosten und ähnliches bei einer Einschränkung der Produktion natürlich auch in Fortfall kommen. Diese Unkosten können nicht in voller Höhe in Abzug gebracht werden, so wenig wie die für Rohmaterial. Bestehen bleiben höchstens die Unkosten für Miete, Inventar, Beleuchtung usw. Die Herren Bäckermeister haben durch jene Prozesse den Verband der Bäcker treffen wollen, sich aber ohne Frage selbst eine unangenehme Suppe eingebrockt und weigern sich jetzt, sie auszulöffeln. Sie wird ihnen aber immer wieder vorgelegt werden.

Zu dem Konflikt im Baderhof-Ausschank, Friedrichstr. 71, sei mitgeteilt, daß die Verhandlungen zu einer Verständigung und zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Oekonom Herrn Langemann und dem Verband der Gastwirtschaftlichen geführt haben. Die Organisation wurde als Interessensvertretung der Angestellten anerkannt, die Streikenden wieder eingestellt und der Monatslohn, unter Wegfall der Kost im Hause, von 45 auf 55 M. erhöht. Bei entstehenden Kalkulationen wird der kostenlose Arbeitsnachweis der Gehilfen benutzt. Gleichfalls geregelt wurden noch einige Fragen bez. den Plazierdienst, des Karrenschreibens, des wöchentlichen Ruhetages, sowie der Löhne der Bierzapfer. In Betracht kommen 21 Kellner und 4 Bierzapfer, also 25 Angestellte. Die Verhandlungen ergaben, daß die Brauereidirektion von der Arbeitsniederlegung und deren Ursachen vor den Veröffentlichungen keine Kenntnis hatte; nach dieser war sie aber redlich bemüht, zur Beilegung der Differenzen beizutragen. — Die Sperre über den Baderhofbetrieb ist hiermit aufgehoben.

Verband der Gastwirtschaftlichen. Ortsverwaltung Berlin I.

Die **Blavierarbeiter** haben in diesem Herbst eine Lohnbewegung geführt, die ihnen manchen Erfolg brachte. In einer Versammlung, die am Montagabend in den „Arminhallen“ stattfand, berichtete der Branchenleiter Leopold über den Verlauf und das Ergebnis der Bewegung. Die Konjunktur ist im Herbst gewöhnlich günstig und setzte auch diesmal gut ein. Nach einem Versammlungsbeschluss vom 2. September stellten die Arbeiter in einer Reihe von Betrieben Forderungen, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zuerst wurden die Firmen angegriffen, die am meisten Grund zu Klagen und Beschwerden gaben, wie z. B. Krause u. Dreß. Wenn dort auch ein Teil der Arbeiter einen annehmbaren Verdienst erzielen, so ist andererseits die Ausnutzung der Arbeitskraft oft unerträglich. Angegriffen wurde in 25 Betrieben, die 2305 Personen beschäftigten. Davon waren 1084 organisiert und 681 unorganisiert. 1217 gehörten dem Deutschen Holzarbeiterverbande an, 227 dem Fachverein und 240 verschiedenen freien Gewerkschaften. In 7 Fällen kam es zu einer Arbeitsniederlegung, die von einigen Tagen bis zu 3 Wochen dauerte und in der Regel erfolgreich abschloß. Nur in einem Betriebe, bei Gebr. Schwichten, war der Streik, der dort 5 Wochen dauerte, erfolglos und wurde abgebrochen. Bei Frati u. Co. fand eine Abwehrbewegung statt, da die Firma mit Abzügen bis zu 22 Proz. drohte. Es gelang, diese Abzüge zum größten Teil abzuwehren. Von der Mechanikbranche, die viele Frauen beschäftigt und wo die Verhältnisse sehr schlecht liegen, waren 3 Betriebe an der Bewegung beteiligt und verschiedene Verbesserungen wurden auch hier erzielt. — Die Forderungen waren im allgemeinen sehr bescheiden. Die Lohnerhöhungen betragen im Durchschnitt kaum 5 Proz., betreffen aber 1083 Personen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde in 3 Betrieben durchgeführt. — Die Musikinstrumentenarbeiter sind vielfach noch schlechter gestellt als Arbeiter anderer Branchen im Holzgewerbe. — Immerhin hat der Deutsche Holzarbeiterverband in den letzten drei Jahren für 2080 Personen der Musikinstrumentenbranche eine Lohnerhöhung durchgeführt und in 2 Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit für 2132 Personen. Die diesjährige Bewegung brachte außerdem noch manche andere Erfolge. In einigen Betrieben wurden die Affordpreise verbessert, in anderen die Abschlagszahlungen erhöht. — Man kann mit dem Ausgang der Bewegung im allgemeinen zufrieden sein, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß die Unorganisierten hindernd im Wege stehen, wo bessere Fortschritte gewünscht werden. Die Gewinnung aller Unorganisierten ist, wie Leopold am Schluß seines Berichts hervorhob, die erste Sorge des Verbandes, und alle Mitglieder mühten diese Sorge teilen.

In der Notiz: „Der Kampf um den wöchentlichen Rubeltag im Bäder- und Konditorgewerbe“ unter „Gewerkschaftliches“ vom Dienstag, den 3. Dezember, heißt es, daß in 230 Orten rund 1800 Gehilfen für die Petition votierten. Das ist nicht richtig, sondern es muß heißen: rund 18000 Gehilfen.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt.

Die gestrige Notiz des „Vorwärts“ über die Lohnbewegung der Binnenschiffer ist nicht vollkommen. Die Erklärung, welche der

Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer gegenüber abgegeben, hat folgenden Wortlaut:

„Der Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt ist trotz der andauernden mäßigen wirtschaftlichen Lage der in ihm vereinigten Betriebe bereit, eine mäßige Lohnerhöhung mit Beginn des nächsten Jahres einzutreten zu lassen.“

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung beabsichtigt, dem Reichstage binnen kurzem Vorschläge zur gleichmäßigen Regelung der Arbeitszeit in der gesamten Binnenschifffahrt zu machen, deshalb erscheint es unzulässig, gerade jetzt durch private Vereinbarungen über Nacht- und Sonntagsruhe für einzelne Teile der Schifffahrt Bestimmungen zu treffen.

Es ist zu wünschen, daß die Vorschläge der Reichsregierung ausreichende Handhabe bieten werden, um unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der verschiedenen Stromgebiete die Dauer der Arbeitszeit so zu gestalten, daß gesundheitliche Schädigungen nicht statthaben können.

Die Regelung der Schiffsbesatzung bleibt wie bisher den Strompolizeivorschriften überlassen.“

Die Arbeitnehmerverbände sollen bis Montag, den 9. Dezember, erklären, wie sie sich hierzu stellen. Je nach der Stellungnahme soll dann die Verhandlung am Donnerstag, den 12. Dezember, in Berlin fortgesetzt werden. Die maßgebenden Instanzen der Organisationen werden nunmehr Stellung nehmen. Bekanntlich legt die gesamte Schiffsmannschaft Hauptgewicht auf die Nachtruhe und gestaltet sich nunmehr die Lage äußerst kritisch.

Versammlungen.

In dem gestrigen Bericht vom 2. Berliner Reichstagswahlkreise muß es in bezug auf die Delegierten an Stelle „werden gewählt“ heißen: „werden vorgeschlagen“.

Zu dem **Versammlungsbericht** aus dem 4. Kreise schreibt uns Genosse Kelle: Der Berichterstatter läßt mich sagen: Genosse Welle lehnt jedes Zusammengehen mit den Freisinnigen r u n d w e g ab usw. Demgegenüber möchte ich folgendes feststellen wissen: Meine Auseinandersetzung mit dem Genossen Girsch bezog sich auf die von ihm in seinem Artikel vom 6. September („Vorwärts“, 1. Beilage) empfohlene Taktik eines eventuellen Zusammengehens mit den Freisinnigen schon bei den Urwahlen. Ferner den hierdurch bedingten, empfohlenen Verzicht der Stimmentzählung. Gegen eine solche Taktik habe ich mich mit aller Entschiedenheit gewandt. — Ferner sagte ich: Die Stellungnahme zu den Abgeordnetenwahlen dürfte auf dem Parteitag dahin entschieden werden, daß bei Stichwahlen zwischen einem Reaktionär und dem Freisinn unsere Wahlmänner für den freisinnigen Kandidaten stimmen, natürlich unter Beobachtung der vom kommenden Parteitag festzulegenden Garantien und Gegenleistungen seitens der Freisinnigen.

Der Balkankrieg.

Italiens Eifersucht auf Griechenland.

Rom, 5. November. (B. Z. A.) „Tribuna“ schreibt: Die Hartnäckigkeit, mit der Griechenland gegen Ballona vorgeht, macht einen ungünstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung Italiens, welche, da sie die große Wichtigkeit der Sache kennt, über die albanesische Frage mit der Regierung vollständig eines Sinnes ist. Außerdem wissen wir, daß jeden Augenblick, wenn es nicht vielleicht bereits erfolgt ist, der italienische und der österreichisch-ungarische Gesandte in Athen die Mitteilung machen werden, daß Italien und Oesterreich-Ungarn niemals und unter keinen Umständen gestatten werden, daß Ballona oder die Halbinsel des Kap S. Angelo und die Insel Saseno von irgend einer Macht besetzt und in einen flotten- oder militärischen Stützpunkt umgewandelt werden. Diese Ermahnung wird in der Form freundschaftlicher Courtisane, aber zugleich in entschiedener Form abgegeben werden, und wir zweifeln nicht daran, daß Griechenland auf sie hören wollen, um so mehr, als es die freundschaftlichen Gefühle kennt, welche Griechenland gegenüber von Oesterreich-Ungarn und Italien gehegt werden, die nicht verlessen werden, Griechenland in seinen anderen legitimen und vernünftigen Forderungen zu unterstützen. Wir regen uns über Epifanos, wie die von Ballona, nicht auf, weil wir die Aktionsfreiheit der Kriegführenden vollständig anerkennen. Es scheint uns indessen, in der Situation, wie sie gegenwärtig gegeben ist, und bei den Entschlüssen, wie sie von Italien und Oesterreich-Ungarn gefaßt worden sind, daß gewisse Danlungen, die auf die öffentliche Meinung einen wenig günstigen Eindruck machen, besser unterdrückt wären.

Letzte Nachrichten.

Vorbereitung des österreichischen Kriegsleistungsgesetzes.

Wien, 5. Dezember. (B. Z. A.) Um die parlamentarische Situation für die Beratung des Kriegsleistungsgesetzes klarzustellen, fand heute nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh eine Konferenz statt, an der Landesverteidigungsminister v. Georgy, der Präsident des Abgeordnetenhauses und die Vertreter sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Tschechisch-Radikalen teilnahmen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die allgemeine politische Situation seit dem Zeitpunkt der Einbringung des Kriegsleistungsgesetzes sich nicht geändert, daß daher das Gesetz an Aktualität nichts eingebüßt habe. In bezug auf das Gesetz erklärte der Ministerpräsident: Wenngleich meritorische Änderungen an dem Gesetzentwurf außerhalb des Bereiches der Möglichkeit lägen, sei die Regierung nach Ueberwindung sehr erheblicher Schwierigkeiten in der Lage, einigen in wesentlichen Punkten von den Parteien besonders betonten Wünschen durch interpretative Ergänzungen der Vorlage Rechnung zu tragen. Eine Reihe anderer Wünsche solle im Wege der Durchführungsbestimmungen erfüllt werden. — Der Justizauschuss setzte die Verhandlung des Kriegsleistungsgesetzes fort. Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Witt erklärte, seine Partei erblicke in dem Gesetze eine so folgenschwere Belastung der Bevölkerung und eine Verletzung des Koalitionsrechtes, daß sie auch vor den äußersten Mitteln, es zu bekämpfen, nicht zurückzubleibe. Abg. Witt hielt eine Dauerrede, welche er unterbrach, worauf Ministerpräsident Graf Stürgkh Erklärungen im Sinne seiner in der Abgeordnetenkongferenz gemachten Ausführungen abgab.

Vom Eisenbahnzug überfahren.

Olgau, 5. Dezember. (B. Z. A.) Heute vormittag wurde im hiesigen Winterabendmangieren das fünfjährige Kind des Schiffers Zahn aus Ober-Rindow überfahren und sofort getötet. Der Bruder des Schiffers wurde beim Versuch, das Kind zu retten, vom Zuge erfaßt und ihm beide Beine abgefahren. Er starb nach einer Stunde.

Die ersten Opfer des Wintersports.

Hirschberg, 5. Dezember. Wie der „Volk“ aus dem Riesengebirge“ meldet, sind heute mittag beim Schlittschuhlaufen in Eichenberg bei Hirschberg der launmüthige Direktor der Pederischen Papierfabrik und die Frau des Buchhalters Schuhmann ertrunken. Die Leichen sind geborgen.

Reichstag.

78. Sitzung. Donnerstag, den 6. Dezember 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, v. Tirpitz, v. Seeringen, Dr. Lisco, Kühn.

Die erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Baasche (natl.): Meine Freunde wünschen keine Störung des konfessionellen Friedens, zumal jetzt, wo es darauf ankommt, die Einheit aller nationalen Parteien nach außen zu bekunden. Man fragt sich, wie ist es möglich, daß eine große Partei, die es sonst ablehnt, sich eine konfessionelle Partei zu nennen, hier durch ihren Führer erklären läßt, daß für sie alle anderen Interessen, auch die nationalen, zurücktreten hinter einer konfessionellen Frage! Wenn daraus schwere Konflikte entstehen, was wir nicht glauben und nicht wünschen, so trägt das Zentrum allein die Verantwortung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir danken dem Reichskanzler für seine Erklärung. Er hat durchaus recht, daß das Jesuitengesetz in den letzten Jahrzehnten durchaus nicht schändlich ausgelegt worden ist, daß die Regierung eher im Gegenteil ein Auge zugeknipft hat, wenn seine Bestimmungen nicht ganz genau eingehalten wurden. Warum denn jetzt mit einmal die Kriegserklärung in allerhöchster Form? Darüber, ob das Jesuitengesetz heute vielleicht nicht mehr nötig ist, haben wir jetzt nicht zu reden. Es besteht und der Bundesrat hat zweifellos das Recht, es auszulassen. Wir hoffen, daß es dem gesunden politischen Sinn des Zentrums doch nicht entsprechen wird, die Konsequenzen aus dieser Kriegserklärung zu ziehen. (Lachen im Zentrum.) — Was den Etat anlangt, so begreifen wir es, daß festgehalten wird an den bewährten Grundsätzen. Etwas bedenklich erscheint mir aber die Aushöhlung des Staatssekretärs, unter keinen Umständen auch noch so notwendige Ausgaben zu bewilligen, für die keine Deckung vorhanden ist. Besonders darf das in Fragen der Landesverteidigung nicht der Fall sein. Die Zulage für die Postassistenten wird auch in diesem Jahre von meinen politischen Freunden wiederum beantragt werden. Etwa 250 000 Veteranen beziehen jetzt die Veteranenbeihilfe von 120 M. jährlich. Wer die Not der Veteranen mit eigenen Augen gesehen hat, der wünscht mit mir, daß bei der Bewilligung dieser Beihilfe nicht mehr so rigoros wie bisher verfahren wird (Hört! hört!), daß nicht mehr vor der Bewilligung der Unterfertigung nachgefragt wird, ob sie nicht doch in Verhältnissen leben, daß man ihnen die Beihilfe entziehen kann. (Sehr richtig! links.) In der Denkschrift über das Petroleummonopol hat die Regierung zugegeben, daß eine Erhöhung der Veteranenbeihilfe notwendig wäre. Wir werden uns also wohl noch darüber zu unterhalten haben. (Sehr richtig! links.) Im allgemeinen bietet der Etat wenig Anlaß zu abfälligen Kritik. Ich möchte dann noch einige Worte über die Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokraten sagen. Schon vier sozialdemokratische Redner haben an dem vorliegenden Reichsetat Kritik geübt und haben die Schlussfolgerung gezogen, daß die sozialistische Weltanschauung sich mehr und mehr Bahn brechen wird. Nein, Herr Ledebour, nicht die Idee des Sozialismus schafft Ihnen neue Anhänger und Zuläufer, wohl aber hat der Abg. Frank nicht ganz unrecht, wenn er sagt, daß vielfach die Verwässerung des Sozialismus und die Verdrängung der Sozialdemokratie neue Anhänger bringt. Eine verständige Verwaltungspraxis und eine vernünftige Rechtsprechung wird zufriedene Menschen schaffen, und zufriedene Menschen sind für die Ideen des Sozialismus nicht zu haben. (Beifall bei den Nationalliberalen, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Herr Spahn hat es gestern nicht für nötig gehalten, nach und ein Wort zum Etat zu sagen. Er hat damit klar bekundet, daß für das Zentrum das Jesuitengesetz den Eckstein ihrer Interessen bildet. Das wird besonders die Konserbativen interessieren müssen und ich erwarte, daß nachher Herr Groeber das Tischgespräch auch zwischen sich und Herrn v. Seydebrand zerschneiden wird. (Zurufe links!) Sie meinen, das glaube ich selbst nicht. Allerdings halte ich die Drohung des Zentrums nicht für sehr ernst gemeint. Die Erklärungen des Reichskanzlers und die Entscheidung des Bundes-

rats billigen wir durchaus. Diese Entscheidung bedeutet keine Verschärfung der jetzigen Praxis, sondern eher ein Entgegenkommen an das Zentrum (Lachen im Zentrum) insofern als wissenschaftliche Vorträge der Jesuiten auch in Kirchen zugelassen werden. (Sehr richtig! links.) Die Herren vom Zentrum hätten ja übrigens schon neulich, zwei Tage nach dem Bundesratsbeschluss, Gelegenheit gehabt, sich an dem Mißtrauensvotum der Linken gegen den Reichskanzler zu beteiligen. (Lachen im Zentrum.) Interessant war, daß Herr Spahn gestern nach der Erklärung des Abg. Frank, seine Freunde würden für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen, sofort weit die Arme öffnete und rief: „Rechte zurück, es ist Dir alles vergeben!“ (Geisterzeit.) Graf Westarp hat wieder ein Loblied auf die Finanzreform von 1909 gesungen, er meinte, sie hätte dazu geführt, daß für die letzten Wehrvorlagen Deckung vorhanden war. Ja, wußten denn die Herren schon 1909, daß 1912 diese Wehrvorlagen kommen würden? (Gelächter rechts.) Es beweist das also nur, daß sie damals mit den 500 Millionen, wie wir das von vornherein gesagt haben, zuviel Steuern bewilligt haben. Wir begrüßen die Erklärung des Staatssekretärs zu der Vermögenssteuer. Eine Vermögenssteuer halten wir für besser als eine Erbschaftssteuer, doch die Form ist weniger wichtig, die Hauptsache ist nur, daß eine allgemeine und gerechte Besteuerung des Vermögens erfolgt. (Sehr richtig! links.) Was den Etat für 1913 anlangt, so erkennen auch wir an, daß er auf den soliden Grundsätzen aufgebaut ist, die Staatssekretär Bernuth eingeführt hat. Wir sind für die Wiedererrichtung der Ostmarkenzulage, da uns die verschiedenartige Behandlung der preussischen Beamten und der Reichsbeamten nicht angeht. Es müssen aber diesmal auch von der Regierung die berechtigten Wünsche der Postbeamten, die der Reichstag bereits anerkannt hat, Berücksichtigung finden. Bei der letzten Teuerungsbekämpfung hat der Reichstag den Antrag, seine Mißbilligung zu der Stellungnahme der Regierung in dieser Frage auszusprechen, allerdings abgelehnt, jedoch gegen eine sehr beträchtliche Minderheit. Trotzdem das Votum also zugunsten der Agrarier ergangen ist, hat die Abstimmung doch das Mißfallen der „Kreuzzeitung“ erregt. Sie schrieb kürzlich, daß das Maß der Unzufriedenheit mit dem im Januar gewählten Reichstag zu überlaufen voll sei. Es müßte also darauf hingewirkt werden, daß der rosarote Reichstag möglichst bald durch einen anderen ersetzt wird. Meine Herren, dieser Reichstag hat sehr gute Arbeit geleistet. (Sehr richtig! links.) Das hat zum Schluß der vorigen Session auch die Reichsregierung ausdrücklich anerkannt.

Die angeforderte Vorlage über Luftfahrzeuge werden wir objektiv prüfen. Was für unsere Wehrkraft als notwendig nachgewiesen wird, werden wir nach wie vor bereitwillig. Auf der anderen Seite verlangen wir aber auch, daß bei der Besetzung der Offiziersstellen keine Bevorzugungen und auch keine Zurücksetzungen aus religiösen oder politischen Gründen stattfinden. Eine gesunde Sozialpolitik werden wir auch in Zukunft mitmachen. Solche Gesetze werden allerdings besser ausgearbeitet werden müssen, als das beim Angestelltenversicherungs-gesetz der Fall gewesen ist. Insbesondere ist für die soziale Förderung der Landarbeiter noch viel zu tun. (Sehr richtig! links.) Herr Frank hat ein Loblied gesungen auf die freien Gewerkschaften. Gewiß wären die Erfolge nicht möglich gewesen ohne unsere unillegenten Arbeiter, aber der Klassenkampf, den die freien Gewerkschaften predigen, ist nicht förderlich für den sozialen Frieden. Ich wünsche daher, daß Organisationen wie der Reichsverband liberaler Arbeiter (Khal bei den Soziald.), der nicht auf dem Boden des Klassenkampfes steht, sich kräftig entwickeln mögen. Wir wollen die Gesetzgebung freiheitlich ausgestalten. Wir predigen nicht den Rebellenstolz, wir wollen aber, daß Freiheit Trumpf sein soll. Dazu gehört auch der Ausbau des Wahlrechts. Herr Frank hat auf Vorgänge in Neuch hingewiesen. Ich habe noch nicht feststellen können, was seinen Bemerkungen zugrunde liegt, aber erklären kann ich, daß selbstverständlich auch unsere Parteigenossen in Neuch, wie unser Programm das verlangt, jede Verschlechterung des Wahlrechts ablehnen müssen. Die Reform des preussischen Wahlrechts gehört für uns auch für die Zukunft zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Diese Frage ist für uns von ungleich größerer Bedeutung als die Jesuitenfrage. (Sehr gut! links.) Es wird von einem Umsturz in unserer innerpolitischen Lage gesprochen. Wir warten ihn ab, bis uns Herz hinar. Für unsere Haltung wird jedenfalls von wesentlicher Bedeutung sein, ob nun wirklich in Preußen Ernst gemacht wird mit der Wahlreform, die

wir verlangen, und ob der Reichskanzler die Konsequenzen zieht aus dem Satz der Thronrede, daß die Entwicklung nicht still steht. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Wir wollen und wünschen den konfessionellen Frieden und bekämpfen jede Verschärfung der konfessionellen Gesetze. Eine solche Verschärfung können wir in dem Bundesratsbeschluss über das Jesuitengesetz nicht erblicken. (Beifall rechts.) — Der Etat ist mit großer Solidität aufgestellt. An den bewährten Grundsätzen des Etats werden wir unbedingt festhalten. Auch die Gegner der Reichsfinanzreform werden nicht mehr bestreiten können, daß tatsächlich ein Erfolg eingetreten ist. Wenn Abg. Wiemer gesagt hat, es habe niemand daran gezweifelt, daß neue Steuern auch neue Einnahmen bringen, so ist das nicht richtig. (Sehr wahr! rechts.) Es ist seimezeit von den Herren auf der Linken von einem „Kasslo der Reichsfinanzreform“, von „Papiermillionen“ usw. gesprochen. (Sehr richtig! rechts.) Im nächsten Jahre sollen wieder Denkmünzen geprägt werden. Es hat sich aber gezeigt, daß die Denkmünzen in viel zu geringer Zahl ausgeprägt worden sind, so daß sie nur durch den Zwischenhandel zu haben sind. Um diesem Mißstande abzuhelfen, könnte vielleicht die gesamte Ausprägung des Jahres 1913 in der Form von Denkmünzen vor sich gehen. Die Dreimarckstücke sind sehr beliebt, es wäre aber wünschenswert, wegen der häufigen Verwechslungen mit dem Dreimarckstück das Zweimarckstück abzuschaffen. Es ist zu bedenken, ob die Heeresverkleinerung nicht schon früher in Kraft zu treten hat. Meine politischen Freunde wären bereit, die erforderlichen Opfer zu bringen. Auch ich strene mich über die Erhöhung des Fonds für die Veteranen. Wir haben uns oft über die Kälte des Reichskassamts gegenüber den Kriegsteilnehmern beklagen müssen, und daher freue ich mich besonders, daß der jetzige Reichskassamtsleiter für diese Leute ein so warmes Herz hat. (Beifall.) Mit Genugtuung begrüße ich auch, daß die Ostmarkenzulage wiederum im Etat erschienen ist. Die Wertzuwachssteuern hat, wie vorhergesehen war, Fiasco gemacht. Es ist zu begrüßen, daß die Wähler im Lande, wie beispielsweise in Neuch, klüger sind als die Parteiführer, indem sie sich zu gemeinsamer Abwehr gegen den Sozialismus zusammengeschlossen haben. Das hat Streikrecht außer Diskussion stellt, wird niemand bezweifeln. Die Sozialdemokratie steht aber im Begriff, aus dem Koalitionsrecht einen Koalitionszwang, aus dem Streikrecht einen Streikzwang zu machen, und dagegen müssen die Arbeiter Front machen. Es muß für die Freiheit eines jeden Arbeiters gesorgt werden. Das sollte gerade eine Partei, die sich demokratisch nennt, nicht in Frage stellen. (Sehr richtig! rechts.) Ich sehe in der Organisation der Arbeiter, die sich nichtsozialdemokratisch nennt, eine gesunde Auflehnung gegen den sozialdemokratischen Terror, und ich hoffe, daß sich immer mehr Arbeiter gegen die sozialdemokratische Zwangsherrschaft auflehnen. In den Arbeiterkreisen ist man schon vielfach der Ansicht, daß die Sozialdemokratie eine veraltete Wirtschaftsform ist (Lachen bei den Sozialdemokraten), und daß die nationale Arbeiterschaft den wahren Fortschritt bedeutet. (Sehr richtig! rechts.) Der Radikalismus bedroht Freiheit und Kultur, und darum muß dem Radikalismus in jeder Form unser Kampf gelten. (Bravo! rechts.)

Abg. Seyda (Polen): Wir haben beschlossen, von einer allgemeinen Erörterung des Etats abzusehen. Die Zustände bei uns haben sich infolge des Enteignungsgesetzes zuspitzt, daß wir die Regierung durch eine Interpellation vor die Frage stellen werden, ob sie die preussische Enteignungspolitik billigt, die gegen alle Grundsätze der Humanität und Moral auf's Gräßlichste verstößt. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Vizepräsident: Sie dürfen nicht die preussische Politik als gegen die Moral verstoßend bezeichnen; ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu maßigen.

Abg. Seyda (fortf.): Weiter habe ich noch zu erklären, daß wir den Standpunkt, den das Zentrum gestern in der Frage des Jesuitengesetzes eingenommen hat, durchaus teilen. (Bravo! bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Alpers (Welfe) spricht für die Bildung einer mitteleuropäischen Zollunion, bleibt aber in einzelnen auf der Tribüne unverständlich. — Was Mecklenburg für eine Verfassung erhält, ist allein die Sache Mecklenburgs. Wir wünschen keine neuen Steuern, aber auch keine neuen Schulden. Wir wünschen, daß sich die deutsche Politik aufbaut auf Recht und Freiheit. Jemand, welchen Ausnahmegeetze stimmen wir nicht zu; das würde unserer Vernunft und unserem Gewissen widersprechen. Wir Hannoveraner

Kleines feuilleton.

Das Luftschiffkorps der Revolutionarmee. Die endgültige Organisation des Luftschiff- und Flugwesens der französischen Armee gibt dem „Mercur de France“ Gelegenheit, daran zu erinnern, daß Oberst Hirschauer, der Kommandeur der französischen Luftschiffkontingente, bereits vor 120 Jahren einen Vorgänger in dem Revolutionsheere gehabt hat. Carnot hatte in der Tat als Mitglied des Direktoriums mit bewundernswertem Scharfsinn die Notwendigkeit der „Militarisierung“ der Aeronautik erkannt, und die Regierung der ersten Republik zögerte nicht einen Augenblick, seiner Anregung durch die Schaffung einer Organisation zu folgen. Anfolgedessen rief man die „Nationale Flugschule“ in Meudon ins Leben, zu dessen Leitung Nicolas-Jacques Conté berufen wurde, ein Künstler und Ingenieur. Er hatte sich als Erfinder von neuen Fahrzeugkombinationen und Mächtigkeitsmaschinen hervorgetan; hatte sich später bei dem Kaiser Greuze als talentvoller Schüler die künstlerischen Sporen verdient, und trat nun als Kommandeur der neugebildeten Schultruppe und als Lehrer der Aeronautik in Tätigkeit. So war das Jahr 1794 für die Sache der Militäraerial ein überaus fruchtbares. In sieben Monaten, vom April bis Oktober wurden zwei Kompanien von Lufttruppen gebildet, und die Schule von Meudon wurde organisiert, der die Aufgabe zufiel, das erforderliche Material auszurufen und die Soldaten der neuen Waffengattung auszubilden. Die Spezialschule von Meudon, die nirgends ihresgleichen hatte, arbeitete mit einer Präzision und Fleißigkeit, die auch heute noch unserer Bewunderung wert ist. Aus all' und jeder Einzelheit spricht heredit die Tatsache, daß zur Verteidigung des „in Gefahr befindlichen Vaterlandes“ die Freiwilligen auf Grund eines sorgsam ausgearbeiteten Lehrplans mit einer glänzenden Ausbildung ausgerüstet wurden.

Ein Väterfreitag im Altertum. Aus Athen wird der „Königlichen Volkszeitung“ geschrieben: Für unsere heutige Zeit sozialer Kämpfe ist ein Dokument aus dem klassischen Altertum von Interesse; eine Inschrift auf einem Marmorblock aus Magnesia in Kleinasien (bei Otto Kern, Inschriften von Magnesia Nr. 114 S. 102), der leider oben und unten gebrochen ist, handelt von einem Väterfreitag in dieser Stadt. Der Text beginnt mitten in einem Satze, von der obersten Regierungsinstanz — d. i. der von Rom aus geschickte Prokonsul — in dieser Angelegenheit an die Stadt geschickt, und endet mit dem Beginn eines auf diesen Erlass bezugnehmenden Gemeinderatsbeschlusses. Der Prokonsul führt aus, daß das Volk durch das Nichterscheinen der Väter auf dem Markte in große Verwirrung geraten sei; deswegen hätten eigentlich die Verhafteten bereits bestraft werden müssen; doch, da es nötig sei, das Wohl der Stadt höher zu stellen als die Bestrafung, so habe er geglaubt, sie durch diesen Erlass zur Besonnenheit bringen zu sollen. So verbietet er denn ausdrücklich jedweden Zusammenkunft der Väter in Organisationen, und den Häufern legt er ans Herz, ihre Kollegen nicht aufzusuchen, vielmehr wird befohlen, den an der

Spitze des öffentlichen Wohles stehenden — das ist also die Polizei — zu gehorchen und das nötige Brot in reichem Maße zu liefern; sollte aber jemand dabei abgesetzt werden, wie er trotz des Verbotes einem Verband beitrete oder (Straßen-)Krawall und Aufruhr inszeniert, wird er verhaftet und mit einer dementsprechenden Strafe belegt; wenn aber jemand den Uebelthäter verbergen sollte, wird auch, wer ihm Unterschlupf gewährt hat, mit derselben Strafe belegt. Darauf folgt der Beschluß des Gemeinderates, der zu Anfang von einem „offenkundigen Beweis für die Unvermutet der Werkstattheiter“ spricht; dann bricht der Text ab.

Aus welchen Motiven der Streik erfolgte und von wem er ausging, geht aus der Zuschrift nicht hervor. Es war aber sicher kein Streik im heutigen Sinne, sondern eine Demonstration der Vätermeister gegen irgend eine befürchtete Maßnahme.

Männliche Ammen. In der letzten Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft stellte der Gerichtsarzt Dr. Arthur Leppmann einen seltenen Fall von Weibbrüstigkeit (Gynäkomastie) bei einem Manne vor. Es handelt sich um einen 21-jährigen jungen Mann, der bei sonst völlig männlichem Körperbau und Geschlechtsleben stark entwickelte Milchdrüsen besitzt, die ihn befähigen würden, ein Kind zu stillen. Zufällig sind bereits früher von Alexander v. Humboldt und Ernst Haeckel analoge Fälle von „männlichen Ammen“ beschrieben worden, die sie auf ihren Westreifen beobachtet hatten. Besonders berühmt ist der von A. v. Humboldt beschriebene Fall eines Anstellers im südamerikanischen Urwald, dessen Frau nach der Geburt eines Kindes gestorben war. Dieser hatte das neugeborene Kind an seine Brust gelegt, die, wie Humboldt sich überzeugte, tatsächlich Milch absonderte. Herr Leppmann legte auch noch Photographien von anderen Gynäkomasten vor. Diese weibbrüstigen Männer gehören zu den neuerdings von Dr. Magnus Hirschfeld der Wissenschaft erschlossenen sexuellen Zwischenstufen zwischen Mann und Weib. Aus dessen reichem Material stammen auch die in der Medizinischen Gesellschaft vorgeführten Fälle. Bei Säugtieren, namentlich bei Schaf- und Ziegenböcken, sind auch wiederholt milchgebende und stillende Mütter beobachtet worden.

Wie sich die Infusorien vermehren. Von der ungeheuren Kraft der Vermehrung bei den mikroskopischen Tieren macht man sich in der Regel keine genügende Vorstellung. Die englische Forscherin Miss Vorande Loh Woodruff hat sich neuerdings der mühevollen Aufgabe unterzogen, auf Grund genauer Beobachtungen zu bestimmten Zahlen zu gelangen. Vom 1. Mai 1907 ab hat sie ein Individuum des Paramecium aurelia, das in einen Wassertropfen gebracht war, sorgfältig isoliert und genau verfolgt, wie viele Tierchen dieses eine Urtier bis zum 1. Mai 1912 hervorgebracht hat. Ihre Beobachtungen, die während der fünf Jahre täglich vorgenommen wurden, haben ergeben, daß sie 8029 Generationen zählen konnte, davon 452 während des ersten Jahres, 600 während des zweiten, 613 während des dritten, 612 während des vierten und 662 während des fünften Jahres, so daß also etwa drei Generationen auf je 2 Tage kommen. Die Zahl der Individuen, die von diesem einzigen Tiere während der Beobachtungsdauer hervorgebracht wurden, beträgt demnach 2 in der 8020. Potenz, und

ihr Volumen würde, wenn sie alle erhalten worden wären, 10 000 mal das Volumen der Erde erreicht haben. Einen sprechenderen Beweis von der schöpferischen Kraft des lebenden Protoplasmas kann man sich kaum denken. Das berühmte Problem der Getreidelöhner auf dem Schachbrett gibt nicht entfernt so phantastische Zahlen.

Der Weltmeister der Raucher. An sonderbaren Leistungen ist in unserer sportfreudigen Zeit kein Mangel. So ist ein gewisser Dupont aus Goudon der Inhaber der Weltmeisterschaft der Raucher. Der Mann bringt das Kunststück zuwege, in 80 Minuten 2884 Rasse aufzuwickeln. Ein Herr Cool aus London hat seinerseits unbestrittenen Anspruch auf den Ehrentitel eines Meisters der Kartoffelschäler, da er in 7 Minuten 14 Kilo Kartoffeln abzuhellen imstande ist. Der Amerikaner Lovans öffnet in 4 Minuten 104 Austern und der Franzose Dublé darf sich des Vorzuges rühmen, in 10 Stunden die Kleinigkeit von 2007 „Sandwiches“ herzurichten, eine Leistung, die jedem Alltagsmenschen Respekt abnötigen muß. Herr Louis Wolfgang in Berlin glückt es, in zwei Stunden 10 Zigaretten in Asche zu verwandeln, ohne dazwischen einmal zu trinken oder anzupfeifen, während der Rekord des langsamen und sparsamen Rauchgenusses von Herrn Lois Vollaix in Brüssel aufgestellt wurde, der an einer Zigarre volle zwei Stunden kaupte. Und die Pariserinnen, die sich des Rufes außerordentlich routinierter Einkäuferinnen erfreuen, sind von einer englischen Miss Carret übertrumpft worden, die auf einem 84 Minuten währenden Besorgungsbesuch in jedem Modegeschäft der beiden Hauptgeschäftstrassen der Londoner City je einen Gegenstand kaufte. — Höher geht's wohl kaum noch.

Notizen.

Die Zensur an der Arbeit. Die „Neue Freie Bühne“ teilt mit, daß die Zensur die Aufführung der Ekestonödie von Robert Walters „Der Kammerdiener“ beanstandet hat. Man hofft jedoch, eine Einigung dahin zu erzielen, daß die Vorstellung vor gelabtem Publikum stattfinden darf. Die Vorstellung ist auf Sonnabend, den 14. Dezember, verschoben worden.

Die Film„dichter“. Die deutsche Literatur, die es sich nicht nehmen lassen will, das Filmdrama zu verebeln (d. h. die im Filmtheater lodenden Chancen auszunutzen) wird nächsten ihre Debut haben. Paul Lindau wird der erste sein, der mit seinem Drama „Der Andere“ zu Worte, pardon zu Geficht kommt. Dieser deutsche Dichter hat freilich auch das Kunststück fertig gebracht, dies Filmdrama zu schreiben, ehe es ein Filmtheater gab.

Sohnabschriften aus Syzanz. An der Stelle, wo auf Raubordfer Feldmark der Kaiser bei dem letzten Kaisermandöver den König von Sachsen zum Generalfeldmarschall ernannte, ist nach der „Frankf. Zg.“ jetzt ein Denkmal errichtet. Es wurde am Sonntag geweiht. — Die „Deutsche Kunst- und Antiquitätenbörse“ bringt in ihrer neuesten Nummer folgendes Inserat:

Für Museen und Sammler! Auktionen von Kaiser Wilhelm I. aus dem Jahre 1892, mit Initialen, Echtheit garantiert. Preis 120 M.

erfüllen unsere Pflicht gegen Kaiser und Reich wie jeder andere. Wir sind keine Partikularisten, aber wir verlangen für unser Land dasselbe Recht, das jeder andere deutsche Staat hat. Wir fordern Wiederherstellung des Königreichs Hannover, natürlich im Rahmen des Deutschen Reichs. (Bravo! bei den Welsen.)

Abg. Dr. Lenz (Soz.):

Ich muß zunächst protestieren gegen den Versuch des Herrn Arendt, sich hier als Schützer des Koalitionsrechts und von Arbeiterrechten aufzuspielen. Herr Arendt im Verein mit seinem Freunde Liebert als Arbeitervertreter machen wirklich einen etwas komischen Eindruck. Wenn er hier für die Organisationsfreiheit gegen den Organisationszwang eingetreten ist, so sollte er doch einmal in den ihm nahestehenden Kreisen anfangen. Ich mache ihn aufmerksam auf eine Schrift „Der Organisationszwang, eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenleitern“. In diesem Buche ist eine Unmenge Material gesammelt über den

Terrorismus der Kartelle und Syndikate,

also von Leuten, die Herrn Arendt unendlich viel näher stehen als der Sozialdemokratie. Er mag sich also zuerst an seine eigene Nase fassen. (Heiterkeit und Lachen.) Mir wird zugerufen „Antisemit“; ich danke immer, Herr Arendt wäre Christ (Heiterkeit) und legte besonderen Wert darauf. — Nachdem aus der Staatsdebatte so wichtige Materien, wie die auswärtige Politik, die Frage der Teuerung und des Wagenmangels ausgeschieden waren, hat man wohl schwerlich erwartet, daß die Debatte einen Charakter annehmen würde, wie sie ihn gestern erhalten hat durch die Rede des Abg. Spahn. Herr Spahn hielt eine Staatsrede, die dadurch charakterisiert war, daß in ihr vom Etat keine Rede war. (Heiterkeit.) Er hielt eine echte, rechte Jesuitenrede — über die Jesuiten natürlich. (Heiterkeit.) Und es war außerordentlich charakteristisch, wie dieser Vorstoß wirkte auf die

Bundesräder vom blauschwarzen Gewerbe,

auf die Konservativen. Wir haben gehört, daß Graf Westarp, ebenso wie Herr Arendt, gegen die Zulassung der Jesuiten sind mit Rücksicht auf den konfessionellen Frieden. Es ist nun außerordentlich bezeichnend, daß der Vorstoß, den jetzt das Zentrum gemacht hat, beiden Bundesrädern, den blauen wie den schwarzen, ganz außerordentlich gelegen kommt. Den Konservativen paßte es ganz vorzüglich in den Kram, wenn sie sich in ihren Wahlkreisen in Hinterpommern usw. etwas ihre Reputation frisch aufmöbeln können, insofern sie ihren Wählern gegenüber wenigstens den Anschein erwecken können, daß das mit dem blauschwarzen Kartell eine ganz inhaltslose nichtige Behauptung sei. Man kann in der Tat in Hinterpommern sich dadurch sehr populär machen, daß man gegen die Jesuiten ist. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten. Bei den Herren im Zentrum hat die Sache noch eine ganz andere Bedeutung. Das Zentrum ist seit 1909 das Kernstück der Regierungsparteien geworden. Es hat damit die Verantwortung für alle Konsequenzen der Regierungspolitik übernommen, es hat schrankenlos die Wirtschaftspolitik, die Marine- und Militärpolitik mitgemacht, und es fühlt, wie sich allmählich immer mehr die Opposition in seinen eigenen Reihen bilden wird. Da allerdings noch bestehende Bestehen des Ausnahmegesetzes vom Kulturkampf sehr zu statten, um in dieser Situation, die in den Arbeitermassen sich breitmachende Opposition wieder zu verhalten und zu verschleiern, durch Entfesselung der konfessionellen Instinkte, indem es die Aufmerksamkeit der erwachenden katholischen Arbeiterklassen ablenkt dadurch, daß es ihnen den Glauben beibringt, das wichtigste, was jetzt die katholischen Arbeiterklassen erkämpfen müßten, sei nicht die Sicherung des Koalitionsrechts, nicht die Beseitigung der Teuerung, sondern die Beseitigung des Jesuitengesetzes. Dazu kommt, daß das Zentrum jetzt auch noch das Gift im Leibe hat in Gestalt des Gewerkschaftstreites. (Lachen rechts.) Ich begreife ja, Herr Hertel, daß gerade Sie sich besonders dadurch unangenehm berührt fühlen, wenn Sie daran denken, daß jemand Gift im Leibe hat. (Große Heiterkeit.) Dieser Gewerkschaftstreit ist ja nur die Folge davon, daß das Zentrum die Organisierung der arbeitenden Klassen niemals ernst, redlich und aufrichtig gemeint hat, sondern von vornherein nur betrieben hat als Konkurrenzmaßstab gegen die freien Gewerkschaften,

in der Furcht, daß die katholischen Arbeiter, wenn sie mit diesen in Berührung kommen, immer mehr ihre wirklichen Klasseninteressen erkennen lernen würden, und begreifen; es handelt sich nicht darum, ihren Glauben zu retten vor Gefahren, die nicht bestehen, sondern ihre Gesundheit, und darum, die sozialen Schäden zu bekämpfen, unter denen gerade die Arbeitermassen besonders leiden. Bischof Korum hat es auf dem internationalen christlichsozialen Kongress in Rüttich feinerzeit offen zugegeben: „Nicht wir haben die zur Debatte stehenden Fragen auf die Tagesordnung gestellt, die sozialistische Bewegung ist es, die uns dazu gezwungen hat.“ Die Stichworte, mit denen man den christlichen Gewerkschaften die Wege gewiesen hat, sind niedergelegt in dem Kirchenarchiven des deutschen Episkopats vom 28. August 1909, wo es heißt: „Man söße den Arbeitern Arbeitssamkeit, Geduld, Genügsamkeit, Sparsamkeit und Bescheidenheit ein.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein soziales Programm, mit dem sicherlich die Herren Arendt und Hertel völlig einverstanden sind.

Eingeklagte in diese Situation ist die päpstliche Enzyklika und der Streit zwischen Berliner und Kölner Richtung innerhalb der Arbeiterorganisationen des Zentrums. Er befindet sich jetzt auf der Spitze. Darüber sollten sich auch die Herren vom Zentrum klar sein. Wenn in dieser Situation, wo die inneren Kämpfe, die Zerlegungserscheinungen im Zentrum so stark sind, die Jesuiten zurückzuführen würden, würde das Zentrum die Rückkehr der Jesuiten mehr zu fürchten haben, als es glaubt, daß die Sozialdemokraten sich vor ihnen zu fürchten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die päpstliche Enzyklika bedeutet auch zweifellos einen

Eingriff in das Koalitionsrecht.

Es ist dort ausgesprochen, daß auch die Entscheidung darüber, ob in einem Bezirk die Gewerkschaften der Berliner oder Kölner Richtung maßgebend sein sollen, dem Bischof des Bezirks überlassen ist. Es wäre die Aufgabe des Reichstanzlers, als des einzigen verantwortlichen Beamten des Reichs, sich um diesen zweifellosen Eingriff in das Koalitionsrecht zu kümmern. Aus Anlaß des bekannten Pfingstereklärte er, daß er diese Frage im Auge behalten werde. Heute teilt die „Märkische Volkszeitung“ mit, daß der Reichstanzler früher selber im Vatikan zugunsten der christlichen Gewerkschaften habe wirken lassen. Das ist doch eine außerordentlich interessante Enthüllung und der Reichstanzler sieht da — (Lachen.) Er sitzt nicht dort, aber sein Stuhl ist da, der Deutsche Reichstag ist es ja gewohnt, sich mit dem Stuhl des Herrn Reichstanzlers zu begnügen. Durch diese Mitteilung ist offenbar geworden, daß

der deutsche Reichstanzler als Beschützer der deutschen christlichen Gewerkschaften

aufgetreten ist. Wie stellt sich nun dieser Beschützer zu der Verfrüppelung des Koalitionsrechts? Diese Frage möchte ich mit der anderen Frage verbinden: Wie denkt sich der Reichstanzler den Schutz des Vereins- und Versammlungsrechtes in der Praxis?

Ich meine damit das Vorkommnis, hier in Berlin vor einigen Wochen, wo der bekannte Herr v. Jagow, Berlins Polizeipräsident, unseren Parteigenossen aus England und Frankreich das Sprechen in ihrer Landessprache verbot. Es ist ja schwer, auf Herrn Jagows Sprache eine Satire zu schreiben, es ist aber auch nicht nötig, da dieser Polizeipräsident diese Satire meist unfreiwillig selber schreibt. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten. Speziell sein letzter Was ließ sich wie eine Satire auf die deutsche Sprache. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Er ähnelt darin dem früheren preussischen Landwirtschaftsminister, dem Postgeneral v. Podbielski, der ja auch einen erbitterten Querkrieg gegen die deutsche Grammatik führte. (Heiterkeit.) Wenn aber der Polizei-

präsident speziell bei einer derartigen Friedensdemonstration diesen heiligen Polizeigeist zu manifestieren für angemessen hält, wenn er hierbei die fremde Sprache verbietet, so haben wir auf dieser Seite des Hauses die Überzeugung, daß er damit nicht die Ehre des Deutschen Reichs und des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber wahr, sondern in schwerster Weise herabsetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die dazu angestellten Beamten sollen doch gerade die nationale Ehre wahren. Wir haben ja in dieser Hinsicht vor anderthalb Wochen eine kurze, aber sehr interessante Szene erlebt. Als mein Parteifreund Scheidemann sagte, die Sozialdemokratie ist die Vertreterin der Volksinteressen, da trat ihm der Reichstanzler mit den Worten entgegen: „Deutsches Volk, was heißt das? Wir gehören alle zu dem deutschen Volk.“ Sie alle, die auf den verschiedensten Seiten des Hauses und auf den Bänken der Regierung sind. Meine Herren, sehr rührend! Früher hieß es anders. Da waren wir eine Kotte vaterlandloser Gesellen, die nicht wert sind, den deutschen Namen zu tragen.

In dem Sinne, wie der Reichstanzler und die nationalen Parteien dieses Wort national im Munde führen, wird es die Sozialdemokratie niemals gebrauchen. Was Sie als Nation, als deutsches Volk, als Nationalität bezeichnen, das ist nicht die Masse des deutschen Volkes, das ist lediglich eine dünne Oberschicht der herrschenden Klassen, die sich die Gebildeten, die Besitzenden nennen, und deren Interessen man vertritt. Als der Reichstanzler sagte, wenn jetzt der Krieg proklamiert wird, so hoffen wir, daß das ganze deutsche Volk dahinter steht, bedeutet das wieder nichts anderes als die dünne Schicht der herrschenden Klassen. Als Graf Westarp gestern das deutsche Volk vor neuen Steuern bewahren wollte, meinte er ebenfalls, jene dünne Schicht der herrschenden und Besitzenden Klassen, die eben für ihn die Nation darstellen. Die großen tiefen Massen sind für ihn nicht die Nation, sie sind nur Hinterlassene der Nation, man fragt sie nicht, man kümmert sich nicht um ihr Schicksal, man behandelt sie von oben herab, ihre Zustimmung, ihre Meinung hört man nicht. Man holt ihre Söhne in die Kasernen hinein, um sie zu dreifachen, nötigenfalls auch auch auf Vater und Mutter zu schicken. Herr v. Kröcher sagte mit der Simplizität des Genies: sie sind nur das Objekt der Gesegebung. Man verflümmert ihnen absichtlich die Schulbildung; der dümmste Arbeiter ist der beste ist ein bekanntes Wort von jener Seite. Eine wirkliche Kulturgenossenschaft besteht im heutigen Deutschen Reich noch ganz und gar nicht. Die Zerreißung des Volkes, der Gegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten ist das Kennzeichen Ihrer Politik. Sie wollen diesen Unterschied dauernd beibehalten, aber die Sozialdemokratie rüttelt diese schlafenden, dumpf dahin vegetierenden Massen auf durch Entfesselung des Klassenkampfes. Weil sie mit Hilfe des Wahlrechts um die Seele des letzten Tagelöhners kämpfen muß, trägt sie in die Massen eine Klumme von Wissen, Keimnissen, Kulturwerten hinein. Sie mehr eine Verklärung der Arbeitstätigkeit, eine Hebung des Lebensgefühls der arbeitenden Klassen eintritt, desto mehr finden diese Hinterlassenen der Nation zum wirklichen nationalen Leben, zur Kulturgenossenschaft Zutritt. Dieser Klassenkampf macht erst die Völker zu bewußten geschlossenen Nationen, ebenso wie die Ausbreitung des Kapitalismus erst die schlafenden Völker zum Bewußtsein ihrer Existenz gebracht hat. Erst wenn die Klassenherrschaft beseitigt ist, wird das ganze Volk zur freien Entwicklung gebracht werden können. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten. Das Wort des sozialdemokratischen Programms von der Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der Nationen wird erst dann in der Tat eine Wahrheit werden. Die Sozialdemokratie will nicht etwa, wie ihre Gegner es behaupten, einen wahren Volksbrei herstellen, wir wissen ganz genau: die Tendenz der geschichtlichen Entwicklung geht immer mehr darüber hinaus, die Völker zu differenzieren. Und damit befinden wir uns in völliger Übereinstimmung mit den Tendenzen der geschichtlichen Entwicklung.

Solch' ein Gewimmel möcht' ich sehen,
Mit freiem Volk auf freiem Grunde stehen!

Sie aber wünschen eine dauernde Zerreißung der Nation. Die großen Massen sollen in kulturlosem Dämmerdasein dahingleben. Ihre Interessen sollen entscheiden als die herrschenden und nicht die Massen selbst. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vorans ergibt sich als praktische Konsequenz, daß das den Klassenkämpfen zugrunde liegende allgemeine Wahlrecht, dieses besondere Instrument des Klassenkampfes, von den herrschenden Klassen bekämpft wird. Hat sich doch auch der Herr Reichstanzler längst sehr abfällig darüber geäußert. Wir aber meinen, möge man stehen, wo man wolle,

keine Partei ist national, die das allgemeine Wahlrecht bekämpft!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Staatsdebatte gibt die besonders uns erwünschte Gelegenheit, der wirtschaftlichen Entwicklung die Pulse zu fühlen. In den letzten Jahren hat das Deutsche Reich eine ungeheure Verelängerung der herrschenden Klassen erlebt. Die Bevölkerung Deutschlands ist seit 1871 um 26 Millionen gestiegen. Für einen kapitalistischen Staat drückt sich dieser Zuwachs nicht anders als Zunahme der Verelängerung der Besitzenden aus (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten, zumal, wenn die Statistik feststellt, daß die industrielle Bevölkerung um 64 Proz., um 10 Millionen gestiegen, während die landwirtschaftliche Bevölkerung um 1,6 Millionen Köpfe gefallen ist. Immer größere, immer gewaltigere Reichthümer sind Jahr für Jahr aus den Armen und Museln der Arbeitermassen herausgeholt worden. So haben die deutschen Aktiengesellschaften in den Jahren von 1907 bis 1911 einen Profit von 2400 Millionen gehabt. Sehen Sie sich Krupp in Essen an. Krupp ist ja eigentlich nicht mehr Krupp, sondern eine Aktiengesellschaft. Sie besteht aus ihm, dem Krupp, aus ihr, der Frau Krupp, und aus den Kindern. Wie muß diese Aktiengesellschaft sich den Rest von den Händen gerungen haben, wenn sie in den letzten Jahren allein an Dividenden 124 Millionen Mark erzielt hat. Das ist so ein Beispiel aus der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands.

Was geschieht nun aber mit den Reichthümern. Es wird so viel von dem Luxus geschrieben, der bei uns getrieben wird. Gewiß, dieser den Arbeitermassen abgepreßte Reichtum wird zu einem großen Teil von den Besitzenden Klassen verprakt. War da kürzlich der Kaiser bei einem schlesischen Magnaten zur Jagd geladen, damit sich das Vergnügen für den hohen Gast auch lohne, hatte der Graf für 800000 Mark Japanen angekauft. Doch das hatte nichts Originelles an sich, da Fürst Blich und besonders seine schöne englische Gemahlin...

Vizepräsident Dr. Baaske (unterbrechend): Das hat doch wohl mit dem Etat nichts zu tun. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lenz (fortfahrend):

Nach meiner Meinung hängen meine Ausführungen sehr wohl mit der Sache zusammen, da ich zeigen will, wie die Besitzenden Klassen das, was die Arbeiter erworben haben, verprassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und diese Zustände kennen wir ja zu Genüge aus den Schilderungen in der Presse allenthalben, aber vielleicht ist es dann gestattet, als Gegenstück zu diesem raffinierten Luxusleben der herrschenden Klassen einen Brief zu verlesen, der nicht in einer sozialistischen, sondern in einer liberalen Zeitung gestanden hat. Es handelt sich da um den Brief eines Arbeiters. Die Not und Armut der arbeitenden Bevölkerung in dieser Zeit spricht in diesem Briefe eindringlicher als in Reden und Flugblättern. In dem Briefe heißt es u. a.: „Ich bin ein Tagelöhner, habe eine Frau und fünf Kinder. Das ganze Jahr über leisten wir uns nichts, wir leben meist von Kartoffeln und dünnem Kaffee. Bei einer solchen Kost ohne Fleisch können die Kinder natürlich nicht stark werden, und auch wir Erwachsenen fühlen das unzulängliche

dieser Kost. Kürzlich sogte mir nun jemand... das vielleicht Hundekuchen, unter Kartoffeln und Gemüße gemischt, eine kräftigere Nahrung abgeben würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hundekuchen würde aus Fleischabfällen gemacht und etwas Schädliches könne wohl kaum darin sein. (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde Ihnen Herr Reichstanzler, sehr dankbar sein, wenn Sie mir im Briefkasten mitteilen wollten, ob Hundekuchen irgendwelche schädlichen Bestandteile enthält.“ — Ich bedauere, daß heute der preussische Landwirtschaftsminister nicht hier ist, der würde vielleicht nachweisen, daß der Geschmack für Hundekuchen in Deutschland gestiegen ist, er würde vielleicht auch nicht den Nachweis dafür schuldig bleiben, daß der Eiweißgehalt im Hundekuchen außerordentlich groß ist. (Weiterkeit.)

Das Kapital wird gedrängt zur Zerspaltung der gesamten bestehenden kapitalistischen Gesellschaft. Immer mehr wird der Mittelstand, dessen sich die Herren auf der rechten Seite des Hauses ja mit Worten so ganz besonders annehmen, proletariert. Die Statistik beweist ein ganz gewaltiges Fortschreiten des Großkapitals. Diese Entwicklung ist erleichtert worden in erster Linie durch die Schutzpolitik, die eigentlich den Namen „Kontingenzpolitik“ verdient, durch die Politik zum Schutz der großen Kartelle, der großen wirtschaftlichen Häuser. (Auf rechts: Zur Ordnung!) Der Staatssekretär Delbrück meinte neulich, man solle bei der Förderung unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht über den Schutzzoll sprechen. Das erinnert mich an jenen schäblichen Wendarn, der sagte: Ueber Thema darf nicht gesprochen werden! (Heiterkeit.) Durch die Schutzpolitik hat sich das Kapital so unendlich rasch in wenigen Händen angesammelt. Die deutsche Bank war 1908 im Aufsichtsrat von 100 Aktiengesellschaften, sie beherrschte mit einer bilanzmäßigen Beteiligung von 72 Millionen einen Kreis von 18 Banken mit mehr als 500 Millionen Kapital. Wenn wir heute die Hand legen würden auf sechs Berliner Großbanken, so hätten wir alle entweichenden Industrien der modernen Gesellschaft in der Hand: Eisen, Kohlen, Elektrizität, Transport, Chemie, alles steht unter dem Kommando dieser gewaltigen Organisation des Kapitals. Mit recht hat Rathenau, der ja einer von der Junft ist, gesagt:

300 Männer sind heute die wirklichen Herren in der deutschen Industrie.

Wie es mit den Aufsichtsräten steht, die diese Banken zu verteideln haben, wissen wir ja alle. Herr v. Gehl hat bekanntlich die Nationalliberalen als die Partei der Aufsichtsräte bezeichnet. Genau so, wie man früher die Konservativen den Chor der Landräte nannte, kann man heute von den Nationalliberalen sagen, sie seien der Chor der Aufsichtsräte. (Heiterkeit.) Durch diese Entwicklung ist der moderne Staat immer mehr ein Instrument der herrschenden Klassen geworden. Es war in dieser Hinsicht sehr charakteristisch, als vor einigen Tagen auf die Anfrage des Herrn Jung, wie es mit den Maschinengewerken stehe, sich sofort der Kriegsminister erhob und dem Sinne nach sagte: der Herr wird seinen Diener loben, es ist das Erforderliche veranlaßt. Das Kapital findet im Inland nicht Betätigung genug und so wandert es in großen Massen aus, um im Auslande erhöhten Profit zu erzielen. So erleben wir die Verwertung der gesamten Welt durch das ins Ausland strömende Kapital, das die der wirtschaftlichen Entwicklung noch gegenüberstehenden Schranken überall hinwegreißt und so den allgemeinen Revolutionierungsprozess in der Welt außerordentlich fördert. Wir haben seit 8 Jahren einen Zustand der Dinge erlebt, den vor 1 1/2 Jahrzehnten der kühnste Phantast nicht für möglich gehalten hätte. Wir haben die Erschütterung in Ostasien erlebt, die russische Revolution, die Erschütterung in Persien, die Revolution in der Türkei und in China. Die Folge des Kapitalports ist, daß in den entlegenen Ländern, die bisher gewissermaßen Tabu dafür waren, die moderne Entwicklung fortschreitet. Das Deutsche Reich läßt jetzt im Auslande

32 Milliarden

arbeiten, diese Milliarden, zu deren Schutz man eventuell deutsche Arbeiter in den bunten Rod stecken muß, zu deren Schutz sie sich die Knochen zerbrechen lassen sollen. Dies in das Ausland wandernde deutsche Kapital ist nichts anderes als Geld, das die deutschen Arbeiter geschaffen haben, und das man den deutschen Arbeitern raubt. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Gerade durch diesen fortwährenden Kapitalport wird die Kriegsgefahr zu einer dauernden gemacht. Die Erschütterungen der modernen Gesellschaft haben einen Preisgrad erreicht, daß die herrschenden Klassen gezwungen sind, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen wollen, die arbeitenden Massen zu bewaffnen und den deutschen Arbeitern zuzumuten, sich im Interesse ihrer sozialen Feinde die Knochen zerbrechen zu lassen. Aus dieser Situation folgt die Frage des Fürsten Löwenstein, wie im Kriegsfall das arbeitende Volk sich verhalten soll. Diese Frage beweist deutlich das schlechte Gewissen der herrschenden Klassen, ihre Furcht. Die herrschenden Klassen müssen mit Grauen an die Möglichkeit denken, die Klasse, der sie jahrelang den Schimpf des inneren Feindes in das Gesicht gespiegelt haben, die Klasse, deren Lebenszeit sie verwandelt haben in Arbeitszeit für die heißenden Schichten, die Klasse, der sie die politischen Rechte verkrüppelt haben, die jetzt unter der Teuerung leidet, müssen sie bewaffnen und mit den raffiniertesten Mordinstrumenten ausrüsten. Das ist in der Tat ein Gedanke, bei dem den herrschenden Klassen das Grauen aufsteigen mag: wie wird das werden, wie kann das enden? So ist die Frage zu erklären: was geben? Ihr im Falle des Krieges zu tun? Es ist nicht mehr so wie früher, wo die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung blind sich dahin schleppen ließen, weil sie die Zusammenhänge der modernen Gesellschaft nicht kannten. Jetzt wissen die arbeitenden Massen, daß sie ausgebeutet, daß sie Geloteten sind, sie wissen, daß nicht um ihre Interessen ein Krieg geführt wird, sondern lediglich um die Interessen ihrer sozialen Feinde. Es ist kinderleicht, einen Weltkrieg zu inszenieren, einen Brand anzuzünden, aber furchtbar schwer, diesen Brand wieder zu löschen. In einem solchen Weltkriege brechen alle jene furchtbaren kassenden Gegensätze, die jetzt niedergedrückt werden, mit elementarer Wucht aus, und niemand ist dann so hochgestellt, niemand steht dann mit derartiger Macht ausgerüstet da, daß er der Entwicklung entgegenzutreten und sagen könnte: Bis hierher und nicht weiter. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Da geben die Dinge ihren Lauf, mit elementarer Wucht brechen sie sich Bahn und spotten aller ihrer Machtmittel! Diese Politik treibt alle Gegensätze auf die Spitze, und darum diese

Angst der Besitzenden und Herrschenden vor der sozialen Erbitterung

in der modernen Gesellschaft. Die Furcht vor diesen schweren sozialen Kämpfen ist aber die einzige wirkliche Friedensgarantie, die wir haben. Die Weltgeschichte hat ihren tiefen Sinn, sie ist nicht bloß dazu da, um die Besitzenden Klassen reich zu machen und die großen Massen des arbeitenden Volkes im Elend hindämmern zu lassen. Sie hat ihre eigene ehrene Logik, wenn die Menschen sie auch nicht haben. Halten Sie sich das Wort vor Augen: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht! (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Dicitur Montaigne: Sie sind gewarnt! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; anhaltende Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Jung-Weipzig erklärt persönlich, daß er seine Anfrage wegen der Ausrüstung des Heeres mit Maschinengewehren an den Reichstanzler ohne irgendwelches Einverständnis mit irgendeiner Stelle der Reichsregierung eingereicht hat. Wenn der Vorredner auch die Motive dieser Anfrage in Zweifel zieht, so habe ich keine Veranlassung, darauf einzugehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Wie ich höre, hat der Vorredner einen Witz auf meine Kosten gemacht. Da dies der einzige Witz in seinem

Nachdem wir, will ich darüber hinwegsehen. (Seitenzeit rechts; ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Nächste Sitzung Freitag, mittags 1 Uhr pünktlich: Kleine Anfragen, Staatsberatung. Schluß 6 Uhr 10 Minuten.

Abgeordnetenhaus.

100. Sitzung, Donnerstag den 5. Dezember 1912, mittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Schorlemer.

3. Lesung des Wassergesetzes.

In der allgemeinen Besprechung gibt Abg. Dr. v. Kries (L.) der Freude und Bemühtung über das Gesetz Ausdruck, wenn es auch nicht in allen Stücken den konservativen Wünschen entspreche. Der Industrie wünschen wir alles Gedeihen, aber schließlich sind die Wasserläufe nicht nur für sie da.

Abg. Dr. Woywa (H.) geht mit seiner Anerkennung noch viel weiter. Der Landwirtschaft bringt das Gesetz nicht Sonderprivilegien, sondern schwere Lasten. Hoffentlich gerecht es durch gute Handhabung dem Vaterland zum Segen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Köhling (natl.): Im allgemeinen sind wir mit dem Gesetz zufrieden, besonders erfreulich ist die Beseitigung des Wasserzinses. Das Gesetz ist eine große Wohltat unserer Gesetzgebung. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lippmann (Sp.) betont, daß auch ein Reichsgesetz kaum besser ausgefallen wäre. (Zustimmung links.)

Abg. v. Bitta (B.) betont, daß die Interessen von Landwirtschaft und Industrie soweit wie möglich ausgeglichen worden seien. Landwirtschaftsminister v. Schorlemer dankt dem Hause und der Kommission für ihre Arbeit. Ein Reichsgesetz ist unmöglich, aber es werden zwischenstaatliche Vereinbarungen gegen die Verunreinigung von mehrstaatlichen Wasserläufen getroffen werden.

Abg. Dr. Viehnecht (Soz.) verweist auf seine wegen dieser Angelegenheit im Reichstag gestellte kurze Anfrage, deren Beantwortung Frhr. v. Schorlemer aus seiner oft genug bekundeten Abneigung gegen die Sozialdemokratie vorgezogen wollte. Das wird mich nicht hindern, meine Ausführungen zu machen.

Bei der Bedeutung des Wassers in unserer Nationalwirtschaft ist das Gesetz von der allergrößten Bedeutung. Wäre in ihm das Gemeineigentum statt des Privateigentums zur Grundlage genommen, so hätte man viel besser gehandelt und nicht so ängstlich sein müssen, Schädigungen aus Privateigentum zu verhindern. Um dieses Gesetz haben sich scharfe Interessentkämpfe abgepielt, fast könnte man sagen Klassenkämpfe. Aber es ergeben sich hier bei Gegenläufe innerhalb der Industrie und Landwirtschaft, je nachdem sie Wasser verbrauchen oder Abwasser und Verschmutzung abgeben. Zwischen dem landwirtschaftlichen und industriellen Kapital hat sich eine weitgehende Personalunion vollzogen — unsere Großunternehmer haben Fabriken, unsere Fabrikbesitzer Domänen — trotzdem Interessentkämpfe ohne Zahl. Dazu kommen die Interessen der Gemeinden und der ganzen Bevölkerung, des Volksganges, das geschädigt werden muß durch rücksichtslose Ausnutzung und Verschmutzung der Wasserläufe. Und da auch die bürgerlichen Klassen hierunter leiden müßten, müssen auch Sie — dieses Haus und die Regierung — oftmals in diesem Gesetz vom Gemeinwohl reden, das Sie freilich nirgendwo definieren und über das Sie die

Verwaltungsbehörden absolutistisch entscheiden lassen, statt es richtiger nachprüfung zu unterwerfen. Wie sehen Sie die wichtigsten Genossenschaften zusammen, die im Interesse des Gemeinwohls arbeiten sollen? Gerade das öffentliche Interesse hat gar keinen Einfluß auf die Zusammenlegung der Genossenschaften, sondern vielmehr die dem Gemeinwohl entgegen gesetzte wirkenden Faktoren.

Ebenso ist es mit der rückwirkenden Kraft. Auch da fehlt die Herabsetzung des Gemeinwohls. Ihre Absicht ist bei dem jetzigen Gesetz: „Wasch mir den Kopf, aber mach mich nicht naß!“

Schliefen unzureichend regeln Sie den Gemeingebrauch, indem Sie das Gesetz alle Sicherungen der Durchführung des Gemeingebrauchs entfernen lassen. Nachdem die Behörden in Erinnerung an den aufgelösten Absolutismus den gesundheitlich unbedenklichen Gemeingebrauch eingeschränkt haben, müßte er mit Stachelndem gegen jede unzureichende Beeinträchtigung geschützt werden. Er allein kann einen kleinen Ausgleich für die kolossalen Gesundheitsschädigungen unseres Wirtschaftssystems darstellen — aber Sie haben unbedenken alle unsere Sicherungsanstalten abgelehnt und verlassen sich auf das — Wohlwollen der Behörden und die Kontrolle durch dieses Parlament! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ihnen ist eben an dem Schutz des Gemeingebrauchs nichts gelegen.

Wir wollen nicht, daß das nun schon einmal eingeführte Privateigentum uneingeschränkt herrscht. Inwiefern sind wir mit den vorgezeichneten Beschränkungen, zum Beispiel der Verleihe einverstanden. Aber es soll nicht etwa in das Privateigentum kleiner Antieger zugunsten des Monopols der bestehenden Industrien rücksichtslos eingegriffen werden. Wir wünschen, daß diese Bestimmungen möglichst bald ausgelegt werden, wobei ich anerkenne, daß die Regierung sich bemüht hat, das Weiterwachsen der Monopole zu begrenzen. Als solche Grenze darf nicht das „Gemeinübliche“ benützt werden, denn dieses ist häufig das Gemeingefährliche! (Hört! wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die gesamten heute bestehenden Verhältnisse haben sich nicht auf Grund des Gesetzes, sondern gegen dieses unter geradezu pflichtwidriger Duldung durch die Verwaltungsbehörden herausgebildet. Das Gesetz hätte auch schon jetzt genügt, aber die behördliche Pflichterfüllung ließ es an der Fürsorge für das öffentliche Wohl fehlen und das wird auch für die Zukunft die Hauptaufgabe sein müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz stellt der preussischen Regierung außerordentliche Aufgaben. Wäge sie sich mehr als bisher gewachsen und gewohnt gegen dem öffentlichen Wohl Rechnung zu tragen, Mängel zu beseitigen und zu verhüten. Salus publica suprema lex — das Wohl des Volkes ist das höchste Gesetz — muß der Grund für die Regierung bei der Verwaltung des wichtigen Teils unserer Wirtschaft, der Wasserläufe sein. Wägen Sie sich daran, die Mängel zu beseitigen, ob Sie in Zukunft sich dieser ihrer obersten Pflicht in Anbetracht des Volkereichtums an Wasserläufen eingedenk sein wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit ist die Generaldiskussion beendet.

In der Spezialdiskussion werden konservative und nationalliberale Anträge angenommen, die die künstlichen gewerblichen und Fischerei von dem Gesetz ausnehmen, weiter auf konservativen Antrag die Verpflichtung des Staates gestrichen, den früheren Anliegern von Strömen den Zutritt zu künstlich geschaffenen Neuland zu gestatten.

Beschwerden in Verleumdungssachen sollen an das Landeswasseramt gehen. Die konservativen beantragen statt dessen das Oberverwaltungsgericht, wogegen sich der Minister und die Abg. v. Woywa (H.), Lippmann (Sp.), Dr. Seyda (Folk.) wehren, weil das O.-V. keine Zentral-, sondern eine Obergentralinstanz sei und seine Einfügung die Entscheidungen verzögern würde. Der konservative Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag v. Bitta (B.), v. Woywa (H.) und Lippmann (Sp.), der die Entschädigung für Erlangung der Verleumdung durch wissenschaftliche Behörden entgegen und dem Zivilprozeß überweisen will, wird angenommen.

Eine größere Debatte entfällt ein von der Regierung unterstützter konservativer Antrag, ein der hannoverschen Städteordnung entsprechendes Sonderrecht der kreisangehörigen hannoverschen Städte, das in der zweiten Lesung eingefügt worden war, zu beschließen. Der Antrag wird abgelehnt.

Das Haus verliert sich.

Nächste Sitzung: Freitag, 6. Dezember, vormittags 11 Uhr: 1. Wassergesetz, 2. Besprechung der Feuerwehrinterpellation, 3. kleinere Vorlagen und Anträge.

Aus Industrie und Handel.

Die Dividenden des Petroleumtrusts.

Seit etwa einem Jahre ist der Rockefeller'sche Petroleumtrust (die Standard Oil Co.) aufgelöst. Wie wenig ihm diese Niederlage gekümmert hat, geht daraus hervor, daß die Gesellschaften, die jetzt nicht mehr von der Standard Oil Co. kontrolliert werden sollen, mehr Dividenden ausschütten als je in einem Jahre zuvor. Während das Unternehmen im Vorjahre 37 Proz. verteilte und die höchste je ausgeschüttete Dividende 48 Proz. betrug, beziehen die Aktionäre von 28 der neuen Gesellschaften zusammen 52 Proz. Auch die übrigen acht Gesellschaften des Trusts rechnen mit erhöhten Summen; vorzeichen doch einige dieser Gesellschaften bereits Kurse von 400 und 600 Proz. Neben den Dividenden sind den Aktionären von fünf Gesellschaften noch weitere Zuwendungen gemacht worden. So gibt die Standard Oil Co. of Indiana Gratisaktien im Nominalwerte von 20 Millionen Dollar aus, die einen Kurswert von 61,48 Millionen Dollar besitzen.

Gerichts-Zeitung.

Vom Polizeieinsatz gegen die Jugendlichen.

Eine Jugendversammlung, welche am 6. Oktober in Neudän stattfand, gab der Polizei Anlaß, ein Strafverfahren gegen den Leiter der Versammlung zu veranlassen. Das Thema der Versammlung lautete: „Was gebraucht die arbeitende Jugend im Kampf ums Dasein?“ Referent war Genosse Kerlich. Der Referent behandelte in seiner Rede ausschließlich die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend und versuchte die Notwendigkeit, sich fortzubilden, den Jugendlichen klar zu machen. Demnach erhielt der Vorsitzende Genosse Wendland einen Strafbefehl über 10 M., weil er eine politische Versammlung ohne vorgeschriebene Anzeige bei der Polizeibehörde veranstaltet hätte. Infolge Einspruchs gegen diesen Strafbefehl stand gestern vor dem Schöffengericht Neudän Termin an. Der überwachende Beamte ging in ausführlicher Weise den Inhalt der Rede des Referenten und der Diskussionsredner wieder. Auf Befragen des Verteidiger Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld mußte der Kriminalwachmeister zugeben, daß er hauptsächlich deshalb eingeschritten sei, weil ein Diskussionsredner den Kaiser Wilhelm II. zitiert hatte, daß die Soldaten unter Umständen auf die eigenen Väter und Mütter schießen müßten.

Trotzdem beantragte der Staatsanwalt die Beurteilung des Angeklagten, indem er hervorhob, daß schon aus dem Thema der Versammlung hervorgehe, daß sie politisch sein sollte.

Der Verteidiger legte dar, daß der Angeklagte nur dann verurteilt werden könne, wenn ihm nachgewiesen werde, daß er die Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstaltet habe. Er müsse also die Absicht gehabt und diese Absicht zum Ausdruck gebracht haben, eine politische Versammlung abzuhalten, und es müßte nachgewiesen werden, daß eine Erörterung politischer Angelegenheiten stattgefunden habe. Nichts von alledem sei erwiesen. Die Versammlung sei eine unpolitische gewesen. Dieran ändere auch nichts, wenn wirklich ein Redner ins politische Gebiet abgewandert sein sollte. Der Verteidiger beantragte daher, den Angeklagten freizusprechen.

Das Schöffengericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach den Angeklagten frei, indem es hervorhob: Der Zweck der Versammlung sei zwar gewesen, für die im sozialdemokratischen Parteiprogramm schwimmende Jugendbewegung Propaganda zu machen, diese Beeinflussung sei aber nicht gerade durch Erörterung politischer Angelegenheiten geschehen.

Hofkapellmeister Weingartner vor Gericht.

Die Frage, ob Hofkapellmeister v. Weingartner als kontraktbrüchig bezeichnet werden darf, bildete den Mittelpunkt einer Privatklage, die gestern vor der 149. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Hofmeier verhandelt wurde. Die von Herrn Weingartner angestrebte Klage richtet sich gegen den verantwortlichen Redakteur des „Lokalanzeigers“ Hans Sartorius.

Herr von Weingartner geriet im Februar 1908 mit der Generalintendantur in Konflikt, in dessen Verlauf er die königliche Kapelle bei einem ihrer Sinfonie-Konzerte im Stich ließ. Er steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß er sein Verhältnis zur Generalintendantur ordnungsmäßig aufgelöst habe, weil ihm trotz Aufforderung sein Gehalt nicht gezahlt worden sei, die Generalintendantur war dagegen der Ansicht, daß von Weingartner einen Kontraktbruch begangen habe. Sie verurteilte dies durch Anschlag im Opernhaus und auch die königliche Kapelle erließ eine gegen Weingartner gerichtete Erklärung in den Zeitungen. Im Oktober 1911 fand beim Geheimen Justizrat Termin in der Sache Weingartner gegen den König von Preußen an. Am 27. September 1911 erschien zu dieser Angelegenheit im „Lokalanzeiger“ ein Artikel, in welchem unter anderem die Wendung enthalten war: „v. W. sei auch in Wien unmöglich geworden.“ In einem späteren Artikel vom 18. Oktober wurde gesagt, v. Weingartner habe Kontraktbruch begangen. Durch beide Bemerkungen fühlte sich v. Weingartner beleidigt und strengte die Privatklage an.

Nach Erörterung der einzelnen Stadien des Konflikts zwischen dem Privatkläger und der Generalintendantur werden einzelne Stellen aus den umfangreichen Schriftsätzen beider Parteien verlesen. Der Privatkläger führt darin aus, daß er noch seinem Vertreter im vollen Rechte gewesen sei, bei Ausbleiben seines Gehalts sein Verhältnis zur Generalintendantur aufzulösen. Er sei keineswegs kontraktbrüchig geworden und fühle sich durch den Vorwurf des Kontraktbruches schwer beleidigt, denn dieser Vorwurf sei für einen Künstler außerordentlich schwerwiegend und ihn in seiner Ehre stark herabsetzend. — Von dem Angeklagten ist in den Schriftsätzen unter anderem geltend gemacht, daß ihm jede Absicht einer Beleidigung ferngelegen und er nicht der Verfasser der Artikel sei. Er habe lediglich im Hinblick auf den bevorstehenden Prozeß seinen Verleumdungsbericht über die Vorgeschichte des Prozesses, die jahrelang zurücklag, informiert. — Der Verfasser des ersten Artikels ist der Musikkritiker Heinrich Neumann. — Dieser wird vernommen und bezeugt, daß er den ersten Artikel geschrieben. Darauf zieht der Kläger bezüglich des ersten Artikels die Klage zurück.

Was den zweiten Artikel betrifft, so erklären die Verteidiger, daß sie hier den Verfasser nicht nennen. In der lang ausgeführten Beweisführung wurde nicht das geringste dafür erbracht, daß der Kläger kontraktbrüchig war, vielmehr wurde seine Sachdarstellung nach keiner Richtung hin erschüttert.

Das Gericht kam zur Beurteilung des Angeklagten. Die Verhandlung habe nicht erwiesen, daß sich der Privatkläger des Kontraktbruches schuldig gemacht habe. Dies sei früher behauptet, der Privatkläger lämpfe aber immer wieder dagegen an und seine Behauptungen seien hier nicht widerlegt. Wenn er daher kontraktbrüchig genannt werde, so sei dies für ihn beleidigend. In dem fraglichen Artikel sei nun nicht gesagt, daß ihm nur der Vorwurf des Kontraktbruches gemacht werde, sondern dieser sei als Tatsache hingestellt. Der Angeklagte sei für diese Beleidigung im Sinne des § 188 haftbar. Die Verhandlung habe nicht ergeben, daß die Generalintendantur den Artikel veranlaßt oder inspiriert habe, im Gegenteil haben die beiden Auslagen des Herrn Neumann und des Herrn Peterien ergeben, daß das nicht der Fall ist. Der Gerichtshof hat den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe, eventuell 5 Tagen Gefängnis verurteilt, dem Privatkläger die Publikationsbefugnis zugesprochen und ferner auf Unbrauchbarmachung der Platten und Formen erkannt.

Der Prozeß hat eine weit über den Fall Weingartner hinausgehende Bedeutung, weil er das Unerhörte einer Kontraktbruchserklärung, die einer Verleumdung fast gleichkommt, durch eine Par-

lei beleuchtet. Diesem Terrorismus können die Künstler und Schauspieler nur durch energischen Zusammenschluß unter Beiseiteschiebung aller Kleinlichen Feindseligkeiten wirksam entgegenzutreten.

Aus aller Welt.

Ein Drama unter Delfassierten.

Aus Rom wird uns geschrieben: In einem an Gorkische Dramen erinnernden Milieu hat sich soeben eine schreckliche Missetat in Turin abgepielt. In einer elenden Höhle eines Arbeiterhauses an der Peripherie der Stadt wohnte ein ehemaliger Arbeiter namens Valdera mit einer Frau, die sich bis vor kurzem als Sabelschluderin in Vudon sehen ließ. Das Paar hatte fünf kleine Kinder bei sich, die Valdera aus einer legitimen Ehe mit einer gewissen Rosa Bartoli geblieben waren. Diese Person hatte ihren Mann verlassen, als dieser durch ein furchtbares Schicksal zum Krüppel wurde. Valdera, der ein Mann von hinhäufiger Gestalt und ungewöhnlicher Kraft war, verlor einen Arm in der Folge einer Dampfmaschine; trotzdem fand er noch langem Suchen wieder Arbeit, und zwar als Marmorverleger bei den Marmorbrüchen von Carrara. Hier zermalmt ihm ein Marmorblock den zweiten Arm, so daß der noch nicht vierzigjährige Mann zum hilflosen Krüppel wurde. In dieser Not verließ ihn die Frau, die schon vorher einen Liebhaber genommen hatte, den Tagelöhner Navaadha. In dem der Arme berubten Hünen, der fünf Kinder erhalten sollte, gestellte sich die Sabelschluderin. Mit den fünf Kleinen führten sie ein Romadenleben: er bettelte und sie ließ sich in Vudon sehen. Als ob es mit diesem maßlosen Elende noch nicht genug wäre, bestete sich die legitime Frau mit ihrem Liebhaber dem Paar auf die Fersen, um ihnen Geld abzufordern. Der Haß der Weiden gegen den verstümmelten Koloss ging so weit, daß sie eines Abends, als der Mann noch nicht zurückgekehrt war, die Sabelschluderin, die eben die Kinder betreute, überfiel und durch Dolchstiche tötete. Die Verewicklung des Krüppels, den man des einzigen Geschöpfes beraubt hatte, das ihm das Leben möglich und erträglich machte, war herzerregend. Der Mörder ist flüchtig, die an dem Mord beteiligte Rosa Bartoli wurde verhaftet. Was wird nun aus dem Krüppel und seinen Kindern, nachdem ihn der Kapitalismus aus seinem Betriebe geschleudert hat und die Welt der Delfassierten mit ihrer Delinquenz der letzten menschlichen Stütze beraubt hat?

Schwerer Eisenbahnunfall in Frankreich.

Ein bedauerliches Eisenbahnunglück hat sich am Mittwoch in der Nähe des Bahnhofs Argenteuil ereignet. Gegen 5 Uhr abends rollten infolge eines Stuppelungsbruches sieben Wagen eines Vorortzuges den dort sehr abschüssigen Bahndamm hinunter. Es erfolgte ein Zusammenstoß mit der Lokomotive eines nachfolgenden anderen Personenzuges. Dem Umstande, daß die Lokomotive auf einen Gepäckwagen und einen daranhängenden leeren Wagen auffuhr, ist zu danken, daß Menschenleben bei der Katastrophe nicht zu beklagen waren. Immerhin sind 12 Personen teils schwer, teils leichter verletzt. Von Paris aus wurde sofort ein Hilfszug abgelaufen.

Ein prügelnder Pfarrer.

Der katholische Pfarrer Lutz in dem oberfränkischen Städtchen Hoffeld darf als das Ideal eines geistlichen Schulinspektors und Religionslehrers gelten. Er sah sein Amt so scheidig auf, daß er sich jetzt vor dem Landgericht Vahreuth wegen vorläufiger Körperverletzung zu verantworten hatte. Seine Erziehungsobjekte waren Schüler im Alter von 9 bis 12 Jahren; einer erhielt 15, andere 10 bis 12 Hiebe mit dem Rohrstock, wovon tagelang dicke Striemen zurückblieben. Ein besonders großer Fall ereignete sich am 12. August d. J. im Pfarrhof. Dort wurde ein 12jähriger Schüler, weil er dem Kaplan eine kleine Unwahrheit gesagt, derart auf das Gesicht und auf die Oberlippe geschlagen, daß das Blut die Wange hinunterlief. Das Gericht sah das Vergehen des geistlichen Erziehers sehr milde an und verurteilte ihn nur wegen des letztgenannten Falles zur Mindeststrafe von drei Mark.

Kleine Notizen.

Vom Rennfahrer zum Dieb. In Köln wurde am Mittwoch der bekannte Rennfahrer Wilhelm Maus als Dieb festgenommen. Maus hatte einen Wagen, der einen größeren Geldtransport von der Reichsbank abholte, mittelst Radialschlüssels geöffnet und beraubt. Auf der Flucht wurde er von Postanten festgehalten und der Polizei übergeben. Maus, der früher auch in Berlin als Rennfahrer aufgetreten ist, will aus Not gehandelt haben.

Reine Mobilwagnungspläne gestohlen. Wie der Kommandeur der 20. Division, General v. Deimling mitteilt, hat der aus Freiburg i. Breisgau stammende Sergeant Kamischke keinerlei Akten oder Schriftstücke mitgehen lassen. Kamischke ist nach Unterschlagung von Dienstgeldern flüchtig geworden.

Ein Liebesdrama im Hotel. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, wurde in einem Hotel der Reichstraße des Stadtteils Sankt Johann in der vorletzten Nacht gegen 11 Uhr ein aus Saarbrücken zugewandtes angebliches Ehepaar mit schweren Schußwunden aufgefunden. Aufsehend hat der Wirt zuerst der Frau einen Schuß beigebracht und sich dann selbst durch einen Schuß in die Schenkel schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Das Motiv der Tat ist nicht bekannt, ebenso sind die Namen der beiden noch nicht ermittelt.

Doppelmord. Der Landmann Max Holm in Löffel bei Hohenhausen und dessen Hausfrau wurden Mittwoch abend in ihrer Wohnung mit durchschneidender Kelle tot aufgefunden. Es liegt ungewissheit Raubmord vor. Die Tat ist wahrscheinlich bereits am Dienstagabend zwischen 9 und 10 Uhr begangen worden.

Eisenbahnräuber in Baden. Auf der Strecke bei Waldhofen wurde am Mittwochabend ein Gepäckwagen beraubt. Nach Zerschlagung des Wagenfensters wurde eine mit Eisen beschlagene Holzklappe, die 700 M. an Postgeldern enthielt, gestohlen. Von dem Täter hat man noch keine Spur.

Feldvergiftungen. Nach Genus von Spalten erkrankten vorletzte Nacht in Hamburg der Apotheker Braune, seine Frau und seine Tochter. Trotz sofortiger ärztlichen Hilfe starb die Frau Donnerstagmorgen. Mann und Tochter befinden sich in Lebensgefahr. Die Staatsanwaltschaft hat die Obduktion der Leiche angeordnet.

Dreifacher Mord und Selbstmord. In Würzburg wurde gestern mittag der Postkoffner Obermann mit seiner Familie tot aufgefunden. Habermann hatte seine Frau und seine zwei Kinder erschossen und dann sich selbst getötet. Ein Kind war noch am Leben, dürfte aber kaum gerettet werden können. Das Motiv der Tat soll in einer dienstlichen Untersuchung liegen, die gegen Habermann schwebt.

Explosionsunglück. Wie aus Dortmund berichtet wird, explodierte am Mittwochmorgen in weisfälischen Verbands-Elektrizitätswerk in Krudel ein Dampfrohr. Von den ausströmenden Dämpfen wurde der 64jährige Arbeiter Eggewirt aus Barob sofort getötet. Er war vollständig verbrüht und schrecklich zugerichtet. Vier Montagegeschosse erlitten so schwere Verletzungen, daß sie sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Eine folgenschwere Gasexplosion hat sich auf der Beche Victor in Raunel ereignet. Der Betriebsführer Schulze war mit mehreren Arbeitern damit beschäftigt, eine Gasleitung zu erweitern. Dabei strömte Gas aus, welches sich entzündete. Drei Arbeiter erlitten so schwere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Um das Petroleummonopol.

Zu den mannigfachen Fragen, die durch den von der Regierung vorgelegten Petroleumgesetzentwurf angeregt werden, nimmt in einer soeben erschienenen Schrift nun ein Fachmann das Wort. Joseph Leis, Das Leuchtölgesetz in handelspolitischer Beleuchtung, Regensburg 1912; Verlag Manz, 71 Seiten.) Der Verfasser ist seit langer Zeit auf dem Petroleumgebiete praktisch tätig; insbesondere hat er Beziehungen zur rumänischen Petroleumproduktion und ist noch jetzt Inhaber einer Petroleumhandelsfirma in Regensburg. Schon in früheren Jahren ist er durch mehrere Schriften über Petroleumproduktion und -handel für ein Petroleummonopol eingetreten. Auch in der vorliegenden Arbeit vertritt er wiederum die Forderung des Monopols als Reichsanwalt und zwar unter Berücksichtigung der Interessen des Depositeurs (Großhändlers).

Leis hält ein Eintreten des Staates zur Verhinderung des Privatmonopols für unerlässlich; aber das hindert ihn nicht, sich in scharfen Worten gegen den Regierungsentwurf zu wenden: „Die Form der geplanten Vertriebsgesellschaft mit dem ihr anhaftenden absoluten Einflusse einer speziellen Interessentengruppe ist gegen die allgemeinen Interessen des deutschen Handels und der Konsumenten gefaßt; für diese würde kein wirtschaftlicher Schutz gewährleistet sein und es besteht die Gefahr, daß der deutsche Petroleumkonsument von einer inländischen Interessentengruppe genau so ausgebeutet werden kann, wie das von der ausländischen befürchtet wird; die Regierung würde sich auf lange Jahre hinaus jedweden praktischen Einflusses begeben.“ Die Gewinnabstufung bei steigenden Preisen hält auch Leis für völlig belanglos und lediglich als Spiegelreflexionen, um die Interessen der beteiligten Konzerne (der Deutschen Bank) zu verbergen. Der Vorstand der Vertriebsgesellschaft, der von den Banken gestellt wird, und der gleichzeitig im Vorstand oder Aufsichtsrat von Produktionsgesellschaften sitzt und von diesen persönliche materielle Vorteile genießt, kann doch unmöglich als unbefangener gelten. Der lediglich beratende Beirat von Sachverständigen kann nur den Voren abgeben, auf dessen Gang die unbedeutende Aufmerksamkeit abgelenkt werden soll. Wir sind neugierig, ob der Reichstag sich diesen Voren aufbinden lassen wird.“ Ebenso sieht Leis das Eingriffsrecht des Reichskommissars als durchaus illusorisch an. Die wichtigste Befugnis, bei hohen Lieferungsablässen ein Veto einzulegen, ist nichtig, da er nie die Verantwortung übernehmen kann, die Vertriebsgesellschaft auch nur einige Tage ohne Petroleum zu lassen. Durch alle diese Vorrichtungen würde nicht einmal eine Einigung zwischen der Vertriebsgesellschaft und dem Produzenten (auch dem Krupp) verhindert werden.

Leis schlägt nun eine andere Form des Monopols vor, wobei er von den Funktionen ausgeht, die der Staat schon heute im Petroleumhandel übernommen hat. Zuerst findet der Empfang und die Einlagerung des Leuchtöls an den Seehäfenplätzen, der Lagerverfälschung, die Lagerkontrolle und die Auslagerung bezw. der Weitervertrieb bereits durch die Zollbehörde, gemeinsam mit Angestellten der Importgesellschaften statt. Auch die Weiterverteilung auf der Eisenbahn in Zisternewaggons übernimmt heute der Staat. Bei einem völligen Reichsmonopol hätte der Staat also nur noch die Lagerungseinrichtungen zu übernehmen. Man würde keine neuen Staatsbeamten brauchen, sondern sogar die privaten Angestellten einbehalten können, da dann eine doppelte Kontrolle überflüssig werden würde. Der einzige neue Beamtenkörper würde nur die Petroleumverkaufskommission sein. Diese Beamten seien aus den Kreisen der Militär- und Eisenbahnverwaltung zu entnehmen, die als Hauptabnehmer fungieren. Gegenüber der Begründung des Regierungsentwurfes, die die angeblichen Schwierigkeiten des Petroleumgeschäftes hervorhebt, betont Leis, daß „der Einkauf von Leuchtöl, einem chemisch technischen Fabrikat, das durch Analysen genau zu kontrollieren ist, nicht schwerer fallen kann als der Einkauf von Zafol“. Die gefährdete Eigenart des Petroleumgeschäftes ist nicht weiter, als die höchst erreichbare Stufe eines Spezialhandels, bei dessen Kenntnis das mythische Wesen fremder Kunst verschwindet. Es gibt kein einfacheres, schablonenhafteres Geschäft als den Petroleumhandel von heute.“ Mag diese Beurteilung auch etwas übertrieben sein, sie verdient immerhin mehr Beachtung als die der Regierungsbegründung, da sie aus der Feder eines Fachmannes stammt. Den Vertrieb von der Tankanlage im Binnenlande aus will Leis selbständigen Groß- und Kleinhändlern überlassen wissen, allerdings mit der Einschränkung, daß der Detailverkaufspreis für Petroleum und der Gewinn der Zwischenhändler amtlich festgesetzt wird. — Depositeure und Kleinhändler würden damit zu Gehilfen des Staates werden.

Ein großer Raum der Schrift ist der Untersuchung gewidmet, ob die Produktions- und Transportverhältnisse den Kampf gegen den Trust ausdauerlich erscheinen lassen. Leis kommt zu einer Bejahung dieser Frage, unseres Erachtens ohne genügende Unterlagen. Ein Vergleich der verschiedenen Petroleumgebiete zeigt sofort die bedeutende Ueberlegenheit Nordamerikas in der Kohöl- und Leuchtöl-erzeugung. Großen Wert legt Leis auf die Benutzung des Donauweges für den Petroleumhandel. Frühere eigene Versuche von Leis mit dem Import von rumänischem Petroleum auf dem Donauwege seien durch das Abkommen zwischen der Deutschen Bank und dem amerikanischen Trust unterbunden worden. Die Schaffung einer Flotte, deren Schiffe durch Heizöl angetrieben würden, wäre von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Donaugebietes. Für die der Donau nachliegenden Produktionsgebiete Oesterreich, Rumänien und Anstalt wäre der Export auf dem Donauwege so bequem, daß man mit einem Umschlag von 800 000 Tonnen pro Jahr rechnen könnte.

Warum ein Reichspetroleummonopol?

Unter diesem Titel veröffentlicht die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft die Tochtergesellschaft des amerikanischen Trusts, eine im Ton sehr scharf gehaltene Streitschrift wider den Gesetzentwurf. In der Einleitung weist sie darauf hin, daß alle Vorwürfe gegen sie selbst ebenso gut auf den Konzern der Deutschen Bank zutreffen. Die Erdrosselung der Selbständigkeit des Kleinhändlers durch langjährige Verträge und Einführung des Kannengeschäfts ist von der Deutschen Bank ohne weiteres nachgeholt worden. Nicht besonders rigorose Kampfmethoden haben dem Trust auf dem deutschen Markt den Sieg gebracht, sondern bessere Qualitäten, billigere Gefäßkosten, gütlichere Frachtkonkurrenz und eine bessere Organisation. Die Mißerfolge der Deutschen Petroleum-Verkaufs-G. m. b. H. (finanziert von der Deutschen Bank und russischen Produzenten) beruhen zum Teil darauf, daß ihre Lieferantin, die Steaua Romana (finanziert von der Deutschen Bank) zu hohe Preise forderte. Wenn nun durchaus das europäische Öl für den Konsum herangezogen werden soll, können dahinter nur die Interessen

dieser Produzenten, der Deutschen Bank, stehen. „Warum also der Ruf nach einem Monopol gerade heute? Nur, weil der „mächtigste Mann in Deutschland“ — so hat sich der Direktor der Deutschen Bank Herr v. Swinner vor kurzem selbst bezeichnet — das Monopol haben muß, um mit seinen Petroleumunternehmungen besser reüssieren zu können?“

Schon die Verzögerung ohne Inanspruchnahme Nordamerikas hält die Schrift für undurchführbar. Die Vorverträge seien einfach nicht ernst zu nehmen. Bisher habe die Deutsche Bank „nicht wesentlich über 50 Prozent des Bedarfs für eine lächerlich kurze Zeit und zu Preisen gesichert, welche die offiziellen Preise erheblich übersteigen“. Mit erhöhten Verkaufspreisen sei daher sicher zu rechnen. Wohin die Interessen der Deutschen Bank gehen, zeigt ihre Lage in einem Prozeß, daß der Krupp in Deutschland zu billig verkaufe! Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat ja bereits erklärt, daß ein Preis als Tankanlage von 17 Pf. „außerhalb des Bereiches der Möglichkeit“ liege, obgleich dieser Preis um 1 Pf. höher ist als der jetzige Großverkaufspreis.

Neben den Gewinnen als Produzentin erwartet die Deutsche Bank für sich noch solche als Vertriebsgesellschaft. So werden ihr zuziehen der Emissionsgewinn bei Ausgabe der Aktien, der Gewinn aus der Führung der Bankgeschäfte für die Vertriebsgesellschaft, aus der jährlichen Dividende der Vertriebsgesellschaft. Die vorgeschriebene Bildung von Reserven, einen Bauausgleichsfonds und die hohen Abschreibungen ermöglichen es, daß bei einer Auflösung der Gesellschaft mehr als 200 Prozent des Kapitals an die Aktionäre verteilt werden können. „Wahrlich ein großer Fiskus auf Kosten des deutschen Konsumenten, der alle die Lasten, durch welche diese verbotenen Ertragsgewinne entstehen, in Form hoher Verkaufspreise aufzubringen hat!“

Dieses Urteil der größten Petroleumproduzenten der Welt verliert dadurch wenig an Beweiskraft, daß es zur Verteidigung eigener Interessen vorgebracht wird. Die Konsumenten haben in der Tat nicht das geringste Interesse daran, höhere Preise zu zahlen, nur um ein Privatmonopol durch ein anderes zu ersetzen!

Amtliche Wahlbeeinflussung.

Die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Bruhn im Wahlkreis Friedeberg-Krösnitz ist vom Plenum im Mai vertagt. In den nächsten Tagen ist die endliche Verhandlung über die Frage der Gültigkeit oder Ungültigkeit des Mandates zu erwarten.

Den Hauptpunkt des Wahlprotokolls bildet eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung. Es ist ein von 11 Amtsvorstehern, 24 Gemeindevorstehern, einem Stadtschreiber und einem Abgeordneten unter Verlesung ihres Amtsscharakters unterzeichnetes Flugblatt im Kreise Friedeberg verbreitet. In dem Flugblatt wird zur Wahl zugunsten der konservativen Partei und ihres Kandidaten v. Schumann aufgerufen und die Liberalen, die Demokraten, der Deutsche Bauernbund, der Hansabund und die sozialdemokratische Partei sowie deren Kandidaten bekämpft. Des Kandidaten Bruhn und der von ihm vertretenen Parteirichtung ist in dem Flugblatt nicht gedacht.

Die Wahlprüfungskommission hat mit großer Stimmenmehrheit angenommen, daß eine unzulässige Wahlbeeinflussung vorliegt, hat aber bei der Beurteilung der Frage, welche Wirkung diese Wahlbeeinflussung ausgeübt haben könne, eine verwunderliche Auffassung befolgt. Sie hat zunächst angenommen, die Wirkung könne sich nicht auf den ganzen Friedeburger Wahlkreis, sondern nur auf die zu den 11 Wahlbezirken der unter dem Flugblatt stehenden Amtsvorsteher gehörigen Wahlbezirke erstrecken. Doch auffallender als die räumliche Einschränkung der Wahlbeeinflussung ist aber das Rechenexempel, das die Kommission rücksichtlich der Wirkung der Wahlbeeinflussung in den 11 Amtsbezirken angestellt hat.

Es hatten bei der Hauptwahl erhalten: der konservative Kandidat v. Schumann 5728 Stimmen, der Kandidat der Deutschen Reformpartei Bruhn 4794, der Kandidat der nationalliberalen Partei Dr. Bödgen 2798, der Kandidat der Sozialdemokratie Brüdner 4498 Stimmen. Hätte die Beeinflussung gegen die nationalliberale und sozialdemokratische Partei nicht stattgefunden, so wäre voraussichtlich Bruhn, möglicherweise auch Schumann aus der Stichwahl herausgefallen. Der Zweck der Wahlbeeinflussung war offenbar der, die Zahl der für den konservativen Kandidaten abzugebenden Stimmen zu erhöhen und ferner, die Zahl der für den liberalen und sozialdemokratischen Kandidaten ohne die Wahlbeeinflussung abgegebenen Stimmen zu verringern. Es hätten also als mögliche Folge der Wahlbeeinflussung die gesamten auf den Konservativen gefallenen Stimmen oder ein Teil derselben diesem abgezogen und dem liberalen sowie dem sozialdemokratischen Kandidaten ein Teil der abgerechneten Stimmen zugerechnet werden müssen. Es hätte ferner in Betracht gezogen werden müssen, daß in den 11 beeinflussten Wahlbezirken eine auffallend große Zahl von Nichtwählern sich vorfindet, also wahrscheinlich durch die Wahlbeeinflussung viele vom Wählen abgehalten worden sind. Hätte dies die Kommission berücksichtigt, so hätte das Mandat des Abgeordneten Bruhn für ungültig erklärt werden müssen. Es hätte auch für ungültig erklärt werden müssen, wenn man etwa die auf Bruhn entfallenen Stimmen ganz oder zum Teil kastriert hätte, weil nur die Gegner Bruhns in dem Flugblatt angegriffen waren. Die Kommission hat aber all diese Momente nicht berücksichtigt, sondern lediglich die für den konservativen Kandidaten in den 11 Amtsvorsteherbezirken abgegebenen Stimmen kastriert. Die Kommission hat also so geurteilt, als ob das Flugblatt sich ausschließlich gegen Bruhn wende und für den konservativen eintrete, während tatsächlich das Flugblatt mit keinem Wort gegen Bruhn oder die Deutsche Reformpartei wendet, sondern allein die Liberalen und Sozialdemokraten bekämpft. So heißt es im Flugblatt: „Der von den Liberalen gewünschte allmähliche Abbau des Zollschutzes ist im Endziele nichts anderes, als die von den Sozialdemokraten verlangte sofortige Beseitigung der Zölle. Deshalb gehen Liberale und Demokraten überall im Wahlkampf gegen uns zusammen und unterstützen sich, wo sie können.“ „Der liberale Deutsche Bauernbund ist der Totengräber der Landwirtschaft.“ „Der Hansabund gibt vor, den Mittelstand zu schützen. In Wirklichkeit aber schürt er die größten Feinde des selbständigen Mittelstandes.“ „Wir fordern einen entschlossenen Kampf gegen die vaterlandslose, religiösen, und eigentumsfeindliche Sozialdemokratie und ihre Helfershelfer.“

In den 11 Amtsvorsteherbezirken entfielen auf v. Schumann 747, auf Bruhn 1267, auf Dr. Bödgen 572, auf Brüdner 1198 Stimmen. Ohne die Wahlbeeinflussung wären auf Brüdner sicher gegen 400 Stimmen mehr, auf Bruhn möglicherweise 1000 Stimmen weniger entfallen. Es wäre Bruhn, der nur 268 Stimmen mehr als der sozialdemokratische Gegner erhalten hätte, nicht in Stichwahl gekommen und Brüdner mit dem konservativen oder dem nationalliberalen Kandidaten in die Stichwahl gelangt, wenn die Wahlbeeinflussung zu ungunsten der Nationalliberalen und der Sozialdemokraten nicht stattgefunden hätte.

Die Mehrheit der Wahlprüfungskommission hat nach dem Bericht angenommen, ihre Berechnung entspreche der Praxis des Reichstages. Das ist indessen durchaus nicht zutreffend. Soweit

ist der Reichstag noch niemals gegangen, daß er bei Wahlbeeinflussung zugunsten bestimmter Parteien die Tatsache, daß möglicherweise ohne die Wahlbeeinflussung diese Parteien mehr Stimmen erhalten hätten, unberücksichtigt gelassen hat. Wäre er soweit gegangen, so wäre es die höchste Zeit, eine solche Ungerechtigkeit endlich zu beseitigen.

Im Fall Bruhn kommt hinzu, daß das Wahlbeeinflussungsflugblatt mit keinem Worte sich gegen Bruhn oder die Reformpartei wendet, offenbar, um in der Stichwahl die Hilfe der Reformpartei für den konservativen Kandidaten zu erhalten. Die Wahlbeeinflussung mußte auf die Wähler, soweit diese sich beeinflussen ließen, dahin wirken, daß diese entweder der Wahl sich enthielten, oder dem konservativen Kandidaten oder dem Kandidaten der Deutschen Reformpartei, falls dieser die nationale liberalen oder sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gaben. Die Wahlprüfungskommission läßt also die Tatsache völlig unberücksichtigt, daß das Flugblatt die Absicht hatte, die Wähler amtlich dahin zu beeinflussen, daß sie weder sozialdemokratisch noch nationalliberal, sondern, falls sie nicht konservativ wählten, für die Reformpartei oder gar nicht wählten.

An dem Plenum wird es liegen, der amtlichen Wahlbeeinflussung durch Kassation der Wahl des Abgeordneten Bruhn entgegenzutreten.

Stadtverordneten-Verammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des für den verstorbenen Stadtverordneten Barth neugewählten Mitgliedes Kaufmann David Bruhn, der dann auf die Städteordnung verpflichtet wird.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtmagistrats und eines unbefohlenen Stadtrats sind seitens der sozialdemokratischen Fraktion deputiert: Bruns, Heimann, Koblenger, Dr. Wehl und Wolderski.

Die Magistratsvorlage wegen Mietung des Hauses Straßauer Str. 44/45 zu Bureauzwecken auf 10 Jahre für 105 000 M. jährliche Miete hat der eingesehene Ausschuss abgelehnt. Bedenken hat hauptsächlich die Höhe des Mietpreises erregt. Referent ist Stadtverordneter Lieberherr (Fr. Fr.).

Stadtrat Selberg: Es haben seit den Ausschussverhandlungen neue Besprechungen mit dem Gegenkontrahenten stattgefunden. Er hat den Mietpreis auf 100 000 M. ermäßigt, auch an dem eventuellen Verkaufspreis von 2 1/2 Millionen etwas abgelassen. (Zurück! Wird noch weiter ablassen!) Der Magistrat hält den Mietpreis festzusetzen für hoch.

Stadtv. Dinde (Soz.): Wenn die Eigentümer jetzt mit 100 000 Mark vermieten wollen, so könnte das ja vielleicht noch einmal in einem Ausschuss erwogen werden. Zum 1. Januar würden die Räume ohnehin nicht bezugsbar sein, sondern frühestens Anfang März; der Vertrag würde also zweckmäßig erst mit dem 1. April 1913 zu beginnen haben. Daß beim Verkaufe unter 2 400 000 M. nicht heruntergegangen werden kann, müßte uns doch auch erst in Ausschüsse nachgewiesen werden. Da sich das Haus für unsere Zwecke gut eignet, solange wir ein weiteres eigenes Heim noch nicht haben, wird sich nochmalige Ausschussberatung um so mehr empfehlen.

Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.) empfiehlt die Ablehnung gemäß dem Ausschussantrage. Der Mietpreis von 100 000 M. sei auch noch exorbitant. Es müßte über ein eventuelles Vorwurfsrecht doch etwas Bestimmtes vereinbart werden; andererseits seien auch die anderweitigen Angebote — er habe als Ausschussvorsitzender noch heute ein solches aus der Wahlfrage erhalten — noch genauer zu prüfen.

Stadtrat Raft weist demgegenüber auf die ausgezeichnete Lage des Grundstückes hin, die gar nicht besser sein könne. Der Bau habe seinerzeit beinahe 1 200 000 M. gekostet, der Grundstückswert betrage annähernd 1 Million. Entfernter liegende Grundstücke böten nicht entfernt ähnliche Vorteile wie dieses. Nachdem für die Stadt auch ein Vorwurfsrecht innerhalb der zehn Jahre zugestanden sei, solle die Versammlung dem Antrage Hingehalten.

Stadtv. Pöfer (A. L.) hält die Zurückverweisung für nutzlos.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Der Magistrat hat uns die Vorlage gemacht, weil Bureaus fehlen. Hauptbedingung für solche ist eine günstige Lage. Was nützt es, wenn wir etwa im Scheunenviertel billiger ankommen? Vielleicht geht vom Preise noch etwas ab; auch wird es richtiger sein, erst vom 1. April ab zu mieten. Für heute lehne ich die Vorlage auch ab, erwarte jedoch, daß der Magistrat die Verhandlungen wegen dieses Grundstückes fortführen wird.

In der weiteren Erörterung tritt Stadtv. Gronwaldt (A. L.) für einen Bau im Scheunenviertel ein. Dann hätte man dort doch wenigstens ein monumentales Gebäude.

Der Antrag auf Zurückverweisung erhält nur wenige Stimmen; die Vorlage wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

In gemeinsamer Sitzung beider städtischer Körperschaften findet hierauf unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth die Erziehung von Vertretern und Erziehungsmännern zur Zweckerhandlung statt. Für die verstorbenen Vertreter Stadtverordneten Barth, Herzberg und Stadtrat Kammlau werden durch Jurist gewählter die Stadtverordneten Ulrich und Fiohr und Stadtrat Raft. Kommerer Wöhl, der gewählt war, als er noch in Schöneberg amtierte, und niedergelegt hat, wird wiedergewählt. Zu Erziehungsmännern werden gewählt die Stadtverordneten Groß-Weißner und Friedberg, sowie die Stadträte Sausse und Dr. Fischer.

Die Vergabe eines Auftrages am Planufer für eine Kirche an die schwedische Vikariatsgemeinde in Berlin ist von dem niedergelegten Ausschusse einstimmig abgelehnt worden. Dagegen empfiehlt der Ausschuss mit allen gegen 2 Stimmen, die Bereitwilligkeit zu erklären, eine andere entsprechende Magistratsvorlage, durch welche ein Terrain angeboten wird, das dem öffentlichen Interesse nicht zu dienen geeignet ist, wohlwollend in Beratung zu ziehen. Den Ausschussantrag vertritt als Referent Stadtv. Reimann (A. L.).

Oberbürgermeister Wermuth ist erfreut über den Gesamtantrag des Ausschusses; der Magistrat werde mit tünlichster Verschleunigung anderweitige Vorschläge vorbereiten.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Die zwei Gegner des zweiten Teils des Ausschussantrages sind deshalb Gegner gewesen, weil sie auf dem Standpunkt stehen, daß städtischer Grundbesitz überhaupt nicht verkauft werden soll, ganz gleich, ob Kirchen oder sonst wer städtische Gelände kaufen. Einstimmig war der Ausschuss darin, daß kein öffentlicher Platz verkauft werden dürfe. Berlin hat davon noch viel zu wenig, und wir müssen dafür Sorge tragen, daß der städtische Grundbesitz nicht verfeinert, sondern bergwahrt wird. Wir beantragen getrennte Abstimmung.

Die Ablehnung der Vorlage erfolgt fast einstimmig; der weitere Antrag des Ausschusses erhält eine Mehrheit.

Für die Pflasterung eines Zufahrtsweges auf dem Städtischen Friedhof in der Gerichtstraße vom Einigungsweg bis zum Krematorium, sowie für die Umwandlung dieses Friedhofes in einen Urnenhain sind 21 000 M. erforderlich. Der Magistrat ersucht die Versammlung um die Bewilligung des genannten Betrages.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach dem Magistratsantrag.

In seiner Sitzung vom 29. Oktober d. J. hat der Ausschuss für den Antrag Arons betr. Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angestellten beschlossen:

1. Den Magistrat um Beschaffung des Materials aus den Städten zu ersuchen, die solchen Vertrag abgeschlossen haben;

2. vom Berliner Gewerbegericht ein Gutachten darüber eingeholen, ob sich der Abschluß eines Tarifvertrages für die Stadtgemeinde empfiehlt;

3. die Beratung des Ausschusses bis zum Erscheinen des neuen Regulativs über die Arbeiterauschüsse zu vertagen.

Der Magistrat bringt der Versammlung zur Kenntnis, daß er dem Wunsche zu 1 Folge leisten wird, den Beschluß zu 2 aber beanstandet, weil er materiellen Inhalts ist und zuvor der Zustimmung der Versammlung bedarf, der Magistrat auch das Gewerbegericht nicht für kompetent hält; die abgeänderten Bestimmungen über die Arbeiterauschüsse teilt er im Wortlaut mit.

Stadt. Sassenbach (Soz.): Der formelle Einwand des Magistrats mag berechtigt sein; wir schaffen ihn am besten dadurch aus der Welt, daß wir die Versammlung ersuchen, diesen Rangel zu erlösen und formell einen solchen Beschluß zu fassen. Der Magistrat macht aber vor allem sachliche Gründe geltend; er hält das Gewerbegericht nicht für kompetent, sondern sieht die Gemeindebehörde als für die Entscheidung zuständig an. Diesen Einwand können wir nicht als berechtigt gelten lassen. Wir entscheiden ja darüber nachher doch, nachdem das Gewerbegericht sein Gutachten abgegeben hat. Das Gutachten einer solchen Institution kann auch im Berliner Rathaus gebraucht werden. Das Tarifvertragswesen hat einen großen Umfang angenommen und ist eine Spezialwissenschaft geworden. Man kann ein guter Geschäftsmann oder Verwaltungsbeamter sein, ohne doch die Kenntnisse zu haben, die diese städtische Institution besitzt, die ein hohes Ansehen genießt. Ich bitte also nochmals, unseren Antrag anzunehmen. Mit dem neuen Regulativ wird erfreulicherweise ein Fortschritt gegen den jetzigen Zustand herbeigeführt. Die Arbeiterauschüsse dürfen ihre Vorsitzenden selbst wählen, bisher führten die Dirigenten der einzelnen Betriebe den Vorsitz. Die Mitglieder der Ausschüsse dürfen nur mit Genehmigung des Magistrats entlassen werden; auch das begrüßen wir mit Freuden. Einige weitere Bestimmungen sind aber nicht ganz klar. Zunächst ist überall nur von Arbeitern, niemals von Arbeiterinnen die Rede. Es darf aber wohl angenommen werden, daß man hier beide Kategorien verstanden hat, so daß auch den Arbeiterinnen das aktive und passive Wahlrecht zusteht. Eine Erklärung, daß das zutrifft, möchte ich gern haben. Weiter wünsche ich die Erklärung, daß auch solche Anträge, die auf die Lohnverhältnisse Bezug haben, im Ausschuss vorgebracht werden können; bisher ist dies vielfach verweigert worden. Die Beschlüsse auf die Ausschüsse der Ausschüsse sollten schriftlich gegeben werden. Bisher ist das nicht geschehen und das hat vielfach zu Mißverständnissen usw. geführt. Was unter „Betrieb“ verstanden wird, muß definiert werden. Sind die Gaswerke ein Betrieb oder ist ein solcher jede einzelne Gasanstalt? Dann sollte statt „Betrieb“ „Verwaltung“ gesetzt werden. Vermessen müssen wir leider einen gemeinsamen Arbeiterausschuss für sämtliche städtischen Betriebe. Wie der Zusammensetzung werden könnte, zeigt uns ein Antrag des Verbandes der städtischen Arbeiter, die Obleute sämtlicher Betriebe dazu zusammenzutreten zu lassen; event. da, wo keine vorhanden sind, Vertreter dazu wählen zu lassen. Die Leitung hätte in den Händen des Oberbürgermeisters zu liegen. (Andauernde Unruhe.) Ein solcher zentraler Arbeiterausschuss ist eine Notwendigkeit schon aus praktischen Gründen. Die Errichtung der Ausschüsse für die städtischen Güter wird wieder hinausgeschoben. Die Arbeiter auf diesen Gütern haben schon seit Jahren darum petitioniert, und es ist nicht einzusehen, warum es gerade ihnen verweigert werden soll. Behufs Prüfung dieser Bedenken bitten wir um Ueberweisung dieser Vorlage an den Ausschuss.

Stadt. Fischek: Ich bitte auch materiell auf die Seite des Magistrats zu treten. Ob Tarifverträge ein richtiges Prinzip enthalten, das ist von keiner Seite bestritten worden. Der strittige Punkt, um den es sich hier handelt, ist der, ob die Verhältnisse des privaten Gewerbes auch für öffentliche Betriebe zutreffen. Das Gewerbegericht ist eingeseht, um sich um die Verhältnisse des Privatgewerbes zu kümmern; es kann für die Gemeinde nicht zuständig sein, das ist vielmehr die Gemeindevertretung selbst. Die Frage, ob im öffentlichen Betriebe solche Verträge eingebracht sind, ist so gar innerhalb der Parteien selbst bestritten. Die diesjährigen Verhandlungen des Verbandstages der Gemeinde- und Staatsarbeiter in München haben eingehende Gründe gegen solche Tarifverträge ins Feld geführt. Diese strittige Frage muß innerhalb der Verwaltung selbst gelöst werden. Die neuen Satzungen für die Arbeiterauschüsse sind bereits in Geltung. Die Bedenken des Vorredners können zum größten Teil sehr leicht ausgeräumt werden. Natürlich sind unter den „Arbeitern“ auch die Arbeiterinnen verstanden. Wenn es sich um allgemeine Lohnfragen, um Stellen usw. handelt, so können die auch den Ausschuss beschäftigen; ganz anders wäre es allerdings mit der Frage des Lohnes für den einzelnen. In den neuen Satzungen ist ja auch neu vorgeschrieben, daß die Ausschüsse vor Erlass allgemeiner Bestimmungen des Dienstvertrages und der Arbeitsordnung gehört werden müssen. Die schriftliche Mitteilung der Beschlüsse halte ich für ganz selbstverständlich. Jede Gasanstalt ist ein Betrieb. Ob man auch sämtliche Ausschüsse in einen gemeinsamen Gesamtausschuss zusammenberufen soll, davon sind wir vorerst abgesehen, weil wir mit einem so weitläufigen Apparat nichts Förderliches schaffen zu können glauben. Die städtischen Güter sind bisher nicht einbezogen, weil dort die Verhältnisse eigenartig liegen und besonderer Regelung vorbehalten werden müssen. Nachdem diese wesentlichen Änderungen eingetreten sind, ist auch ein großes Stück von dem geschaffen, was hier auf Grund des Antrages wegen der Tarifverträge verlangt worden ist. Der Arbeiter soll mitberaten bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Dieser Gedanke hat und bei der Festsetzung des neuen Status geleitet.

Stadt. Dr. Auhlmann (Fr. Fr.) hält die Einholung eines Gutachtens für überflüssig. Ob Tarifverträge sich für die Gemeinde Berlin eignen, könne doch die Gemeindebehörde viel besser als das Gewerbegericht beurteilen. Die Ueberweisung des neuen Regulativs an den Ausschuss für den Antrag Arons könne höchstens zur Kenntnisnahme erfolgen.

Stadt. Galland (N. L.): Wir stehen formell und materiell in der Gutachtenfrage auf dem Standpunkt des Magistrats. Das Gewerbegericht hat Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu schlichten, aber nicht auf die öffentlich-rechtlichen Beziehungen Einfluß zu nehmen. Die Versammlung und die sozialdemokratische Fraktion würde sich mit dem Antrag ein Armutzeugnis ausstellen. Der Ausschuss hätte doch zunächst an die Versammlung kommen müssen.

Stadt. Rosenow (N. L.) spricht sich in gleichem Sinne aus. Es genüge, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.

Stadt. Sassenbach (Soz.): Der Ausschuss des Gewerbegerichts hat auch höhere sozialpolitische Arbeiten zu erfüllen; es ist eine paritätische Körperschaft, bestehend aus Unternehmern und Arbeitern, und diese Körperschaft hat wohl die Kompetenz des sachverständigen Urteils über allgemeine Fragen, und dazu rechne ich auch die Tarifverträge. Diese Körperschaft, die sich auftragsgemäß mit diesen Fragen zu beschäftigen hat, versteht davon doch wohl mehr als wir. Für die Erklärungen des Stadtrats Fischek bin ich dankbar; es ist damit ein Teil unserer Bedenken geschwunden. Ich hoffe nur, daß der Magistrat auch der Frage der Errichtung eines zentralen Ausschusses noch einmal nähertritten wird.

Die Anträge Sassenbach auf Einholung eines Gutachtens und auf Ueberweisung des neuen Regulativs zur Vorberatung an den Ausschuss für den Antrag Arons werden abgelehnt. Das Regulativ wird zur Kenntnis genommen.

Stadt. Max Schulz (N. L.) hat seine am 14. November cr. von der Mehrheit abgelehnte Anregung, auch den durch den Erwitterer vom 2. Juli Geschädigten der Greifswalder Straße Entschädigungen zuzutragen, zu lassen, wie sie den Interessenten der Schönhauser und der Pappelallee zugebilligt worden sind, in Form eines selbständigen Antrags wieder auf-

genommen. Der Antrag ist außer von Mitgliedern der Neuen Linken auch von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion unterschrieben.

Der Antragsteller bemerkt: Es handelt sich bei meinem Antrage nur um die Wiederholung einer Abstimmung, die nach der Meinung meiner Freunde höchst zweifelhaft war.

Stadt. Ahrns (Fr. Fr.): In der Kommission, welche der Magistrat berufen hatte, haben Vertreter von drei Fraktionen der Versammlung gesessen, und die Kommission ist einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß Entschädigungen nicht zu zahlen seien, da die betroffenen Anwohner durch das Vorjahr gewarnt waren, die Schäden auch nicht entfernt so groß gewesen sind. Hiernach wird der Magistrat nicht geneigt sein, dem Antrage stattzugeben.

Stadt. Geride (Fr. Fr.): Derselbe Herr, der von der im vorigen Jahre bewilligten Entschädigungssumme von 5000 M. den Löwenanteil erhielt, ist diesmal wieder unter denen die Entschädigungsansprüche erheben. Der hätte doch gemäß mehr Vorsicht üben sollen. Wir können wirklich auf diese Ansprüche nicht eingehen.

Stadt. Meyer (Soz.): Wir erklären unsere Zustimmung zum Antrag Schulz. Die Willigkeitsgründe für die Schönhauser- und Pappelallee sollte man auch den Anwohnern der Greifswalder Straße zuteil werden lassen. Die Hauswirte hätten sich ja wohl schützen können; aber die Geschädigten sind auch vielfach kleine Mieter und kleine Geschäftsleute. Nach unseren Mietverträgen haben ja die Mieter so gut wie keine Rechte und können die Hauswirte für die Schäden in den Kellern usw. nicht verantwortlich machen.

Stadt. Rosenow bittet, den Geschädigten der Greifswalder Straße den Willigkeitsanspruch zuzugestehen und wenigstens den Antrag in einem Ausschuss zu beraten.

Stadt. Max Schulz: „Gewarnt“ müßte in erster Linie die Tiefbauverwaltung gewesen sein, denn Ueberschwemmungen in dieser Gegend sind Jahr für Jahr an der Tagesordnung gewesen. Der Antrag geht an einen Ausschuss.

Das Ordsstatut zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung soll einige Abänderungen und Erweiterungen erfahren. Insbesondere soll der Schutz des Ordsstatuts auf das sogenannte Tiergartenviertel, begrenzt von Landwehrkanal, Potsdamer-, Königgräber-, Lenné-, Tiergarten-, Stülerstraße und Lichtentalallee, ausgedehnt werden.

Stadt. Stapf (N. L.) beantragt Ausschussberatung. In der Vorlage sei nur eine ganz unzulängliche Begründung gegeben.

Stadt. Ladowitz (N. L.) schließt sich dem an.

Stadt. Dupont (Soz.): Wir sind mit Ausschussberatung einverstanden. Man muß sehr betrauert sein, daß die Regierung uns in Berlin auf diesem Gebiete entgegenarbeitet. Die Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, auf dem Potsdamer Platz, vor dem Potsdamer Bahnhof eine Verschandelung vorzunehmen; durch ein neues Café, welches dort wegen der Nähe von Piccadilly gewiß nicht so notwendig ist. Dieses Projekt ist schon so weit gediehen, daß wir kaum noch etwas dagegen tun können. Es muß aber der Regierung von dieser Stelle gesagt werden, daß sie uns entgegenwirkt, und zwar aus reinem Selbstinteresse. Der Grundsatz „non olet“ sollte doch nicht allzu deutlich hier in den Vordergrund geschoben werden. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von zehn Personen, der sofort vom Vorstande ernannt wird und dem auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Arons, Dupont und Ewald angehören.

Die Vergabe der Bestellung von Kienwagen soll auch für die Zeit vom 1. April 1913 auf 3 Jahre an den Unternehmer Niehoff, Greifswalder Str. 200, erfolgen.

Stadt. Brückner (Soz.): Wir beantragen Ausschussberatung, weil noch verschiedene Fragen der Klärung bedürfen. Grundätzlich sollten nach unserer Ansicht solche Dinge in städtische Verwaltung genommen werden. Bis 1903 hatten wir 12 Kienwagen laufen, von 1913 ab sollen es 23 werden; das bedeutet eine Vermehrung auf nahezu die doppelte Zahl. 1903 wurden 2080 M. pro Wagen gezahlt, jetzt werden 2550 M. gefordert. Wenn wir diese Höhe auch nicht bemängeln, so fehlt doch eine Angabe, wieweit der Fuhrherr gehalten sein soll, die in dem Gewerbe üblichen Löhne entsprechend einem früheren Beschluß der Versammlung an die Kutscher zu zahlen. Ja dem Vertrage von 1910 ist die Rede von einem Lohn von 18 M. Jetzt wird lediglich auf diesen Betrag Bezug genommen. Ein solcher Lohn ist aber doch wahrlich nicht zum Leben ausreißend. Wir sind es der Würde der Stadt schuldig, hier Remedur zu schaffen. Die Arbeitszeit der Kutscher beginnt morgens 8 Uhr; die Kutscher müssen also sehr früh aufstehen, anspannen, abfahren. (Auf: „Die armen Kutscher!“) Jawohl, und ist es nicht egal, wie die Kutscher entlohnt werden und wie ihre Arbeitszeit ist. Wir machen ja immer wieder die Erfahrung, wie wenig Ihr Interesse wachgehalten wird, wenn es sich um Arbeiter handelt. (Lärm und Zustimmung.) Was ich gesagt habe, entspricht den Tatsachen. Nachmittags 1/2 Uhr müssen die Kutscher wieder auf dem Rathausplatz sein, um Kien abzufahren; sie sind bis 1/2 Uhr und noch später unterwegs; wie lange ist also die Arbeitszeit?

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: „Sehe nobell! Wollen wir uns merken!“)

Die Vorlage wird angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen von untergeordnetem Interesse schließt die öffentliche Sitzung 10 Uhr.

Soziales.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

Der gestern abend erschienene „Reichsanzeiger“ macht darauf aufmerksam, daß das Versicherungsgesetz für Angestellte am 1. Januar 1913 in Kraft tritt und daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Beiträge für sich und ihre Angestellten an die Reichsversicherungsanstalt zur Vermeidung von Strafe zu zahlen. Gleichzeitig veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ nachstehendes

Merksblatt der Reichsversicherungsanstalt,

das alle Einzelheiten für die Entrichtung der Beiträge zur Angestelltenversicherung enthält:

1. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Beiträge für sich und seine Angestellten an die Reichsversicherungsanstalt zu zahlen (§§ 176, 177 des Gesetzes). Zuwiderhandlungen sind mit Strafe bedroht (§ 340 a. a. O.).

2. Der Arbeitgeber hat bei der ersten Beitragszahlung — erstmalig alsbald nach Ablauf des Monats Januar 1913 — eine Nachweisung (§ 181 a. a. O.) über seine versicherungspflichtigen Angestellten und die fälligen Beiträge aufzustellen und vorher oder bei der Einzahlung der Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm, einzufenden. Hierzu sind die Vordrucke bei der Ausgabe der Angestelltenversicherung seines Sitzes zu entnehmen. Bis zu 20 Angestellten dient der einseitige Vordruck. Bei mehr als 20 Angestellten kommen mehrere einseitige Vordrucke oder Einlagevordrucke, die gleichfalls von der Ausgabe stelle abgehoben werden, zur Verwendung. In die Nachweisung sind die Angestellten in der Reihenfolge der Gehaltsklassen, mit der Klasse A beginnend, einzutragen.

3. Beschäftigte mehrere Arbeitgeber den Versicherten während des Monats (§ 177 a. a. O.), so können an Stelle der Nachweisung (Nr. 2) Postkartenvordrucke benutzt werden, die gleichfalls von der Ausgabe stelle abgehoben werden.

4. Statt der Verwendung von Marken hat die Reichsversicherungsanstalt mit Zustimmung des Reichskanzlers den Postcheckverkehr für die Beitragszahlung für den Fall des § 176 zugelassen, für den Fall des § 177 vorgeschrieben (siehe auch weiter unten Nr. 8). Hiernach sind die aus den Nachweisungen zu 2 und 3 sich ergebenden Beitragssummen bis zum 15. des auf den Monat, für den die Beiträge zu zahlen sind, folgenden Monats dem Konto der Reichsver-

sicherungsanstalt bei dem Postcheckamt in Berlin zu überweisen. Hierfür sind besondere Zahlkarten und Ueberweisungformulare eingeführt, die der Arbeitgeber bei seiner Postanstalt erhält und zweckmäßig frühzeitig abhebt. Die Erklärungen zur Ausfüllung und Benutzung sind auf der Rückseite der Formulare angegeben. Auf der Rückseite der Abschnitte findet man eine Kontrollübersicht, die zur Nachprüfung der Beitragssumme dient und auszufüllen ist.

5. Für Lehrer und Erzieher aller Art, die bei mehreren Pädagogen während eines Monats tätig sind, können die fälligen Beiträge nach vorheriger Anzeige an die Reichsversicherungsanstalt vierteljährlich eingezahlt werden. In diesem Falle müssen die Postkartenvordrucke (Nr. 3) benutzt werden.

6. Bei der zweiten und den folgenden Beitragszahlungen müssen die Veränderungen angegeben werden, welche die Abweichung gegen die vorherige Beitragssumme klarstellen. Veränderungen sind dann gegeben, wenn Angestellte

- a) aus dem Dienste ausscheiden (Abgang);
- b) in den Dienst neu eingestellt werden (Zugang);
- c) Gehaltsänderungen erfahren, die den Angestellten in eine andere Gehaltsklasse bringen.

In den Fällen der Nr. 3 sind Veränderungsanzeigen einzufenden:

- a) bei monatlicher Beitragszahlung, wenn es sich um den Wechsel in der Person des Angestellten handelt;
- b) bei vierteljährlichen Beitragszahlungen (für Lehrer und Erzieher) nach Ablauf des Kalenderjahres vor oder bei Einzahlung der Beiträge, wenn in einem Kalendermonat des Vierteljahres ein Wechsel in der Person des Angestellten oder eine Veränderung in dem gezahlten Entgelte eintritt.

7. Zu den Veränderungsanzeigen sind dieselben Vordrucke wie für die ersten Meldungen zu verwenden. Die Veränderungen sind nach der Einteilung zu Nr. 6 unter a (Zugang), b (Abgang) und c (Gehaltsänderung) gesondert aufzuführen. Sind keine Veränderungen eingetreten, so ist dieses durch Verächtigung des auf den Postcheckformularen unter der Kontrollübersicht (Nr. 4) vorgesehenen Textes zu vermerken. Die Veränderungsanzeigen sind vor der nächsten Beitragszahlung, spätestens gleichzeitig mit ihr, an die Reichsversicherungsanstalt abzusenden.

8. Die Einzahlung der Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt hat der Arbeitgeber in der Versicherungslarie durch Eintrogung des Beitrags und Beischrift seines Namens oder seiner Firma handschriftlich oder durch Stempel zu vermerken. Arbeitgeber, die bei ständig beschäftigten Angestellten (§ 176) Marken benutzen wollen, können diese nach vorheriger Einzahlung der fälligen Beiträge, tunlichst auf das Postcheckkonto (Nr. 4) von der Reichsversicherungsanstalt beziehen.

9. Arbeitgeber, die Angestellte in mehreren Betrieben (Filialen) an demselben oder verschiedenen Orten beschäftigen, können die Beiträge von dem Hauptbetrieb aus zahlen; sie müssen alsdann für jeden Betrieb eine besondere Nachweisung (§ 181 a. a. O., § Nr. 2) an die Reichsversicherungsanstalt einreichen.

Posteinstellentin Frau Dr. Schapiro

in Mainz, die bislang nur provisorisch tätig war, wurde am Mittwoch in geheimer Sitzung von der Stadtverordnetenversammlung mit Rückwirkung vom 1. April 1910 ab definitiv angestellt. Das Gehalt bewegt sich von 2400 bis 3600 M. jährlich; außerdem erhält sie freie Wohnung in dem von ihr gemieteten Asyl für Mädchen. Die Anstellung wurde mit allen Stimmen der Bürgermeisterei und Stadtverordneten gegen die des ultramontanen Stadtverordneten Prof. Uebel beschlossen. Die Wirkfamkeit der Frau Dr. Schapiro, gegen die bekanntlich von gewisser Seite die Heße wegen ihrer Eingriffe in die Domänen der besseren Weltweit erfolgte, wurde jetzt von allen Seiten in warmen Worten anerkannt. Der Zentrums-Stadtverordnete Uebel wurde schließlich von seinen eigenen Parteigenossen in scharfen Worten desaboliert.

Gerichts-Zeitung.

Ein „Studentenul“.

Das Betragen von drei Studenten lag einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Brestel das Schöffengericht Berlin-Mitte beschuldigte. Angeklagt waren die Studenten Alfred Cohen, Arminius Schüring und Walter Vermeiren.

Die drei Angeklagten saßen in der Nacht zum 11. September dieses Jahres in dem „Abeinischen Wingerhaus“ in der Friedrichstraße. Der genossene Wein und die sonderbaren Kapriolen des dort auftretenden Kapellmeisters „Wiser Wesshugge“ erzeugten ansehend in den drei jungen Leuten eine gewisse Radaustrimmung. Als sich der Angeklagte Schüring von einem am Nebentische sitzenden Herrn „fiziert“ glaubte, begannen alle drei diesen „anzuulien“, indem sie mehrmals „Juden raus!“ riefen. Da sie diese Rufe fortsetzten, wurden sie schließlich von dem Geschäftsführer aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Wie die Angeklagten vor Gericht behaupteten, wären sie von Angestellten des Lokals in rückwärtsloster Weise am Stragen gepackt und gewaltfam hinausgeworfen. Erst als man Miene machte, sie die Treppe hinunterzuwerfen, hätten sie „Abwehrbewegungen“ gemacht. Die als Zeugen vernommenen Angestellten bestritten jedoch, daß die Angeklagten sich sehr übel benommen und auf der Treppe mit einem Regenschirm und den Häften ohne weiteres auf sie eingeschlagen hätten, so daß sie mehrfach Verletzungen davontrugen. — Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von je 150 M., während der Verteidiger als strafmildernden Umstand auf die in dem fraglichen Lokal allgemeine herrschende Radaustrimmung hinwies, von der die unbescholtenen und aus guter Familie stammenden Angeklagten offenbar angesteckt worden waren. Das Urteil lautete gegen Cohen auf 25 M. Geldstrafe und gegen Schüring und Vermeiren auf 15 bzw. 10 M. Geldstrafe.

Wie hart hätte die Strafe gelaute, wenn die Angeklagten Arbeiter gewesen wären?

„Affe“, „Rindvieh“ keine Schimpfworte.

Werkwürdige Ansichten über Dienstbotenthere scheinen manche oberbayerischen Richter zu haben. Eine Dienstmagd, die sich einem Bauern in Petershausen bis Lichtmeß 1913 verpflichtet hatte, verließ schon im März d. J. nach vorausgegangener Kündigung den Dienst, weil der Bauer sie wegen angeblich zu langsamem Arbeiten mit Ausdrücken wie „Affe“, „Schlitten“, „Schlampen“, „Aff“ und „Rindvieh“ belegt hatte. Der Bauer aber erstattete Strafanzeige gegen sie wegen Dienstverlaufs. Vor Gericht stritt der Bauer die ärgsten Schimpfworte ab mit der klaffigen Begründung, er glaube diese Ausdrücke schon deshalb nicht gebraucht zu haben, weil seine Frau damals vor der Entbindung stand und er die Dienstboten zur Erntearbeit notwendig brauchte. Womit der Wiedere zugibt, daß er zu anderer Zeit sich derartiger Umgangformen gegenüber seinen Dienstboten wohl für fähig halte!

Das Schöffengericht Dachau verurteilte tatsächlich das Mädchen wegen Dienstverlaufs zu vier Tagen Haft! Und das mit der sonderbaren Begründung, die Angeklagte habe seinen genügenden Grund zum Verlassen des Dienstes, denn Schimpfworte wie „Affe“, „Rindvieh“ seien bei den Bauern nicht ins Gewicht. Solche Ausdrücke seien auf dem Lande „üblich“.

Die Berufung der Angeklagten beim Landgericht München II hatte den Erfolg, daß nur auf eine Geldstrafe von 3 Mark erkannt wurde.

Der Zentrumsjurist Berno hat einmal im Landtag den Satz aufgestellt, daß Dienstboten ein weniger ausgeprägtes Ehrgefühl haben als Dienstherrschaften. Dieser christliche Grundgedanke scheint auch in Dachau zu herrschen. Aber nimmt man dort etwa an, daß Rindvieh im Preise gestiegen sind, könne der Vergleich mit einem Rindvieh keine Beleidigung sein?

(Siehe auch 1. Beilage).

Aus der Frauenbewegung.

Eine konservative Stimme gegen den Anti-Bund.

In einer längeren Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“ wurde vor einiger Zeit darüber geäußert, daß der „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ endlich entstanden, daß der deutschen Frauenbewegung endlich von dem rechten Mann, vom Professor Sigismund-Weimar, ein kräftiges: „Halt!“ entgegenkäme. Unter anderem heißt es in dieser Jubelouvertüre: „Konservative Vereine haben Herrn Professor Sigismund und den Führer der christlich-nationalen Gruppen zu Vorträgen eingeladen... Es hätte sich auch bereits gezeigt, daß sich nicht nur national-liberale, sondern sogar freisinnige Stimmen für die junge Gegenbewegung erheben...“

Daß sich auch freisinnige Stimmen in diesem Jubelchor befinden, bezweifeln wir nach der Mannheimer Tagung der fortschrittlichen Volkspartei keinen Augenblick. Aber mit besonderem Vergnügen möchten wir an dieser Stelle konstatieren, daß die Konservativen auf dem Gebiet der Frauenbewegung doch schon etwas weiter zu sein scheinen, wenigstens schreibt „Das Neue Deutschland, Zeitschrift für konservativen Fortschritt“, über die Tagung des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation: „Wir haben

wohl zum Ausdruck gebracht, daß wir Antidote der Frauenbewegung nicht gutheißen, deshalb aber überhaupt der Frauenbewegung jede Berechtigung abzusprechen, ist politisch so verfehlt wie möglich. Das aber tut jetzt der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation, der anfangs wesentlich besser operierte. Was er in seiner Hauptversammlung geleistet hat, war so ungefähr in konservativem Sinne das Unflügste, was sich denken läßt. Denn indem man eine derartige Verständnislosigkeit der Frauenbewegung gegenüber bezeugt, treibt man ja geradezu die Frau zum Radikalismus. Das schlimmste leistete in dieser Beziehung Graf Reventlow, der die Frauenbewegung eine interessante Bewegung nannte, die in jeder Hinsicht mit der Sozialdemokratie zusammenhänge. Wenn Teile der Frauenbewegung auf nationalem Boden zu stehen glaubten, so sei das ein Trugschluß. Er vertuschelt hierbei beständig die uns genügend bekannten todbenenden Weibergestalten mit jenen Frauen, die nichts anderes wollen als Verächtlichmachung der bößig veränderten Stellung der Frauen in der modernen Wirtschaft. Was hilft es denn, in Beschlagen und Anklagen darüber auszubrechen, daß die Frau heute ins Leben hinausgetreten ist, was hilft es, daß man ihr vorhält, sie gehöre ins Haus, wenn der moderne Kapitalismus die gewerbliche Tätigkeit, die die Frauen innerhalb des Hauses ausüben, heute zum großen Teil an sich gerissen und

so die Frau aus dem Hause gewissermaßen hat? Das ist kein Sozialist, der sich damit begnügt, hier die Hände zu ringen und leere Vorhaltungen zu machen. Ueber das Wirtschaftliche hinaus aber vermessen wir bei diesem ganzen Bunde das ernste Verständnis für eine Bewegung, die doch nicht nur keine Kräfte der Frauen oder Proletarierinnen ergriffen hat, sondern die wie ein Sturmwind durch einen großen Teil der deutschen Weiblichkeit hindurchgeht. Dieses Verständnis für etwas Tiefbegründetes sollte man gerade von einem konservativen Politiker verlangen.“ Diese konservative Stimme könnte doch vielleicht einen kleinen Rißton in die Jubelouvertüre der „Deutschen Tageszeitung“ bringen.

Gegründet 1881 **Goldwaren! Uhren!**
 Große Auswahl von Festgeschenken!
 Spezialität: Trauringe!
 Während des Weihnachtsverkaufs: 5% Rabatt!
Heinrich Delfs, Bellealliance-Str. 5,
 Ecke Teltower Straße, Berlin SW. 61. Telephone-Amt: Kurfürst 8143.

Leineweber

Berlin C.

Rohstraße 34

Köllnischer Fischmarkt 4-5-6

Fischerstraße 1

Für jede Körperform passend!

Anzüge • Ulster • Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mk.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mk.

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt • Große Auswahl • Vorzügliche Paßform



Grosser Weihnachts-Verkauf

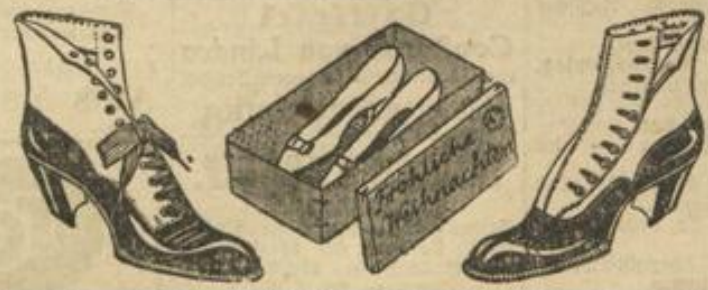
Geschenke für Damen
 Mode-Schnürschuhe, Derby, Lackkappe 5,90
 Kalbled, unerreicht 6,90
 Condor-Pumps, Kalbled, für Salon und Strasse... 5,90
 Weiss Leder 3,75
 Kalbled-Spange, für die Tanzstunde 5,00

Unvergleichlich billige Preise

Grösste Auswahl

Neueste Modelle

Geschenke für Damen
 Schnürstiefel, mit und ohne Lackkappe, 750 unerreichte Preisliste ...
 Mode-Schnürstiefel, echt Chevreu und Boxcell, mit und ohne Lackkappe, unsere unübertroffenen Preislisten 10,50, 8,50



Condor-Schuhe in eleganten Präsentkartons für den Weihnachtstisch!

Geschenke für Herren:

Schnür- und Zugstiefel
 Vorzügliche Qualitäten 750
Mode-Schnürstiefel
 Boxcell und Ross-Chevreu. Unerreichte Preisliste 850
Unser Original-Goodyear-Welt-Fabrikat
 Chevreu, Boxcell, Chromlack. Feinste Ausführung. Populäre Preisliste 1250

Kamelhaarschuhe — beliebteste Geschenke!

Schnallenstiefel 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47
 Fils- und Ledersohlen 135 160 190 245 285
 Neuheit! Kamelhaarschuhe und -stiefel nach Professor Dr. Jäger. Keine kalten Füsse mehr!
Kamelhaarstoff-Schuhe Für Damen Für Herren
 Fils- u. Ledersohle. Unerreicht billig 95 Pf. 125
 Für empfindliche Füsse: 2 Schnallenstiefel mollig u. warm
 Echt Chromleder mit Absatz. Für Haus und Strasse Für Herren 850 Für Damen 690

Geschenke für Knaben und Mädchen:

Schnür- und Knopfstiefel
 Wildleder Konkurrentenl. 25-26 245 27-30 295 31-35 345
 Feines Chromleder, Derbyschnitt, Lackkappe, modern-brette Formen
 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38
 425 475 525 575 625 725
 Echt Boxleder, durchgehende Randsohle
 430 460 490 530 570 670

Conrad Tack & Cie. A.-G.
 Schuhwarenfabrik Burg bei Magdeburg

130 Verkaufsstellen im Deutschen Reiche, davon in Berlin und Umgegend:

- C. Spittelmarkt 15
- C. Rosenhaller Strasse 14
- W. Potsdamer Strasse 50
- W. Schillerstrasse 16
- NW. Turmstrasse 41
- NW. Willenacker Strasse 22
- NW. Deusselstrasse 29
- N. Friedrichstrasse 127
- N. Müllerstrasse 3
- N. Reinholdendorfer Strasse 23
- N. Brunnenstrasse nur 37
- N. Dantiger Strasse 1
- O. Androssstrasse 50
- O. Frankfurter Allee 125
- SO. Oranienstrasse 2a
- SO. Oranienstrasse 52
- SO. Wrangelstrasse 49
- SW. Friedrichstrasse 240-241
- Charlottenburg
- Wilmersdorfer Str. 122-125
- Neukölln: Bergstrasse 30-31
- Potsdam: Drandener Str. 54



Billige Angebote

haltbarer, bewährter und gutleitender

Berufs-Kleidung

| | | | | | |
|------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-----------------|------|------|
| Manchester-Anzüge Joppe | 11.90 | Weste | 3.60 | Hose | 6.75 |
| Marke Gambinus. Strapazierfest. Warm gefüttert. | | | | | |
| Herkules-Leder-Hosen | Allein-Verkauf. Gestreift oder einfarbig. Kernig und stark. | | 4.50 | | |
| Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen M. | | | | | |
| Weißer Keilner-Jackette | Vorsüßlich in Wäsche | | M. 3.65 u. 2.50 | | |
| Pa blaue Monteur-Jackette | Körper od. Dreif. lalt- u. wasch-echt Extra lang. Gestalt. gesch. Taschen-Verriegelung . . . M | | | | |
| Setzer-Kittel | 3.10 | 2.50 | Maler-Kittel | 2.90 | 2.00 |

Berufs-Kleidung
für alle Zweige der Gewerbe und Industrie

BaerSohn

Berlin — Gegründet 1891
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Schutz-Kleidung
für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeil. Vorschriften

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

Vorwärts-Bibliothek

Der Prinzipienreiter
Eine Erzählung aus dem Jahre 1840
Von Wilhelm Bloß
Preis gut gebunden 1 M.

Der neue Band.

35 **Verkauf nur im Fabrikgebäude!** 35

Möbel

Sie sparen Geld!

direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III. 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterel. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 **Permanente Musterzimmer-Ausstellung.** 35

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 6. Dez. 1912

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Sinfonie-Konzert.
Kgl. Schauspielhaus. Ein Waffengang.
Deutsches. Faust. 1. Teil.
Kefina. Sommer.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Rufs Watterhorn.
Kammerstücke. Mein Freund Teddy.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Deutsches Opernhaus. Jar und Zimmermann.
Schiller O. Hedda Gabler.
Schiller, Charlottenburg. Heimjungen.
Berliner. Filmzunder.
Kleines. Professor Bernhardt.
Reichens. Prinzenerziehung.
Komödienhaus. Die Generaldele.
Deutsches Schauspielhaus. Kameraden.
Thalia. Autolleben.
Trianon. Die Erste — Die Beste.
Kurfürsten-Oper. Der Aufreißer.
Montis Operetten. Der Frauenkaiser.
Neues Opern (Kroß). Ruffisches Ballett.
Lustspielhaus. Graf Sipi.
Theater am Rollendorfsplatz. Orpheus in der Unterwelt.
Lutten. Raffles.
Rosa. Die goldene Eva.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Das Scheidungs-Souper.
Groß-Berlin. So bummeln wir. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Bosco.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Strigi.
Folies Caprice. In Sachen Kassenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.
Walhalla. Goldener Lichtsinn.
Casino. Am grünen Strand der Spree.

Anfang 9 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Michael Kramer.

Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Summertenale: **Heimjungen**
Sonnabend, nachmittags 3.10 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn. — Die Medaille.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimjungen.

Deutsches Schauspielhaus
Abends 8 Uhr: **Kameraden.**

Theater am Rollendorfsplatz 5.
Abends 8 Uhr:
Orpheus in der Unterwelt.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:
Schneewittchen.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel
Constanze von Linden
vom Théâtre Royal du Parc in Brüssel:
Prinzenerziehung.

Luisen-Theater.
Freitag: **Raffles.**
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Kinder-vorst.: **Goldener, das Sonntagskind.**
Abends 8 Uhr: **Raffles.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Abends 8 Uhr: **Raffles.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Die goldene Eva.**
Sonnab. 4 Uhr: **Die geliebte Kater.**
8 Uhr: **Die Tanten der oberen Rebanaufer.**

WINTERGARTEN
Sahary-Djeli
Der zerbrochene Spiegel.
Burleske v. Camillo u. K. Schwarz.
Lipinskyns
40 Komödienhunde 40
Gastspiel
Max Linder
der weltberühmte Film-Schauspieler in seinem Sketch:
Hänerangenoperateur aus Liebe
(Péroux par amour).
Max, der Liebhaber . . . Max Linder
sowie die sensationellen
Dezember-Attraktionen.

Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.
Sonnabend, den 14. Dezember 1912, in den „Germania-Prachthäfen“, Chausseest. 110:

Wander- u. Weihnachts-Abend.

I. **Märkische Wanderungen.**
II. **Märkische Landschaftspoesie** in künstlerischen Farbentafeln, begleitet von Rezitationen aus märkischen Dichtungen und Musik.
III. **Märchenerzählungen** mit Lichtbildern (nach Meisterbildern) und Musik.
Circa 100 Lichtbilder in natürlichen Farben.
Vortrag, Lichtbilder, literarisches und musikalisches Arrangement von O. Bolle.

Nach den Vorträgen: **Geselliges Beisammensein u. Tanz.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Beginn 8 1/2 Uhr. 1/12* Eintritt 30 Pf.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!

TGB
THEATER GROSS-BERLIN
am Zoo.
Täglich 8 Uhr:
So bummeln wir!
Bunte Bilder mit Gesang und Tanz v. Gustav Kadelburg, Leo Leipziger und Jean Gilbert mit Fritz Massary, Max Pallenberg, Karl Bachmann.
Vorher:
Die neuen Variété-Attraktionen.
In allen Räumen des Theaters gestattet.
Der Vorverkauf findet statt an der Theaterkasse 10-2 Uhr, im Warenhaus Tietz und im Invalidendank.
Keine Vorverkaufgebühren.

Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund.
Musik v. Rud. Weßon. Länge arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz.
Abends 8 Uhr: **Rauschen geflattert.**

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
8 für Berlin neue Debüts.
Stürmischer Lacherfolg!
9 Uhr: **Berlins neueste Sensation!**
Dario Pains
Das Wunder hypnotischer Kartenkunst.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bei Vater'n“
Weihnachtsbild von Maysel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
O Tanne-boom.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 62. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthausorchester, Dir. F. v. Blon, Komponist.
Musik: 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig. Oberm. Baars.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:
Großes Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Freitag, 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Parade-Vorstellung
mit dem Riesenspektakelprogramm
Schulzfeld u. Ballerina, geritten von Herrn Alb. Carré.
?? Signor Maximo ??
Das größte kubanische Wunder.
U. a.: **The 5 Lloyds**
Wild-West-Akt.
Tommy u. Boy: Die Wunderhären.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
Sonntag, den 8. Dezember in beiden Vorstellungen ohne Kürzung:
Der unsichtbare Mensch.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Wohltätigkeits-Vorstellung
z. Besten d. 12. Kreiskommissariats des Nationaldanks für Veteranen.
U. a.:
Der sprechende Kater „Peter“ vorgeführt v. seiner Besitzerin Frau Dr. Thea Sutoris.
Zum Schluss:
die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“
in 6 glänzenden Akten.

Herrnfeld Theater
Beispielloser Lacherfolg!
Die Alpenbrüder.
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Hierzu:
Das Scheidungs-Souper.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Folies Caprice.
Heute Freitag, d. 6. Dezember:
Premiere.
In Sachen Kassenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.
Gute Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1. Räumle v. Sahm. Jannowitzstraße
Täglich außer dem großen Spezialitäten-Teil:
Fesche Mädels.
Gesangs-Burleske in 1 Akt.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Freitag, den 6. Dezember:
Krone und Fessel.
Willkür-Ausf. Kom. in 4 Akten von E. S. Laß.

Passage-Theater.
Unter den Linden 22-23
Lichtspiele.
Diese Woche u. a. Menschen unter Menschen. Groß Drama nach Viktor Hugo.
Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Casino-Theater
Schubring Str. 57. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse
„Am grünen Strand der Spree“.
Sonntag 4 Uhr: **Papas Seiten-brung.**

Passage-Panoptikum
50 WILDE IGORROTEN FRAUEN.
Männer, Kinder, Leben u. Treiben in dem eigens aufgebauten **IGORROTEN-Dorfe.**
Ohne **Extra-Entree.**
Lebend!

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Erste — Die Beste!

Admiralpalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eispalast.
Einzig in der Welt mit seinem prunkvollem Eisballetts.
Allabendlich das sensationelle **Eisballett „Yvonne“.**
100 Mitwirk. Fabelh. Ausstattung.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Rang:
Wein- und Bier-Abteilung.

Für den Inhalt der Juxerze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Reinhold. Den Teilnehmern des Kurses „Reiseübungen“ zur Kenntnis, daß die nächste Stunde am Montag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal von Bartsch stattfindet.

Der Bildungsausschuss. Lichterfelde. Heute Freitag, abends 7 Uhr, in allen Bezirken: Handzettelverbreitung zu der am Sonntag, den 8. Dezember, mittags 12 Uhr, bei Ernst Richter, Chausseest. 104, stattfindenden Volksversammlung.

Zehlendorf. Sonntag, den 8. Dezember, findet bei Nied, Karlstraße 12, die Ausstellung vordbildlicher Jugendschriften und künstlerischen Bandschmuckes statt. Eröffnung 2 Uhr. Um 4 Uhr Vortrag des Genossen Dr. Kauerer: „Die künstlerische Kultur des 20. Jahrhunderts und die Arbeiterkassen.“ Wir erwarten die rege Beteiligung der Parteigenossen.

Petershagen, Frederdsdorf, Vogelssdorf. Sonntag, den 8. Dezember: Kalenderverbreitung. Das Material ist abzugeben in Petershagen bei A. Claus, Bruchmühlener Straße, in Frederdsdorf bei Karl Müller, Hauptstraße. Um rege Beteiligung wird eruch.

Dabendorfer bei Jossen. Am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 8 Uhr, findet im Gasthof Wichmann (Deutscher Kaiser) eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Krieg dem Kriege. 2. Diskussion. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. Genossen! Sorgt für recht regen Besuch der Versammlung.

Lichtertrade. Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Wirtshaus Lichtertrade am Bahnhof. Gleichzeitig weisen wir auf die für den 14. Dezember vorgesehene Veranstaltung des Bildungsausschusses hin.

Mühlenbeck, Bezirk Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zur Sonne (Zuh. A. Gärlich): Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Krieg dem Kriege.“ Referent: Genosse Heyschold-Berlin. 2. Welche Vorteile erwachsen der Einwohnerschaft von Mühlenbeck, wenn Mühlenbeck Amtsbezirk wird? Referent: Gemeindevorsteher Genosse Gärlich-Mühlenbeck.

Die Ortschaften Blankenfelde, Schildow, Summt und Schönfließ sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Ueber den bekannten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages mit den Arbeitern und Angestellten der Stadt fordert, wurde bereits gestern wieder verhandelt, obwohl der zur Vorbereitung eingeleitete Ausschuss seine Arbeit noch nicht beendet hat. Dabei kam es zwischen unseren Genossen und der freisinnigen Mehrheit samt dem Magistrat zu Auseinandersetzungen darüber, ob der Magistrat sich von dem Ausschuss des Gewerbegerichts belehren zu lassen braucht. Der Stadtverordnetenausschuss hatte sich verweigert, weil er für nötig hielt, daß zunächst von anderen Stadtverwaltungen Informationen über die von ihnen abgeschlossenen kollektiven Arbeitsverträge eingeholt würden, auch der Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts um ein Gutachten über diese Frage ersucht werde und schließlich die Fertigstellung des neuen Regulativs für die Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe Berlins abgewartet werde. Das war dann dem Magistrat ein Anlaß, der Stadtverordnetenversammlung das inzwischen fertig gewordene Regulativ zur Kenntnisnahme vorzulegen und etwas allzu eilig ihr gleichzeitig mitzuteilen, daß er zwar die Informationen aus anderen Städten beschaffen wolle, aber ein Gutachten des Gewerbegerichtsausschusses nicht für nötig halte, weil die Gemeindeverwaltung selber die Frage beurteilen könne. Unsere Genossen beantragten, auch dies solle die Versammlung den Magistrat ersuchen, das vom Ausschuss für nötig gehaltene Gutachten des Gewerbegerichts einzuholen. Genosse Sassenbach führte aus, daß der Gewerbegerichtsausschuss eine in dieser Frage zweifellos sachverständige Körperschaft ist. Ihr Rat könne auch dem Magistrat nützlich sein, wenn dieser sich auch seine Entscheidung vorbehalten werde. Das neue Regulativ für die Arbeiterausschüsse begrüßte unser Redner als einen erfreulichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen. Für den Magistrat erklärte Stadtrat Fischbeck, bezüglich öffentlicher Betriebe könne ein Gutachten des Gewerbegerichtsausschusses nicht als maßgebend angesehen werden. Mehrlich äußerten sich die freisinnigen Redner der Versammlung. Beide Anträge wurden abgelehnt, womit dann die Mehrheit der Stadtverordneten sich gegen ihren Ausschuss und für den einer Belehrung angeblich nicht bedürftigen Magistrat ausgesprochen hatte.

Mehrere kleine Vorlagen führten zu kurzen Debatten. Einer in Berlin bestehenden schwedischen Kirchengemeinde will man einen Kirchenbauplatz, gegen dessen Hergabe Genosse Hoffmann protestierte, freundlich bewilligen, wenn auch nicht an der gewünschten Stelle. Ein Antrag zugunsten der durch einen Gewitterregen geschädigten Anwohner der Greifswalder Straße, den der Stadtverordnete Max Schulz empfahl und der Stadtrat Krause bekämpfte, wurde auch von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt. Genosse Meyer hob hervor, daß die Geschädigten meist kleine Leute sind, die der Hilfe bedürfen. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen. In einen Ausschuss geht auch die Vorlage auf Erweiterung des Orisstatuts zum Schutz Berlins gegen Verunstaltung. Hierzu brachte Genosse Duvont zur Sprache, daß der Fiskus den Platz vor dem Potsdamer Bahnhof um des Profits willen durch den Bau eines Cafés verhandeln lassen will. Zu der Vorlage betreffen den Abschluß eines neuen und für die Unternehmer vorteilhafteren Vertrages über die Gestaltung der Aktienwagen für die Stadt beantragte die sozialdemokratische Fraktion gleichfalls Ausschussberatung. Begründend führte Genosse Brüdner aus, daß Aufklärung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter dieses Unternehmers gefordert werden müsse. Aus den Reihen der Freisinnigen kam der höhnende Zuruf: „Die armen Arbeiter!“ Unser Redner stellte fest, daß das Interesse der freisinnigen Mehrheit für Forderungen, die das Wohl der Arbeiter angehen, in der Regel sehr zu wünschen übrig läßt. Das erregte Widerspruch, aber es wurde sofort bestritten. Denn ohne weitere Debatte lehnte die freisinnige Mehrheit die Ausschussberatung ab und nahm die Vorlage an.

Sie bewilligte dem Unternehmer den Vertrag und fragte nicht nach den Löhnen der Arbeiter.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus ist von Sonntag, den 8. bis einschließlich Sonntag, den 15. Dezember, täglich von 3 bis 9 Uhr geöffnet. Die Bücherausstellung befindet sich im Saal 3, die Bilder- und Bilderausstellung, die Ausstellung von Beschäftigungsspielen und die Ausgabestelle der Bücher zur Bekämpfung der Schundliteratur im Ausstellungstraum.

Von Montag, den 9. Dezember, an richtet die Buchhandlung Vorwärts in dem neben dem Saal 3 gelegenen Raume eine Verkaufsstelle für Bücher, Bilder und Beschäftigungsspiele ein. Diese Verkaufsstelle ist täglich von 3 bis 8 Uhr, am Sonnabend, den 14. Dezember, von 3 bis 9 Uhr geöffnet. Am Sonnabend, den 7. Dezember, bleibt die Ausstellung geschlossen.

Fußgänger und Straßenordnung. Die neue Straßenordnung enthält in ihren §§ 101/6 einige Verhaltensmaßnahmen für Fußgänger, so in betreff des Ausweichens, des Stehenbleibens und des Behens in Reihen auf den Bürgersteigen, des Tragens von Stöcken usw. Wie wir hören, wird hierzu noch eine „Bekanntmachung“ erlassen werden, in welcher der Polizeipräsident im Interesse der allgemeinen Sicherheit eine Reihe von „Regeln“ aufstellt. Die Durchführung dieser Sondervorschriften soll von den Verkehrsbeamten streng beachtet werden, und um ihnen einigen Nachdruck zu verleihen, heißt es im § 1: „Wer diesen Weisungen nicht nachkommt, hat gemäß den §§ 5 und 161 der Straßenordnung Bestrafung zu gewärtigen.“ Die „Regeln“ lauten wie folgt: „Die Fußgänger haben sich auf den Bürgersteigen und Fußgängerwegen rechts zu halten und einander nach rechts auszuweichen. Wer auf dem Bürgersteigen oder Fußgängerwegen stehen bleiben will, hat seinen Platz so zu wählen, daß er die Vorübergehenden nicht hindert. Alles unnötige Verweilen auf den für den Fahrzeug-, Reit- und Rollschulverkehr bestimmten Straßenteilen ist unzulässig. Das gilt auch für das Ueberfahren dieser Straßenteile bei dem Uebergang auf die andere Seite der Straße. Der Uebergang soll daher tunlichst auf dem kürzesten Wege, also rechthöckig zum Bürgersteig, geschehen. Es empfiehlt sich, den Straßenteilen nicht an jeder beliebigen Stelle, sondern tunlichst nur an den Straßenecken und Kreuzungen zu überfahren, und zwar am besten im Schutze der sich in derselben Richtung bewegenden Fahrzeuge. An Straßenecken, deren Verkehr durch unmittelbare Weisungen von Polizeibeamten geregelt wird, ist auf jeden Fall für das Ueberfahren des Fahrdammes der Zeitpunkt abzuwarten, zu welchem der Fahrzeugverkehr auf dem betreffenden Straßendamm zum Stehen gebracht ist. Das Ueberfahren des Fahrdammes soll in beschleunigtem Schritt, jedoch ohne hastige Eile geschehen dertari, daß dem Fahrzeugverkehr noch volle Beachtung geschenkt und erforderlichen Falles sofort Halt gemacht werden kann.“

„Was hat Ihnen denn die Kirche getan?“

Die Massenflucht aus der Kirche dauert fort. Den Pastoren ist es durch die Häufung der Kirchenaustritte längst unmöglich gemacht worden, jeden Austrittslustigen vor dem Vollzug der Austrittserklärung persönlich aufzufuchen, um noch einmal auf ihn einzureden. Das ließ sich früher, wo die Kirchenaustritte selten waren, allensfalls durchführen. Heute aber senden die Kirchengemeinden wohl der Mehrzahl derjenigen, die ihre Austrittserklärung dem Amtsgericht gemeldet haben, eine gedruckte Ansprache ins Haus. Und sie hoffen auf Gott, daß er das Wahnwort seine Wirkung tun lassen werde.

Einer, dem man kürzlich so eine Ansprache zugeschickt hat, bittet uns, daran Kritik zu üben. Der „Vorwärts“ hat das schon früher gelegentlich getan, aber es ist vielleicht nützlich, von Zeit zu Zeit immer mal wieder diese gegen die Kirchenaustrittsbewegung gerichtete Agitation der Kirchengemeinden zu beleuchten.

Welches sind die Gründe, die gegen die Loslösung von der Kirche in der gedruckten Ermahnung vorgebracht werden? Der Austrittende verliert allerlei Rechte! Er darf nicht mehr Taufpate spielen, kann sich nicht von einem Pastor trauen lassen, verliert das kirchliche Wahlrecht, darf nicht auf einem kirchlichen Friedhof begraben werden! Soll das alles Männern und Frauen, die innerlich sich längst von der Kirche befreit haben und endlich auch äußerlich den Bruch mit ihr vollziehen wollen, als „Verlust“ gelten? Können sie diese Vorhaltungen, diese Hinweise auf „Rechte“, die ihnen nichts mehr bedeuten, anders als mit lächelndem Kopfschütteln lesen? Reicht nur noch, daß man auch mit der ewigen „Verdammnis“ schredte.

„Was hat Ihnen denn die Kirche getan, daß Sie ihr den Rücken wenden wollen?“ fragt das Wahnwort. Und nun wird der Versuch gemacht, zu beweisen, daß die Kirche nicht nur eine Predigtanstalt sei. Sie sei „bis in die neueste Zeit hinein mit größtem Erfolg bemüht, sozialbefreiend zu wirken und den Staat dahin zu beeinflussen, daß seine Einrichtungen mehr und mehr von diesem Gedanken erfüllt werden.“ Sie hat, wird weiter ausgeführt, „zuerst die Gedanken der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, mag man dagegen reden, was man will, in die Tat umgesetzt, indem sie die Sklaverei beseitigte, der Frau ihre freie Stellung neben dem Manne anwies und zuerst das Recht des Armen, des Kranken, des Krüppels auf Menschenwürde zur Anerkennung brachte.“ Alles, was die Kirche früherer Jahrhunderte getan hat — oder getan haben soll —, wird aufgezählt, um dem Austrittslustigen zu imponieren. Auch daß sie „das ungeheure Kulturwert der deutschen Schöle geschaffen“ habe, fehlt nicht in dieser Liste. Ach ja, man merktis der deutschen Schöle an, wenn wir dieses „Kulturwert“ zu danken haben! Die Kirche habe, lesen wir weiter, bis in die neueste Zeit hinein mit ihren Gedanken die Gesehggebung beeinflusst. Die sozialpolitische Gesehggebung des letzten Vierteljahrhunderts wird und gepriesen als eine Fortsetzung der Arbeit, die die Kirche seit Jahrhunderten getrieben habe. Die „Sozialpolitik“ unseres Klassenstaates und die „Liebeswerke“ unserer Staatskirche, sie sind in der Tat einander wert! Um von dem Austritt aus dieser Kirche abzumohnen, wird für sie der Glorienschein des Urchristentums erborgt. „Achtzehn Jahrhunderte, ehe von anderer Seite das Evangelium der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit angeblich als etwas Neues gepredigt wurde, fing die Predigt dieses Evangeliums an, begann die Lösung der sozialen Frage durch die Kirche.“ Sehr schön gesagt! Aber die Kirche sorgte dann dafür, daß man übers „beginnen“ nicht hinauskam. Der „anderen Seite“ gelten die folgenden Sätze der Ansprache: „Klopfen Sie an den Türen dertar an, die den Austritt aus der Kirche predigen! Geben Sie ihnen Brot, wenn Sie arbeitslos sind! Gewähren Sie ihnen Hilfe in Krankheit! Was hat man für Sie übrig? Worte, die eine schöne Zukunft versprechen, und zuletzt einen Kranz für den toten Genossen, der am Wege des Lebens starb, ohne den sozialen Himmel irdischer Glückseligkeit zu sehen!“ Was hat die Kirche für die Besiglosen übrig? Nicht tatkräftigen Beistand im Kampf um die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Kapitals, sondern

Wetteilspennige nebst Zufriedenheitspredigten und Jenseitsvertröstungen.

Vorwurfsvoll wiederholt die Ansprache: „Was hat Ihnen denn die Kirche getan?“ Daß die Kirche sich im Laufe der Jahrhunderte zu einer Einrichtung entwickelt hat, die von der besitzenden Klasse als Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Klasse benutzt wird, davon schweigt die Ansprache. Nicht sozial befreiend, sondern sozial knechtend hat schließlich die Kirche gewirkt. Die Arbeiterklasse weiß nur zu gut, was „die Kirche ihr getan hat“. Bei Arbeitern und Arbeiterinnen, die zum Austritt aus der Kirche entschlossen sind, werden die Kirchengemeinden mit ihrem Klotzfrei kein Glück haben.

Das Reichsmarineluftschiff „L. L.“ machte am gestrigen Donnerstags, vormittags gegen 9 1/2 Uhr, unter Führung des Kapitänleutnants Mecklenburg einen Aufstieg, bei welchem sich Vizeadmiral v. Büchel und Vizeadmiral Grabow, sowie zahlreiche Marineoffiziere, im ganzen 17 Personen an Bord befanden. „L. L.“ überflog zuerst den Müggelsee und passierte dann Berlin in westlicher Richtung, um bis nach Potsdam zu fliegen. Wie wir erfahren, wird das Reichsmarineluftschiff bis zum 1. Oktober 1914 in Berlin bleiben und dann nach Kiel übergeführt werden, wo bereits in nächster Zeit mit dem Bau einer Riesenhalle, die mindestens zwei Zehntausend Uterkunft gewähren kann, begonnen werden wird.

Fleischermeister und die Stadt Berlin.

Aus dem Rathaus wird geschrieben: Nach Zeitungberichten hat gestern abend eine Versammlung der Fleischerinnung stattgefunden. In dieser Versammlung ist der Berliner Magistrat des unlauteren Wettbewerbs wegen der Einfuhr des russischen Fleisches beschuldigt worden. Insbesondere ist der Vorwurf erhoben worden, daß für das russische Fleisch die von den Berliner Fleischern unterhaltenen Kühlhallen benutzt würden, womit der Magistrat den Berliner Schlächtern mit ihrem eigenen Gelde Konkurrenz mache. Diese Bemerkung könnte zu der Auffassung führen, daß die Kühlhallen von den Reggern errichtet und von ihnen unterhalten würden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Kühlhallen sind vielmehr von der Stadt Berlin errichtet worden und werden an die einzelnen Regger vermietet. Sie werden allerdings jetzt zuweilen für die Aufbewahrung des russischen Fleisches in Anspruch genommen. Das geschieht nur sehr selten und dann nicht auf Kosten der Fleischer. Die Benutzung durch die Stadt erfolgt vielmehr nach Vereinbarung mit den einzelnen Fleischern und diesen wird der verhältnismäßige Mietbetrag dafür erstattet.

In den Bahnhofen Westend und Savignyplatz sind neuerdings die Fahrkartenschalter mit Abholkarten der BZBG (Bahnamtlich zugelassene Berliner Gepäckbeförderung) versehen worden, die auf Wunsch des Interessenten ausgehändigt werden. Annahmestellen, in welchen Schreibelegenheit zur Ausfüllung der bereitgehaltenen Bestellkarten vorhanden ist, und von denen aus die schnelle Weiterbeförderung des Auftrags an die Gesellschaft erfolgt, befinden sich für den Bahnhof Westend im Rigarengeschäft Engel, Spandauerberg 28 und für den Bahnhof Savignyplatz im Restaurant Steink, Savignyplatz, Ecke Knefelerstraße.

Zu der Schreckensstat des Kürschners Koll, über die wir in unserer gestrigen Nummer berichteten, wird uns nachträglich mitgeteilt, daß das Opfer Kolls, der Kürschner Mattern, noch am Leben ist. N. ist zwar schwer verletzt, doch hoffen die Aerzte bestimmt, ihn am Leben erhalten zu können.

Der Ueberfall auf den Geldbrieftäger Hoffmann hat gestern nachmittags keine Aufklärung gefunden. Es ist gelungen, einen der Täter (zweifellos handelt es sich um zwei) festzunehmen und dem Polizeirevier 12 in der Elshoffer Straße einzuliefern. Dieser identifizierte Täter ist identisch mit dem genannten Kellner Rost aus Greifswald, den sein Wirt, der Arbeiter Wolff, absolut nicht kennen wollte. Gestern früh traf eine Ältere Frau in der Auguststraße einen Menschen, der nach der Beschreibung dem flüchtigen Täter ähnlich war und der auch eine Hand verbunden hatte. Die Frau vermutete, daß es sich um den gesuchten Räuber Werner handle und trat an den Schuttmann Sonnenberg heran, dem sie von ihrer Vermutung Kenntnis gab. Als der Schuttmann zur Festnahme des Menschen schreiten wollte, flüchtete dieser, wurde aber eingeholt und nach dem 12. Polizeirevier in der Elshoffer Straße gebracht. Hier gestand er ohne weiteres ein, mit dem gesuchten Attentäter identisch zu sein und Rost zu heißen. Er gestand auch weiter ein, die Tat nicht allein, sondern mit einem Komplizen ausgeführt zu haben. Er wurde nach dem Polizeipräsidium übergeführt und wird im Laufe des Abends vernommen werden. Nach dem Komplizen Rosts wird noch gefahndet. Es ist ein gewisser Freibolz, ein ehemaliger Posthilfsbote, der mit Wolff zusammen in Greifswald bei der Post längere Zeit tätig war. Er erschien gestern bei Bekannten, die ihn auf seine Bitte ein Paar Stiefeln und eine Mütze gaben. Er enternete sich dann und wurde nicht mehr gesehen.

Gram über den Tod ihrer Mutter hat die 85 Jahre alte Putzmaschinen Wina Karthin aus der Perlebergerstraße 30 dazu getrieben, sich durch Erhängen das Leben zu nehmen.

Die 4. Kirchenaustrittsversammlung des Komitees „Konfessionslos“ findet am Dienstag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr in den Pflanzhof Festhallen, Moabit, Turmstr. 25 26 (Ecke Stromstr.) bei freiem Eintritt statt. Reichstagsabgeordneter Ewald Vogtherr spricht über das Thema „Deraus aus der Kirche!“

Ein großer Feuersbrand kam in der letzten Nacht aus noch unbekannter Ursache in der Galvanischen Metall- und Papierfabrik A. G. in der Gerichtstr. 2, Ecke der Kreuzstraße zum Ausbruch. Als die 6. Kompanie an der Brandstelle erschien, stand die sogenannte Abteilung für Korplatten im Dachgeschoss des Duergebäudes auf dem 2. Hofe schon in großer Ausdehnung in Flammen. Der 23. Löschzug hatte längere Zeit mit mehreren Schlauchleitungen tüchtig Wasser zu geben, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Wegen 5 Uhr konnte die Wehr wieder abziehen. Eine Brandwache blieb zurück. Mit der Aufräumung der Brandstelle wurde gestern früh begonnen.

Glückselig machte in der Offenbahnstr. 16 ein Tischlerei-Brand gelöscht werden. Im 4. Stock des Vorderhauses Schützenstr. 17 brannten Kleider usw. in einer Plätterei und in einem Bureau Potsdamer Str. 134 a Allen u. a.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der Sitzung vom Mittwoch, die sich bis nach Mitternacht ausdehnte, gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Stadtrat Cassierer die Erklärung ab, daß bei dem auf Cadwerl II durch Selbstentzündung entstandenen Brand eines Teiles des Kohlenlagers die Feuerwehr nicht habe eingreifen brauchen und daß auch irgendwelche schädlichen Einflüsse auf Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht zu befürchten seien.

Dem Antrage des Magistrats betr. den Anschluß der Luftschiffkaserne und der benachbarten militärischen Institute an die Charlottenburger Kanalisation

stimmte die Versammlung nach Vorberathung durch den Ausschuss zu und sprach gleichzeitig in einer Resolution die Erwartung aus, daß nach vollzogener Umgegendung eine gesunde, lustige, bebauungsvorgeschriebene, ein angemessener Wald-, Wiesen- und Grünflächen verbleibe, endlich auch außer dem Straßengelände reichlicher Raum für Schulen und Kinderplätze unentgeltlich an die Stadt Charlottenburg abgetreten wird.

Weiter genehmigte die Versammlung entsprechend den Anträgen ihrer Ausschüsse die Vorlagen betr. den Neubau einer Gemeindedoppelschule in der Oranienstraße, betr. die Gestaltung des Dernburgplatzes und betr. Nachbewilligungen im Armenetat, lehierte in Verbindung mit einer Resolution, die an den Magistrat das Ersuchen richtet, die Einziehung von Kronenzweigen auch durch Bezirksvorsteher, Armenkommissionen, Vorsteher usw. in Ermägung zu ziehen sowie das bisherige Ausnahmeverfahren in Krankenhäuser beizubehalten.

Endgültig begraben wurde die Vorlage betr. die Errichtung einer Badeanstalt in der Nürnberger Straße. Es handelt sich hierbei bekanntlich um ein Projekt, das rund 5 Millionen Kosten verursacht. Der Ausschuss war nach eingehenden Erwägungen zu dem Schluß gekommen, daß die Vorlage abzulehnen sei, einmal weil die Stadtgemeinde insbesondere durch die Teuerungverhältnisse und durch die Aufgaben des Zweckverbandes in den nächsten Jahren finanziell stark belastet wird, und zweitens, weil jetzt die Möglichkeit besteht, die Badeanstalt in der Krummstraße zu erweitern und eine neue Anstalt im Norden der Stadt zu errichten. Diefem Antrage stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion bei, deren Redner, Genosse Witt, sich energisch für die Errichtung einer Badeanstalt in dem hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Stadtteil jenseits der Spree ins Zeug legte.

Der Bericht des Ausschusses über die Anträge Stadthagen und Genossen betr. Befahren des Spandauer Berges gab unserem Vertreter Gebert Veranlassung, die vom Ausschuss vorgeschlagene Errichtung einer obligatorischen Fahr- und Hochschule warm zu befürworten. Er forderte, daß Charlottenburg hierbei auch selbständig vorgehen möge, ohne Rücksicht auf die übrigen Groß-Berliner Gemeinden.

Eine lebhafteste Debatte entfesselte die Magistratsvorlage betr. Nachtregeln zur Bekämpfung der Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Nachdem über die frühere Magistratsvorlage vom 20. Februar 1911, die u. a. die Zahlung von städtischen Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung vorgesehen hatte, kein Einverständnis zwischen den städtischen Körperschaften erzielt worden war, hat der Magistrat der Versammlung eine neue Vorlage unterbreitet, die zwischen den verschiedenen Anschauungen vermitteln soll. Gerade das Wichtigste, was die erste Vorlage auszeichnete, die Zuschüsse an die Gewerkschaften, fehlt in der neuen Vorlage, die im wesentlichen die Errichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherungskasse bezweckt. Aufnahmefähigkeit soll jeder Arbeiter oder Angestellte ohne Unterschied des Geschlechts sein der seit mindestens sechs Monaten in Charlottenburg wohnt, während der beiden letzten Jahre regelmäßig beschäftigt war und nicht als dauernd arbeitsunfähig befunden wird. Der Beitrag beträgt wöchentlich 25 Pf., die Unterstützung nach einer Wöchentlichen Krankenzahl pro Werktag 1,50 M. auf die Dauer von höchstens 60 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres. Daneben ist der Abschluß einer Gesamtversicherung mit Vereinen oder Arbeitgebern für sämtliche Mitglieder eines bestimmten Personenkreises vorgesehen. Berufsvereinigungen, die ihren Mitgliedern fahrgemäß Tagesgehälter von mindestens 75 Pf. täglich im Falle der Arbeitslosigkeit gewähren, sollen für ihre Mitglieder, soweit sie den übrigen Bedingungen entsprechen, eine Zusatzversicherung gegen Zahlung von wöchentlich 10 Pf. für jedes derartige Mitglied nehmen können.

Die neue Vorlage begegnete bei den Stadtverordneten keiner allzu großen Sympathie. Zwar erklärte sich Stadtv. Dr. K. Holzmann namens der Mehrheit der Liberalen damit einverstanden, aber sein Fraktionskollege, Landtagsabgeordneter Dr. Crüger, bekämpfte sie aufs heftigste. Auch die Sozialdemokraten verhielten sich ablehnend, aber aus anderen Gründen, denn während Dr. Crüger sich besonders gegen jede Unterfütterung der Gewerkschaften wandte, die seiner Meinung nach nichts weiter als sozialdemokratische Gebilde, politische Kampforganismen sind, machte Genosse Richter dem Magistrat gerade das ungenügende Entgegenkommen gegen die Gewerkschaften zum Vorwurf. Wohl erkannte unser Redner den guten Willen des Magistrats an, etwas zu schaffen, aber mit Recht bemerkte er, daß, wenn die Vorbedingungen genommen und der Kopf des Ganzen abgeschnitten sei, nichts Besseres herauskommen könne. Die jetzige Vorlage sei ein in Verweisung übergegangener Reichthum, gegen die sich charakteristischweise nicht nur die freien, sondern auch alle anderen Gewerkschaften wenden. Es handle sich um einen Versuch mit unzulässigen Mitteln, um eine Versicherung, die in der Praxis gar keine Bedeutung hat, denn wer das Glück hat, jährlich 48 Wochen Arbeit zu finden, werde gern auf die Unterstützung verzichten. Diejenigen aber, denen die Unterstützung am meisten not war, wolle man davon ausschließen.

Nachdem Stadtv. Dr. Stadthagen den ablehnenden Standpunkt der Inpolitischen begründet und Stadtv. Dr. Spiegel die Vorlage verteidigt hatte, rechnete Genosse Borchardt mit den Vorkämpfern ab, die so scharfe und unbegründete Angriffe gegen die Gewerkschaften gerichtet hatten. Auch er kam zu dem Resultat, daß die Vorlage absolut bedeutungslos sei. Trotzdem erklärte er die Bereitwilligkeit seiner Freunde, sie in einem Ausschuss annehmbar zu gestalten.

Da die Mehrheit die Debatte vorzeitig schloß und ohne Ausschlußberatung sofort eine Entscheidung herbeiführen wollte, mochten unsere Genossen von dem ihnen nach der Geschäftsordnung zustehenden Recht Gebrauch, sie verlangten eine zweite Lesung, die aber erst in der nächsten Sitzung erfolgen wird.

Endlich genehmigte die Versammlung noch die Magistratsvorlage, wonach von der Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse und einer Landfrankenkasse für den Stadtkreis Charlottenburg Abstand genommen werden soll, und setzte zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtsyndikus an Stelle des zum Bürgermeister gewählten bisherigen Stadtsyndikus Dr. Raier einen Ausschuss ein. Die Stelle soll ausgeschrieben werden.

In die öffentliche Sitzung schloß sich noch eine mehrstündige geheime Sitzung.

Steglitz.

Eine Mobilmachung, so wird uns geschrieben, erfolgte vorgestern gegen den Verein Arbeiter-Jugendheim; die Vorgänge, die sich dabei ereigneten, entbehren nicht eines gewissen Humors. Der Herr Landrat von Weeslow-Storkow ist, wie bekannt, eifriger Leiter des „Vorwärts“ und so konnte seinem Adlerauge auch eine Notiz nicht entgehen, die die Gründung des Vereins Arbeiter-Jugendheim Steglitz-Friedenau zum Gegenstand hatte. Natürlich bringt ein derartiges Unterfangen seiner Kreisuntertanen das Landräthliche Blut in Wallung und nachdem er sich durch verschiedene Treibjagden, Zwedessen u. dergl. zu dieser Staatsaktion ca. vier Wochen lang vorbereitet hatte, tat er ein paar Schritte mit der Papierkassiere, ließe den Ausschuss auf einen Foliobogen und sandte das Dokument mit einem Begleitschreiben als portopflichtige Dienstsache an seine nachgeordnete Behörde, das Postamt Steglitz, damit man wegen des Verbrechens einer Vereinsgründung, Nichterreichung der Statuten, Nichtanzeige der Vorstandsmittelglieder usw. bei Beteiligten und Unbeteiligten vigiliere, die Ausfagen fixiere und Seiner Hochgeborenen den Fall demonstriere. Natürlich machte die Polizei unseres Dorfes sofort mobil, alle Angehörigen der bewaffneten Macht von Steglitz mußten mit Blankgewehren, Pantinen, Ohrenklappen runter antreten, um die Mannschafft aus ihren Reihen für die große Haupt- und Staatsaktion zu stellen. Endlich wurde der passende Mann gefunden aus der Reihe derer, die „stehen und sehen — wie andere gehen“, der sich nach dem Vermuten des Herrn Polizeichefs zur Ausführung einer deliktanten Mission eignen würde. Kein stiernadiger Herrchen war es sondern ein rotwangiges, behäbiges Kerchen, das mit unbengelten Schuhen sich daran machte, die Hebelständer aufzufinden, die den Vorstand des Vereins zu bilden gewagt hatten. Er fuhr den ganzen Vormittag zwischen Dahlem und Süden hin und her, ohne jemand zu treffen. Wollte hier von einer Hausfrau erfahren, „ob der Mann Anführer des Vereins sei“ und wurde dort gefragt, ob ein neues Vereinsgesetz im Reichstage durchgegangen wäre, das auch „Kofferkassen“ zur Anmeldung und Einreichung von Statuten zöhlige. An einer anderen Stelle wurde ihm nahegelegt, dem Verein beizutreten, da sein Geld auch kein Geld sei. Er wandte sich sogar in seiner Not an den früheren Vorsitzenden des Wahlvereins, doch auch dieser konnte ihm begrifflich keine Auskunft geben. Endlich traf er ein Vereinsmitglied, das im „Vorwärts“ als Annahmestelle von Meldungen genannt war, und erhielt in bester Form die Auskunft, daß man die Angabe der Vorstandsmittelglieder und die Einreichung der Statuten — ablehne. Nun konnte der Herr Kriminal seiner vorgelegten Behörde berichten und der Herr Landrat von Weeslow-Storkow kann sich im Hochgefühl erfüllter Pflicht schlafen legen oder — anfangen, mit Kanonen auf Spaggen zu schießen, denn so nur kann man alle Maßnahmen bezeichnen, die gegen harmlose Geselligkeits- und Bildungsvereine getroffen und in die Wege geleitet werden.

Wilmerdorf.

Am Montag, den 9. Dezember er., abends 8 1/2 Uhr beginnend, findet im Victoria-Garten, Wilhelmstraße 115, ein Wilhelm-Buch-Abeud (Lichtbildervortrag) statt. Am selben Tage nachmittags 5 Uhr ist für die Kleinen ein Märchenabend vorgesehen, zu dem der Eintritt gänzlich frei ist. Für Teilnahme am Buchabend ist 20 Pf. Eintritt zu entrichten. Jugendliche Personen unter 18 Jahren sind frei.

Tempelhof.

Ein sonderbares Licht auf die Steuerbehörde wirkt ein Vorgang, über den uns folgendes berichtet wird. Ein junger Mann war infolge Krankheit und Arbeitslosigkeit mit seinen Steuern in Rückstand gekommen. Bei seinen Eltern, wo er Unterkommen gefunden, scheint die Steuerbehörde keine Reueigung angestrichen zu haben, die Steuern für den mittellosen Sohn zu bezahlen. Doch die Behörde kam auf den genialen Gedanken, sich an den Betriebsunternehmer zu wenden, bei dem der Vater des Restanten seit Jahren beschäftigt ist, um dort die rückständige Steuer vom Sohn in Abzug bringen zu lassen. Der Unternehmer lehnte indessen das Ansuchen der Steuerbehörde ab, weil nicht der Restant, sondern der Vater desselben bei ihm beschäftigt sei, letzterer zeige aber keine Reueigung, neben seiner Steuer auch noch die für seinen Sohn zu bezahlen. Daß die Gemeinde den bei dem Unternehmer beschäftigten Arbeiter überhaupt in eine so peinliche Situation brachte, ist als höchst unedel zu bezeichnen. Zum Glück hatte der Arbeitgeber des zu Unrecht Gemähten mehr Einsicht, wie die Steuerbehörde.

Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Die Arbeiterturnvereine Rummelsburg, Lichtenberg und Friedrichsfelde veranstalteten am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in „Otto-Steuers Restante“, Frankfurter Chaussee 128, einen Lichtbildervortrag über: „Die Bedeutung der körperlichen Erziehung für die Arbeiterkassier.“ Eintritt 10 Pf. Es wird erwartet, daß die hiesige Arbeiterkassier recht zahlreich die Veranstaltung besucht.

Weißensee.

Zum besoldeten Schöffen wurde in der Gemeindevorstellung der seit circa drei Jahren beschäftigte juristische Hilfsarbeiter Professor Knothe einstimmig gewählt. Zu unbesoldeten Schöffen wurden die Fabrikanten Max Louis und Max Steinfels gegen die Stimmen der alten Fraktion gewählt. Die alte Fraktion schien starke Hoffnung zu haben, daß ihr Vorsitzender Konig in Frage kommen würde, sie bewarnten, daß nicht früher eine Versöhnung herbeigeführt sei, und sie ersehnte daraus, daß man den kommunalen Frieden nicht wolle. Auch darin, daß der Herr Steinfels gezwungen wurde, aus ihrem Gewandbühnenverein auszutreten, witterten die „Alten“ Verrat und erklärten, den Sitzungsräum zu verlassen, wenn die unbesoldeten Schöffen gewählt werden, was denn auch geschah; nur Herr Jung machte das Spiel nicht mit, während Herr Jansen schon vorher den Saal verließ. Mit der Einigkeit in der alten Fraktion klappt es also auch nicht. Drastisch waren die Worte des Herrn Jansen, die derselbe zu seinem Nachbar äußerte: „Jetzt hat er es satt, jetzt wird aber ausgepackt.“

Pankow.

Den reichsverbandserfahrenen Generalsekretär unserer Bürgerlichen bei Kommunalwahlen, Herrn Herbert Schmidt, läßt offenbar die Ueberzeugung von seinem Ruhm und seiner Größe auch in kommunalen Wahlkampfzeiten nicht zur Ruhe kommen. Die kürzlich ausbeute an Vorbeeren im verflochtenen Feldzug der Vertrauensmännerwahlen für die Angestelltenversicherung scheint diesen Herrn veranlaßt zu haben, sich durch einen Vortrag über „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie“, den er kürzlich im hiesigen Vaterländischen Verein gehalten hat, den Bürgerlichen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Das wäre nun an sich kein Ereignis, das besondere Beachtung verdient. Aber Herr Schmidt hat nach dem im hiesigen Desablatto veröffentlichten Bericht über seine Auslassungen neben seinen bekannten Ansichten gegen unsere Partei sich auch mit unserem Kommunalprogramm beschäftigt und ist hierbei auch namentlich gegen unsere Forderung der Sonntagswahl Sturm gelaufen. Bei dieser Gelegenheit hat er wiederum, wie schon im Frühjahr dieses Jahres in dem von ihm veranlaßten Protest gegen die Wahl unserer Genossen wie auch bei anderen Veranlassungen, die alberne Behauptung aufgestellt, daß die Sozialdemokraten die Sonntagswahl speziell in Pankow dazu mißbraucht hätten, den Bürgerlichen die Beteiligung an der Wahl unmöglich zu machen. Herr Schmidt, der die wahren Ursachen der geringeren Beteiligung der Bürgerlichen bei der Sonntagswahl sehr gut kennt — rüffelt er diese doch selber in seinem Vortrage als „interesselos“, „uneinig“ und „unfähig“ —, wiederholt seine durch nichts bewiesene Behauptung immer wieder und offenbar zu dem Zweck, die keine Erregung der Sonntagswahl in Pankow für später wieder aus der Welt zu schaffen. Ob diese Behauptungen den gewünschten Erfolg haben und den Gemeindevorstand wirklich veranlassen werden, von der Sonntagswahl in Zukunft wieder abzusehen, muß abgewartet werden. Jedenfalls zeigt dieses Treiben, daß neben der durch die Neueinteilung der Wahlbezirke geschaffene Verschlechterung unserer Position auch noch Kräfte am Werke sind, die auch den kleinen Vorteil der Sonntagswahl für die proletarische Wählerkassier wieder beseitigt sehen möchten. Denn hier dürfte Herr Schmidt mit seinen Wünschen nicht so ganz allein stehen. Diese Aufgabe sollte unseren Genossen Veranlassung sein, auch nach dieser Richtung bezzeiten wachsam zu sein.

Neu-Zittau (Kreis Weeslow).

Der Kreisaußschuß ist auf erhobenen Einspruch unserer Genossen gegen den Beschluß der Gemeindevorstellung dem kaiserlichen Antrage beigetreten. Bei der Wahl der 3. Abteilung erfolgten die Kandidaten der Sozialdemokratie die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen und wurden vom Wahlvorstand als zu Ge-

meinderordneten gewählt erklärt. Hiergegen wurde von bürgerlicher Seite Einspruch erhoben aus folgendem Grunde: Der Protokollführer hatte von 18 Wahlberechtigten nur 11 aufgerufen. Da die Stellvertreter von zwei wahlberechtigten Frauen dem Gemeindevorsteher nur mündlich bezeichnet worden seien, so sei der zweimal nicht aufgerufene Vertreter in dem Glauben gewesen, die beiden in Frage kommenden Witwen hätten ihn nicht als Vertreter dem Gemeindevorsteher bezeichnet. Die Abgabe dieser beiden Stimmen hätte aber auf das Wahlergebnis einen bedeutenden Einfluß gehabt.

Die Gemeindevorstellung schloß sich diesem Einwand an und erklärte die Wahl unserer Genossen für ungültig. Für die Beschlußfassung war noch die Auffassung entscheidend, daß bei allgemeiner eingeführtem Wahlaufsatz, auch der Stellvertreter, eine Auslassung von Namen unzulässig sei und zu Irrthümern Anlaß geben müsse.

Dieser durchaus unbegründeten Anschauung trat der Kreisaußschuß nicht bei und erklärte die Wahl unserer Genossen für gültig. In der Begründung wird mit Recht ausgeführt, daß der Gemeindevorsteher nach der Stimmenabgabe ausdrücklich zweimal gefragt habe, ob noch jemand seine Stimme abgeben wolle. Freilich steht auch, daß der Vertreter zu dieser Zeit im Wahllokal anwesend war und Gelegenheit hatte, von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Das habe er unterlassen. Für das Wahlergebnis sind aber nur die abgegebenen Stimmen maßgebend. Zum Schluß wird noch darauf hingewiesen, daß nach den geltenden Vorschriften eine schriftliche Vollmachterteilung nicht erforderlich sei, vielmehr die mündliche Mitteilung an den Gemeindevorstand durch die Vollmachgeber ausreichend ist.

Um eine einheitliche Praxis bei den Gemeindevorstellungen bezüglich der Vertretung der Frauen zu ermöglichen, dürfte es ratham sein, wenn die Landräthe die im allgemeinen sehr schwerfälligen Gemeindevorsteher mit entsprechenden Instruktionen versehen würden. Gerade auf diesem Gebiete herrschen wahrhaft chaotische Zustände in den Landgemeinden. Jeder Gemeindevorsteher kommentiert die Landgemeindevorstellung — sofern sie ihnen überhaupt bekannt ist — in der willkürlichsten Weise.

Röpenitz.

Der Bildungsausschuß veranstaltet für die Kinder am Sonntag, den 8. Dezember, eine Theateraufführung. Zur Aufführung gelangt „Rag und Morih“. Eintritt, auch für Erwachsene, 20 Pf.

Rallberge-Rüdersdorf.

Der Auktions-Ladenverkauf wird im hiesigen Amtsbezirk vom 1. Januar 1913 eingeführt. An den Sonntagen vor Oetern und Pfingsten können die Verkaufsstellen bis 9 Uhr geöffnet bleiben. Ausnahmestage sind der Krappschafstosfontag und die beiden Sonntage vor Weihnachten.

Nieder-Schönhausen.

„Friede, Freiheit, Volkswohl“, lautete das Thema, über welches Genosse Dr. Breitscheid in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung bei Liebenitz referierte. Der Redner behandelte die schwebende Kriegesfrage, sowie die herrschende Teuerung in klar verständlicher Weise und hob besonders die Ursachen, durch welche die momentane politische Lage heraufbeschworen ist, hervor. Dem Referenten wurde am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. Der Erfolg der Versammlung waren mehrere Neuaufnahmen in den Wahlverein.

Potsdam.

An der Schwelle des 90. Lebensjahres wurde vorgestern der im Hause Waisenstraße 25 wohnhafte frühere Schuhmachermeister August Drömer vom Tode ereilt. Der Vorkordene, einer der Besten Potsdams, freute sich schon lange auf diesen Tag, doch ehe er gestern seinen 90. Geburtstag feiern konnte, wurde er am Tage vorher aus der Mitte seiner Angehörigen gerissen, die mit ihm den 90. Geburtstag besonders feierlich begehen wollten. Die Aufregung der Vorkordene hat die Kräfte des großen Geburtstagskinder so sehr in Anspruch genommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 10. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Kaiser Konig und die Kriegesfrage in Deuterdorf. Von A. Kautsky. — Die russischen Bakken. Von Georg Stieff. — Politische Ernährungsverhältnisse. Von Gustav Schlein. — Marxistische Theorie und revolutionäre Politik. Von Anton Varnelock. (Schluß). — Berichtigung oder Vertuschung? Von H. Rappoport-Berlin.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abomiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Sonntag, den 8. Dezember: Wanderfahrt nach Köpenickerhöfen (Besichtigung des Jagdschloßes), Neue Röhle, Rieberterme, Bernsdorf, Schmölders. Für Nachzügler, bis früh 10 Uhr, „Altes Schützenhaus“. Abfahrt 7.40 Uhr Ostlicher Bahnhof. Gäste willkommen.

Arbeiterturnvereine „Die Naturfreunde“, Orlitzgruppe Berlin. Sonntag, den 8. Dezember: Havelwanderung, Treffpunkt in Charlottenburg, Reichshagenplatz, früh 8 Uhr.

Marktbericht von Berlin am 4. Dezember 1912, nach Ermittlung des kaiserl. Polizeipräsidiums. Marktpreise (Kleinstab) (Kleinstab) 100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, vom Aachen 30.00—50.00. Spielobst, weiße, 35.00—50.00. Limon 35.00—50.00. Kartoffeln (Kleinstab) 5.00—7.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Reule 1.70—2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.40—1.80. Schweinefleisch 1.60—2.20. Kalbfleisch 1.40—2.40. Hammelfleisch 1.40—2.40. Butter 2.40—3.00. 60 Stück Eier 4.60—5.80. 1 Kilogramm Karotten 1.20—2.40. Rote 1.60—3.00. Zander 1.40—3.60. Dorsch 1.40—2.80. Bräse 0.80—2.40. Schlei 1.80—3.20. Heil 0.80—1.40. 60 Stück Aechel 3.00—30.00.

Witterungsübericht vom 5. Dezember 1912.

| Stationen | Wärmerestpunkt | Windrichtung | Wolkenlage | Wetter | Temp. d. Luft | Temp. d. Boden | Stationen | Wärmerestpunkt | Windrichtung | Wolkenlage | Wetter | Temp. d. Luft | Temp. d. Boden |
|-------------|----------------|--------------|------------|---------|---------------|----------------|-----------|----------------|--------------|------------|---------|---------------|----------------|
| Swinemünde | 770 | SW | 4 | Regen | 4 | 4 | Haparanda | 750 | SS | 2 | bedeckt | -5 | -7 |
| Hamburg | 770 | SS | 2 | bedeckt | 5 | 5 | Wetzlar | 760 | SS | 3 | bedeckt | 1 | 1 |
| Berlin | 771 | SS | 2 | wolkig | 2 | 2 | Wetzlar | 756 | SS | 3 | wolkig | 9 | 9 |
| Kranichfeld | 771 | SS | 2 | bedeckt | -3 | -3 | Aberdeen | 707 | SS | 1 | bedeckt | 9 | 9 |
| Rangun | 772 | D | 3 | bedeckt | -4 | -4 | Paris | 765 | SS | 2 | bedeckt | -2 | -2 |
| Wien | 775 | R | 1 | bedeckt | -2 | -2 | | | | | | | |

Wetterprognose für Freitag, den 6. Dezember 1912. Nachts etwas kälter, am Tage wieder ziemlich mild, teils heiter, teils neblig bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserhand-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserhand | am 4. 12. | seit 3. 12. | Wasserhand | am 4. 12. | seit 3. 12. |
|------------------|-----------|-------------|------------------|-----------|-------------|
| Remsl., Müst. | 260 | -7 | Saale, Großh. | 125 | -7 |
| Regel, Unterburg | 153 | -1 | Havel, Spandau | 72 | 0 |
| Wesiel, Thorn | 140 | -8 | Havel, Rathenow | 64 | -2 |
| Dber., Ratibor | 172 | -8 | Spree, Spremberg | 76 | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | 166 | -4 | „ „ „ „ „ „ | 98 | -2 |
| „ „ „ „ „ „ | 172 | -4 | „ „ „ „ „ „ | 242 | -13 |
| Wartbe., Schrum | — | — | „ „ „ „ „ „ | 378 | -14 |
| „ „ „ „ „ „ | 57 | -3 | „ „ „ „ „ „ | 378 | 0 |
| Rebe., Werhann | 14 | -2 | „ „ „ „ „ „ | 213 | -5 |
| „ „ „ „ „ „ | 18 | -39 | „ „ „ „ „ „ | 324 | +12 |
| „ „ „ „ „ „ | 80 | +26 | „ „ „ „ „ „ | 100 | +15 |
| „ „ „ „ „ „ | 189 | -8 | „ „ „ „ „ „ | 197 | -5 |
| „ „ „ „ „ „ | 148 | -6 | „ „ „ „ „ „ | 221 | -20 |

+) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpegel. *) Gestel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 133.

Am 3. Dezember verstarb nach
langem, schwerem Leiden unser
Genosse, der Metallarbeiter
Gustav Nachtwey.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Dezember, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle
des Neuen Jakob-Kirchhofes, Neu-
kölln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ge-
beten.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Bruder
Gustav Nachtwey
Urbanstr. 108, am 3. Dezember
an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. Dezember, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Jakob-Kirch-
hofes in Neukölln, Hermannstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung wird erbeten.
184/8 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokrat. Wahlverein I. den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, dass unser Genosse
Karl Hartseil
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 7. Dezember,
nachmittags 3/4 Uhr, von der
Leichenhalle des alten Lützen-
Kirchhofes in der Bergmannstraße
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
211/9 **Der Vorstand.**

Am Mittwoch früh 6 1/2 Uhr ver-
starb nach schwerem Leiden unser
Gef. **Karl Hartseil.**
Ehre seinem Andenken!
Das Personal
des Wäsche-Verleihgeschäfts
„Solidarität“.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Sektion der Poper.

Am Dienstag, den 3. Dezember,
nach langem Leiden unser
Mitglied
Albert Stresow
Bezirk Neukölln.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr,
auf dem Neuköllner Gemeinde-
friedhof am Mariendorfer Weg
statt.
147/15 **Der Vorstand.**

Gestern nachmittags 3/4 Uhr
verstarb nach kurzem, schwerem
Leiden meine liebe Frau und gute,
innigstgeliebte Mutter, Tochter,
Schwester und Schwägerin

Frau Anna Fellenberg
geb. Dammann
im 29. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitte ich im
Namen der Hinterbliebenen
Otto Fellenberg und Sohn.
Weihenfer, 4. Dezember 1912.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr,
von der Leichenhalle des Weihen-
fer-Gemeinde-Friedhofes aus
statt.

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung beim
Beerdigen meiner lieben Frau, un-
serer guten Mutter und einzigen
Tochter

Berta Puszies
sagen wie hiermit allen Bekannten
und Verwandten unseren besten Dank,
insbesondere aber noch den Besu-
chern der Beerdigung des Weihenfer
Gemeinde-Friedhofes und dem
Sparverein „Einsige Dame“ hier-
für.
19a **Otto Puszies und Kinder,**
Weihenfer.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes, Bruders, Schwagers
und Onkels **Otto Reez** sagen wir
allen Verwandten, Freunden und Be-
kannten sowie für die kostbaren
Worte an der Gruft, dem Arbeiter-
Turn- und Gesangsverein, den Kol-
legen des Metallarbeiter-Verbandes
und den Genossen des Sozialdemo-
kratischen Wahlvereins unseren auf-
richtigsten Dank.
18348
Familie **August Reez.**

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei
der Beerdigung unserer lieben Mutter
sprechen wir allen Verwandten,
Freunden, Bekannten, dem Männer-
klub, den Kollegen der
K. G.-G., Glühlampen-Akt. Schläger,
unseren besten Dank aus.
4221
Familie **Pilz, Müller,**
Teuerkauf, Grottko.

Orts-Krankenkasse
für den Gemeindebezirk
Berlin-Weihenfer.

Bekanntmachung.
Gemäß § 66 der Kassensatzung
geben wir hiermit bekannt, dass in
der am 25. November er. stattge-
habten Generalversammlung die
Herrn
Führmann (Arbeitnehmer) und
Edert (Arbeitgeber)
— deren Amtsdauer am 31. De-
zember er. abläuft — auf eine weitere
Dauer von drei Jahren bis zum
31. Dezember 1915 als Vorstands-
mitglieder wiedergewählt worden sind.
Berlin-Weihenfer, 29. Novbr. 1912.
Der Vorstand
J. U.: F. Conant, 2. Vorsitzender.

Zonderangebot für Gastwirte
und Wiederverkäufer!
Gute billige Zigaretten!
darunter die bel. Franz-Josef-Zig.,
65 M. per Tüte, so lange Vorrat
reicht. Probierbeutel.
Lombardspäicher **Emil Meyer & Co.**
Rene Grünstr. 27
(Untergrundbahnhof Spittelmarkt).
Empfehle meine Fleisch- und
Wurstwarenfabrik mit elektrischem
Betrieb. 48871
Paul Bolck, Schreinerstr. 8.

Arbeiter-Gesundheits-
Bibliothek
32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 8. Dezember 1912,
Von 10 Uhr ab:
Urwahl
der Delegierten für den Parteitag in Preußen
in folgenden Lokalen:
Redmann, Kästnerstr. 55. Vorfeld, Kottbusstraße 29.
Bethge, Köpenicker Str. 7. Gander, Göttinger Straße 86.
Witwe Augustin, Drakenstr. 103. Kiedte, Blauerstr. 75.
Schröder, Kottbusstr. 102. Kaiser, Pfefferbushstr. 53.
Kreuzer, Wödenstr. 93. Zienel, Jahnstr. 23.
Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das den Beitrag für
August 1912 bezahlt hat. Das Wahlrecht kann in irgend einem
der vorgenannten Lokale angeübt werden.
Die Wahl beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um
1 Uhr nachmittags geschlossen.
209/6 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Achtung! Stellmacher! Achtung!
Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im
Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12:
Außerordentliche Branchenversammlung
mit Frauen.
Tagesordnung:
Der Einfluss der Kirche bei der Erziehung der Kinder.
Referent: Genossin M. Fahrwald.
Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein.
Kollegen, erscheint vollständig mit den Angehörigen!

Schirmnäherinnen und Schirmmacher
Sonntag, den 8. Dezember, abends 6 Uhr:
Branchen-Versammlung
bei Verdyt, Ritterstraße 75 (Ritterfäse).
Tagesordnung:
1. Die Teuerung und die Lage der Schirmarbeiterinnen und
Arbeiter. Referent: Genossin Fr. Hanna. — 2. Diskussion.
Nach der Versammlung:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Gesellschaftsspiele, Schach, Dame,
moderne engl. Schachpfeifen, Marsch- und Hauspfeifen,
elegante Spazierstöcke, feine Wiener Meerscham- und
Bernstein-Spielen für Zigaretten und Zigaretten.
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 3 (neue Nummer)
an der Ballner-Theater-Straße.

Hugo Udo Cohn Kottbuser
Damm 13

empfiehlt unter kulantesten Zahlungsbedingungen
zum bevorstehenden **Welchnachtsfest:**
Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe
in jeder gewünschten Preislage, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre
Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Tisch- u. Steppdecken,
Manufakturwaren, Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen, Schuhwaren
Möbel u. Polsterwaren □ Kompl. Wohnungseinrichtungen
KREDIT AN ALLE!



Hallo! Spare in der Zeit

Beim Einkauf. Wir empfehlen Gelegenheitskäufe in neuen sowie gebrauchten Herren-Ärmeln, Anzügen, Paletots et
cetera und Wäsche. 102 Monatsgarderobe, welche teils in leinsten Wertigkeiten (auch auf Seide) gearbeitet sind.
Jeder Herr findet passende Garderobe. Früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen:
Herren-Paletots 8.- 12.- 16.- 20.- M. | Rock-Anzüge 12.- 16.- 20.- 24.- M. |
Herren-Ärmel 10.- 14.- 18.- 22.- M. | Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 26.- 32.- M. |
Jackett-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- M. | Herrenhosen 3.- 5.- 6.- M. |
Verteilung von eleganten Head- u. Gesellschaftsanzeigen.
Haupt-Geschäft: **J. Wand** Gr. Frankfurter Str. 116, II. Gesch.: vis-à-vis
an der Androssstraße, Chausseestr. 89, Lössnitzstr.
Sonntags nur von 12-2 Uhr geöffnet.

Schloßbräu
Flaschenbiere

Achtung!
Reisemuster
Ulster, Paletots, Anzüge und Hosen
gibt an Privats zu Fabrikpreisen ab.
Herrenkleider-Fabrik
J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl
(neben der Alexander-Kaserne)
Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntag von 12-2 Uhr.

Bolero
feinste 2 Pfennig
Cigarette

Preisrüssel

Schreibe ich nicht aus, dafür enthält jedes
Paket des so beliebten Dr. Gentsers
Beizpulvers
„Goldperle“
ein reizendes Geschenk.
Alleiniger Fabrikant auch des süßigen
Metallpulvers „Gentol“:
Carl Gentser, Fabrik chem.-techn. Prod.
Göppingen.

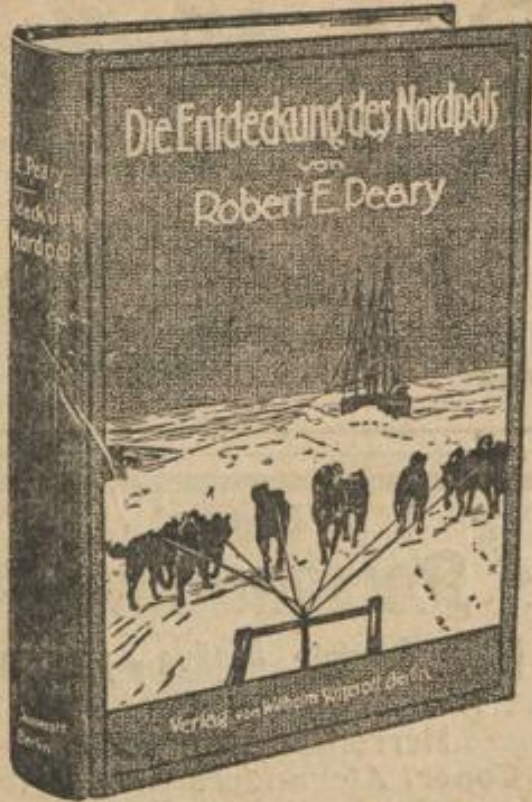
Vertretung und Lager
bei Hermann Kunder, Neukölln, Horsturstr. 25. 200/12*

Aufruf an die Arbeiter Berlins!

Die anhaltende Teuerung zwingt
einen Jeden, sich vor Ueber-
vorteilung zu schützen!
Kaufen Sie
nur beim Fachmann
Elegante fertige
Herren-Garderobe
Teilzahlung von
1 Mark
wöchentlich an.
Vornehmste Maßanfertigung und
Garantie.
Besichtigung meines großen
Garderobe in deutschen u. englischen
Stoffen ohne Kaufzwang gern
gestattet. Ein Versuch führt zu
dauernder Kundenschaft.

Julius Fabian, I. Gesch.: Gr. Frankfurter Str. 37 II
II. Gesch.: Turmstraße 18 I
kein Laden.

Jeder **Arbeiter, jeder Handwerker, arbeitende Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorzuziehend geeignete Kleidung nötig hat, faucht diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. Offe Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Nähe) am Ringbahn.
Neckle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Wäsche, beste Verarbeitung, größte Auswahl.



Weihnachts-Prämie

für die Abonnenten
des „Vorwärts“

Robert E. Peary

Die Entdeckung des Nordpols

Mit einem Geleitwort von
Theodor Roosevelt

Mit über 100 Bildern
nach photographischen Aufnahmen

Gut gebunden Preis nur **3⁵⁰** Mk.

Ein schönes Weihnachts-Geschenk

Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, sowie alle Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Auf Credit

liefern ich mit kleinster Anzahlung

**Anzüge, Ulster, Paletots
Damenkostüme, Kleider
Blusen, Röcke, Ulster und Samt-Mäntel**

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

**Damenhüte, Wäsche, Schuhwaren
Pelz-Kolliers, Pelz-Schals, Pelz-Muffen**

Spezial-Abteilung:

**Klein-, Luxus- und Leder-Möbel
1 gr. Posten Klubsessel in Rindleder v. M. 125 an
Wunderbare Geschenk-Artikel**

KREDIT-FEDER

Filiale Osten: Frankfurter Allee 89 | Zentrale Norden: Brunnenstrasse 1 | Filiale Süden: Kottbuser Damm 103

Meine Weihnachts-Ausstellung

enthält auch in diesem Jahre wieder
wunderbare Geschenke für Erwachsene und Kinder
Jeder Kunde, der von heute ab bei mir kauft, hat ein Anrecht auf 1 Präsent



Buchhandlung Vorwärts, SW. 68. Lindenstraße 69.

Neuerscheinung

Die Parteien der großen französischen Revolution

und ihre Presse.

Von Heinrich Cunow.

Mit zahlreichen Illustrationen.

Zweite erweiterte Ausgabe des in erster Auflage unter dem Titel: „Die revolutionäre
Zeittliteratur Frankreichs während der Jahre 1789 bis 1794“ erschienenen Werkes.

Preis 6 Mark. Gut gebunden 7,50 Mark.

249/3*

GLOGAU

Moderna
**Jackett-
Anzüge**
In allen Farben
Eleg. Pelz-Kolliers und Muffen
Neueste Flauch-
Mäntel
Anzahlung
5

Die neuesten
**Herren-
Paletots**
saubere Konfektion
Schicke Kleider
Pelz-Kolliers u. Muffen
Anzahlung
8

JACOB str. 73

Modernste
Ulster
englische Stoffe
ja Verarbeitung
Schicke
Kostüme
enorme Auswahl
für jeden Geschmack
Anzahlung
10

Einreihiger
Rock-Anzug
mit gestreift. Beinkleid
Elegante
Seal- oder Plüsch-Mäntel
Schicke Fassons
Jeder Käufer
erhält ein
**Weihnachts-
Geschenk!**
Möbel-u. Waren-
Kredithaus
Alle Jakobstr. 73
1., 2., 3., 4. Etage.

Gemeinsame Ortskrankenkasse i. Berlin-Wilmersdorf u. Umgegend.

Die Vertreter der Arbeitgeber und
Rassensmitglieder werden hiermit zu
der am

Freitag, den 13. Dezember 1912,
abends 7 1/2 Uhr,

im „Landhaus“, Berliner Str. 154,
Ede Kaiserallee, stattfinden

Außerordentl. Generalversammlung
ergeblich eingeladen.

Tagesordnung:

1. Antrag an die Aufsichtsbehörde
sowie Vertiefung unterer Klassen-
beiträge bei Inkrafttreten der Reichs-
versicherungsordnung dahin, daß der-
selbe nicht über den Bezirk der Stadt
Wilmersdorf hinausgeht.

2. Antrag an die Aufsichtsbehörde
bei Inkrafttreten der Reichsversiche-
rungsordnung auf Ausweitung der-
jenigen, in den Bezirken der Ge-
meinden: Berlin - Schmaragdort,
Berlin - Grünwald und Bahnhof
Grünwald beschäftigten Versicherungs-
pflichtigen Personen.

3. Antrag bei Inkrafttreten der
Reichsversicherungsordnung auf Ven-
derung der Stellenanordnungen, daß
die Rasse alle nach der Reichsversiche-
rungsordnung Versicherungspflich-
tigen umfaßt, soweit sie nicht einer
Ortskrankenkasse, einer Betriebs- oder
Jugendkrankenkasse angehören.

4. Antrag an die Aufsichtsbehörde
auf Erklärung und Ausgestaltung
unserer Rasse zu einer allgemeinen
Ortskrankenkasse nach Artikel 16 des
Einführungsgesetzes zur Reichs-
versicherungsordnung bei Inkraft-
treten der Reichsversicherungsordnung.

5. Verschiedenes.

Berlin-Wilmersdorf,
den 5. Dezember 1912.

Der Vorstand. 294/7

J. H.:
Lüben, Tuckermann,
Vorstand, Schriftführer.

Achtung! Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.

Außerord. Generalversammlung
am Freitag, den 13. Dezember,
abends 8 Uhr, bei Fleischer
(früher Krause), Schönwalder Str. 2.

Tagesordnung:

1. Ergänzung des Beschlusses der
außerordentlichen Generalver-
sammlung vom 12. Sept. 1912,
betreffs Ausgestaltung zur all-
gemeinen Ortskrankenkasse, auf
Ausweitung landkrankenlasten-
pflichtiger Mitglieder. (Erlass des
Ministers für Handel und Ge-
werbe vom 4. November 1912.)

2. Aussetzung zur Erleichterung einer
Jugendkrankenkasse
der
Schüler.

3. Verschiedenes. 294/8

N.B. Zutritt haben nur die Dele-
gierten des Jahres 1912, nicht die
bereits für 1913 gewählten.

Der Vorstand.
H. Appoldt, Vorsitzender.

Arbeiter - Radfahrer- Band Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 8. Dezember.

2. Abt.: 1 Uhr: Besichtigung der
Arbeiter-Bohnenfabrik-Anstalt im
Charlottenburg. Heimkehr ca. 11/12.
Nachdem: Büchelwerder (Freund).
Start: Schönleinsstr. 6.

3. Abt.: 1 Uhr: Grünwald (Sand-
locher). Start: Lankwitz Weg 12.

4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Friedrichs-
bagen (Wesellstraße). Start:
Kiltriner Platz.

5. Abt.: 2 Uhr: Steglitz (Birken-
wäldchen). Start: Gieseler.

6. Abt.: 2 Uhr: Franz-Bühnholz
(Röhne). Start: Oberberger Str. 28.

7. Abt.: 1 Uhr: Büchelwerder
(Freund). Start: Schulstr. 29.

8. Abt.: 9 Uhr: Seelig. 1 Uhr:
Kornau (Singer). Start: Levetow-
str. 21.

9. Abt.: 1 1/2 Uhr. Tour wird am
Start, Schillingstr. 16/16, befan-
gengeben. 13/12

Jugendliche Bundesgenossen.

1 Uhr: Raulsdorf - Süd (Häger-
heim). Start: Stralauer Straße 3.

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12

13/12